

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis 1,10 Mark, halbjährlich 6,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlions-Gebühr

Bekannt für die sechsgeborene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interlions für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erfolge des Strafvollzugs.

Die Technik der staatsverfallenden Prekorruption arbeitet im wesentlichen mit drei Mitteln, um unangenehme Enthüllungen aus dem Gegenwartsstaate zu beseitigen. Glaubt man, daß die Ankläger nicht jedes Wort urkundlich beweisen können, so leugnet man dreist ab, erklärt die Behauptungen für zu dumm, für Hundstagsphantasien, stellt nebenläufige Einzelheiten „richtig“, um die Wahrheit des Wesentlichen zu entkräften und schleudert papylene Entrüstungsgranaten gegen die Hege. Gibt es aber kein Entrinnen, wird die Wahrheit aktenmäßig und nur aktenmäßig bewiesen, so wendet man die zweite Methode an: man schwiegelt! Wird man schließlich doch zum Reden gezwungen, so bleibt als letzte Zuflucht das bedauernde Eingeständnis „schlimmer Auswüchse und beklagenswerter Ausnahmen“ — folgt dann wieder die Entrüstungsgranatade gegen die Umstürzler, die alles verallgemeinern und übertreiben.

Ein Ungeheuer hat die furchtbaren Zustände in unseren Gefängnissen ans Licht gebracht. Die „Zeit am Montag“ und der „Vorwärts“ haben in nackten und dünnen Aktenstücken, die selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nicht aus der Welt dementieren konnte, die Schrecken des preussischen Strafvollzugs enthüllt. Hätten wir nicht die Akten selbst mitgeteilt, sondern nur auf Grund der Akten eine allgemeine Schilderung entworfen — kein Zweifel, die Diktatoren hätten sofort alles abgestritten. Hier aber sprachen Urkunden und so griff man zur zweiten Waffe: zum Totschlag der Wahrheit durch verstocktes Schweigen. In dieser elenden Verschönerung des Schweigens beteiligten sich aber nicht nur Regierungsorgane, konservative und nationalliberale Blätter, sondern auch die Merkale und freisinnige Presse. In dieser elenden Verschönerung über die blutigen Opfer unfreier „humaner“ Vollzugs, Man schweig, schweig, schweig! Es giebt kein offenkundiges Beweisen mehr in der bürgerlichen Welt. Humanität ist ihr ein lächerliches Ideal. So ist kein Schrei des Entsetzens durch die bürgerliche Defektheit gegangen, sondern in verbretterischem Schweigen hat man den aufgedeckten Barbaren die Fehlerdienste geleistet.

Unter diesen Umständen bleibt kein anderer Weg, als das Anklamematerial zu häufen, bis selbst die gewissenlosesten Verschwoeren des Schweigens zum Reden gezwungen werden, d. h. zu jener dritten Methode der Lüge zu greifen, dem heuchlerischen Bedauern über dunkle Ausnahme-Erscheinungen, die man aber nicht übertreiben dürfe . . .

konstatieren; er zeigte auch soviel Interesse für den Bedauernswerten, daß er dessen Verlegung in Gemeinschaftshaus beantragte und vorschlug, ihn nach Plöhensee zu überführen, wo Einrichtungen beständen, den Kranken vor gänzlicher Geistesnummung zu bewahren. Der Oberstaatsanwalt entschied diesem Antrage entsprechend.

In Plöhensee angekommen, wurde Schirmer nach kurzer Beobachtung im Lazarett in Gemeinschaftshaus verlegt. Er hatte das Glück, einen Stationsausseher zu finden, der nicht, wie viele andere, die, mürrisch und mit sich selbst unzufrieden, nichts thun, als die Gefangenen reizen und quälen, sondern einen Mann, der seinen Dienst auf menschliche Art that. Rücksicht gab es bei ihm allerdings nicht; aber so hoch versteigen sich die Wünsche der Gefangenen auch gar nicht, sie sind schon dankbar, wenn der Beamte nur streng und nicht brutal und halslos dazu ist. Dieser vortreffliche Beamte vermochte den geistig nicht gefunden und mithin leicht reizbaren Schirmer zu lenken wie er wollte. Nur ein Augenwink und Schirmer beteiligte sich an allen, auch den schmutzigsten Arbeiten der Kassefaktoren, wozu sich sonst keiner freiwillig findet. Er betrug sich ruhig, höflich und bescheiden. Sein Stationsausseher hatte Ursache, ihn gut leiden zu können.

Darüber waren etwa 6 Monate vergangen. Wie immer zur Winterzeit, so mußte auch Ende 1900 für die steigende Zahl der Zugänger in Plöhensee Platz geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurden Leute mit kurzen Reststrafen in die umliegenden Gerichtsgefängnisse übergeführt. Es sollen dazu, wie ausdrücklich bestimmt ist, nur gesunde und disziplinarisch sichere Gefangene ausgesucht werden, weil sonst durch Rücktransporte usw. unnötige Kosten entstehen. Zu diesen ausgesuchten Leuten gehörte auch Schirmer. Ob man ihn als gesund betrachtete oder sich um seinen Zustand und seine Akten gar nicht gekümmert, steht dahin. Im Dezember 1900 erfolgte seine Ueberführung in das Gerichtsgefängnis zu Lübben.

Was nun wurde, mögen die weiteren Akten erzählen.

Gehorsamste Anzeige.

Lübben, den 13. II. 01.
Heute früh beim aufstehen der Stojen wurde ich vom Strafgefängenen Schirmer mit folgenden Worten angerufen: „Gehen sie weg von der Thüre oder ich gieße ihnen den ganzen Nachttopf ins Gesicht.“ Als ich nun aufschloß, goß mich der p. Schirmer den Topf ins Gesicht und wollte auf mir zu kommen. Ich schlug sofort die Aolje wieder zu und ließ selbigen drei sigen. Bitte Euer Hochwohlgeboren zur weiteren Veranlassung.

gez. Panse, Hülfgefängenaussseher.

An den Herrn Gefängnisvorsteher.
Hochwohlgeboren
Hier.

Lübben, den 13. II. 01.

Vorgeschütet erscheint der Strafgefängene Schirmer. Demselben wurde die Anzeige des Gefängenausssehers Panse von heute mitgeteilt, worauf er erklärte: Ich weiß von Nichts. Demnächst erscheint der Gefängenaussseher Panse und erklärt: Gestern Nachmittag im Arbeitsaal forderte ich Schirmer auf, nicht zu schlafen. Hierüber war er augenscheinlich gereizt. Ich nehme an, daß er hierdurch zu seinem heutigen Benehmen mit veranlaßt ist. Meine Anzeige von heute enthält die reine Wahrheit. Hinzuzufügen habe ich noch, daß Schirmer heute gefangen hat, nachdem er mir der Inhalt seines Nachttopfes ins Gesicht gegossen hatte und daß er nachher zu einem anderen Gefangenen sagte: Nun werde ich doch einmal sehen, was sie mit mir machen werden. Die Richtigkeit dieser meiner Angaben versichere ich amtlich.

B. g. u.
gez. Panse, Hülfgefängenaussseher.
Beschlossen und eröffnet:

Der Strafgefängene Schirmer wird wegen schweren Verstoßes gegen § 50 der Gefängnisordnung mit einer Arreststrafe von zwei Wochen belegt und zwar wird diese gefährt durch Verdunkelung der Zelle während der ganzen Zeit und Entziehung des Bettlagers während der ersten Woche.

Nachdem dies eröffnet war, erstreckte sich Schirmer noch zu Redensarten wie: „Paffen Sie nur immer noch was zu, das ist mir ganz egal, usw.“

Hieraufhin wurde eröffnet: Obiger Beschluß wird dahin ergänzt, daß für die ganze Arrestzeit das Bettlager entzogen wird.

A. u. f.
gez. Dr. Schubarth, Referendar.
gez. Richoff, Amtsgerichtsrat.

- Verfügt:
1. Strafbuch.
2. Vorzulegen H. Gefängnisinspektor zur sofortigen Ausführung.
3. Herrn Sanitätsrath Annusse zu ersuchen, morgen den p. Schirmer daraufhin anzusehen, ob die Vollstreckung nebenstehender Strafe unbedenklich erscheint.
4. Nach zwei Tagen event. mit Anzeige.

ad 2, die Strafe ist von heute nachmittags 1 Uhr ab zu vollstrecken.
13. II. 01. gez. B. Gef. Inspektor.
Lübben, den 13. Februar 1901.

An die Direktion des Gerichtsgefängnisses in Lübben.

Der Strafgefängene Schirmer, der zurzeit eine Arreststrafe in dunkler Zelle verbüßt, mußte heute behufs ärztlicher Besichtigung, da er auf dem Boden der dunklen Zelle mit abgewandtem Gesichte lag und auf Anrufen nicht reagierte, von vier Mitgefängenen gewaltsam aus der Zelle gebracht und auf eine Bank gelegt werden. Schirmer hatte die Augen offen, lag, von den Leuten an Armen und Weinen gehalten, ruhig, und reagierte auf wiederholt an ihn gestellte Fragen nach seinem Befinden etc. in keiner Weise. Nach kurzer Zeit machte er Anstrengungen, sich zu befreien, ohne dabei einen Laut von sich zu geben. Schirmer wurde darauf wieder in die Zelle gebracht. Seit Eintritt der Disziplinarstrafe (13. II. Mittags) soll Sch. keine Nahrung zu sich genommen haben. Aus der heutigen Besichtigung ist ein Urtheil über einen ev. Zustand krankhafter Geistesstörung bei Sch. nicht zu gewinnen. Indessen ist in den Personalakten des Sch. wiederholt von Geistesstörungen desselben die Rede; insbesondere ver-

weise ich auf das Schreiben der Gefängnisdirektion in Bronke, in dem die Bitte, Schirmer in Gemeinschaftshaus zu legen, folgendermaßen begründet wird: „Schirmer ist hier (Bronke) wiederholt wegen Schläfrigkeit und Halluzinationen ärztlich behandelt worden und erst am 13. d. Mts. (März 1900) aus dem Lazarett entlassen. Nach dem Gutachten des Anstaltsarztes ist zur Verhütung von Rückfällen seine Ueberführung in eine Anstalt mit dauernd gemeinschaftlicher Haft erforderlich.“ — Auf Grund vorstehenden Gutachtens und der Vorgänge im hiesigen Gerichtsgefängnis, die durch Bewußtseinsstörungen erklärt werden können, ist die Annahme, daß Sch. sich in einem Zustande krankhafter Geistesstörung befindet, wahrscheinlich. Demgemäß halte ich die Ueberführung des Schirmer in ein Gefängnis mit Lazarett-gez. Dr. Annusse, Kreisphysikus.

Station zur Beobachtung seines Geisteszustandes für erforderlich. Am 16. Februar 1901 wurde die Arreststrafe, auf dies Gutachten hin, unterbrochen.

Lübben, den 16. Februar 1901.

Eurer Hochwohlgeboren

Berichte ich unter Anschluß der schriftlichen Erklärung des hiesigen Gefängnisarztes, Kreisphysikus Dr. Annusse, von gestern, der Anzeige des Gefängenausssehers Panse vom 13. d. Mts., der Verhandlung vom 13. d. Mts. und der Personalakten des Strafgefängenen Schirmer, unter der Bitte um Rücksendung dieser Papiere, gehorsamst: Der Strafgefängene Schirmer verbüßt vom 13. d. Mts. nachmittags 1 Uhr ab seine Disziplinarstrafe. Es erscheint mir sehr zweifelhaft, ob derselbe etwas an Geistesstörung leidet, oder ob er solche nur simuliert. Letzteres scheint mir das Wahrscheinlichere zu sein, weil ein Theil der hierher überführten Gefangenen, zu denen offenbar auch Panse und Schirmer gehören, gern nach Plöhensee zurückwänden. Als einziger Weg, dies zu erreichen, mag ihnen die Simulierung von Geisteskrankheit erscheinen, weil sie wissen, daß sie dann einer Lazarettstation überwiesen werden müssen, die hier fehlt. Eine Ausdehnung der Verbüßung der Disziplinarstrafe Seitens des p. Schirmer erscheint mir durchaus unangänglich solange Schirmer hier ist, weil dadurch, falls er mir simuliert, alle Disziplin im hiesigen Gefängnis untergraben würde, was mir umso bedenklicher erscheint, als unter den von Plöhensee hierher überführten 25 Gefangenen sich eine größere Anzahl offenbar recht frecher Parake befindet.

gez. Richoff,
Amtsgerichtsrat, Gefängnisvorsteher.

An den Herrn Oberstaatsanwalt beim königlichen Kammergericht zu Berlin.

Entweder auf das Gutachten des Arztes oder auf diesen eigenhändigen, für die Anschauungen gewisser Gefängnisbeamten charakteristischen Bericht des Amtsgerichtsrates und Gefängnisvorstehers, ersuchen es dem Oberstaatsanwalt geboten, den Rücktransport des Schirmer nach Plöhensee anzuweisen. Anfangs März 1901 wurde er daselbst wieder eingeliefert.

Am 17. 4. 01 fragte das Amtsgericht zu Lübben bei der Direktion des Strafgefängnisses an, ob die gegen den p. Schirmer erlassene Disziplinarstrafe nunmehr vollstreckt sei.

Verfügt:

Mit den Personalakten und familiären Anlagen, Briefen an den Kaiser und die Kaiserin, an Herrn Sanitätsrath Dr. Pfleger zur gefl. gutachtlichen Aeußerung, ob an dem p. Schirmer zurzeit die ihm in Lübben zuerkannte Arreststrafe (noch 11 Tage geschärfte Dunkelarrest) vollstreckt werden kann.
Plöhensee, den 19. 4. 01.

Direktion
gez. Richoff.

Von den beigelegten Briefen hatte der am wenigsten confuse, diesen Inhalt:

Plöhensee, den 10. April 1901.

Ich wolte euer Hochwohlblöbliche Majestät des Kaisers höflich ersuchen mich doch jetzt endlich mal beistand zu leisten. Da ich Euer hochwohlblöbliche Majestät schon webereremal gebittet habe aber immer erfolglos. Ich bin ein junger ständlicher Mensch meine Kraft ist mir genommen worden im Gefängnis. Ich sehe nun bald ein daß mein bitten und beten bei Euer Majestät des Kaisers bis jetzt auch keinen Anklang gefunden hat, bitte ich doch die Sache weiter zu durchsuchen. Weil mir meistens alle meine Gefühle die ich an die Ober Staatsanwaltschaft abgehandelt habe unterdrückt sind. Weil ich nie keine richtige Antwort von der Anstalts Weherde bekommen habe. Also bitte ich noch mal's dringend mich von dem Rest meiner Strafe zu entbinden. Da ich mich nicht halb sondern ganz gebessert fühle. Wenn ich von der Anstalt entlassen werde, beabsichtige ich ein nützliches Mitglied der Menschlichen gesellschaft zu werden. Ich habe bereits Auftrag gegeben, einen größeren Waldkomplex einzuzriedigen in welchem ich eine Dressuranstalt für allerlei wildes Vieh einrichten lassen will wobei mir eine 500 starke Mannschaft von der Leibwache beistehen soll. nachdem diese Dressur denn vollendet ist, werde ich einen Circus in welchem diese Thiere in Freiheit dressiert vorgeführt werden, einrichten. Da ich meine kostbare Zeit nicht unnütz vergeben möchte, so bitte ich dringend meine Haft abzulösen. Ich bin gern bereit als gegen leistung ein paar in Freiheit dressierte wilde Hunde abzutreten. Ihnen stets ihre Wünsche gern erfüllend bleibe ich gern ihr allergnädigster unterthan

Willh Schirmer.

Nach Durchsicht der Akten und der Briefe begutachtete der Herr Sanitätsrat Dr. Pfleger: Die Strafe kann vollstreckt werden, doch muß, da Schirmer sichtlich verblödet war, von Verdunkelung der Zelle abgesehen und auf ihn besonders geachtet werden.
Plöhensee, den 23. 4. 01.

gez. Dr. Pfleger.

Am 23. April erklärt der Anstaltsarzt von Plöhensee den zweifellos geisteskranken Menschen für fähig, die Arreststrafe zu erdulden. Am 28. April tritt Schirmer diese Strafe an, nun aber ereignet sich ein Zwischenfall, der zu einer erneuten Untersuchung führt:

Verfügt:

Mit 1 Vol. Personalakten und allen Anlagen dem Herrn Geheimrat Dr. Vör und Herrn Sanitätsrat Dr. Pfleger zur gefl.

Königl. Centralgefängnis Bronke.

Bronke, den 1. Oktober 1899.

Liebe Eltern!

Es geht mir sehr schlecht. Ich bin bereits am 18. d. Mts. 4 Jahre in Gefangenschaft. Die ganze Zeit über ging es mir traurig, aber so wie es mir jetzt geht, ging es noch nie. Es ist rein zum Verzweifeln über die Ungerechtigkeit die heutzutage noch herrscht. Ich ging namentlich die letzte Zeit viel mit Selbstmordgedanken um. Aber im Gedenken, daß ich Euch, liebe Eltern, schon soviel Schmerz undummer bereitet habe, wollte ich Euch gern den letzten und größten ersparen. Mir ist das ganze Leben so verhaßt, daß ich eine solche That nicht scheue. Hier ist jeden Sonntag Straße. Da heißt es aber nicht, wer gehen will, sondern du mußt gehn. Und da hört man gewöhnlich immer: Mit der Wahrheit kommt man am weitesten, und: Halte fest an der Wahrheit — und noch mehr solche Sprüche. Aber die Wahrheit immer oberhand. Ich habe es erfahren wie weit man mit der Wahrheit kommt, hier im Gefängnis und auch gleich am ersten Tag nach meiner Verhaftung. Da hieß es immer: sage man die Wahrheit; es wird ja nicht so schlimm; es ist ja ganz gleich ob es ein Diebstahl ist oder pranzig. Es giebt deshalb doch nicht mehr und nicht weniger Strafe. Mir konnten sie keinen Diebstahl nachweisen, nur einen, den ich selbst eingestanden. Nun wollten sie aber mehr wissen. Im guten ging es nicht, da fingen sie mit Schlägen an. Das half auch nicht. Da ließen sie mir hungern und boten mir dann ein gutes Frühstück an. Es half alles nichts. Ich war auf einen falschen Namen zu Protokoll vernommen und sogar abphotografiert. Da kamen in der einsamen Zelle die Gedanken, ob es nicht besser ist, du sagst die Wahrheit, vielleischt nehmen sie dann etwas Rücksicht deiner Jugend halber. Ich war noch nicht 17 Jahre alt. Also ich habe meine Schuld eingestanden. Trotzdem habe ich sehr lange in Untersuchung sitzen müssen. Als es endlich zum Termin kam, wunderte ich mich nicht wenig als es hieß: für jeden Diebstahl foundsviel Jahre. So ist meine Strafe auf 6 Jahre 6 Monate gestiegen. Damit wollte ich Euch nur ein Beispiel geben, wie weit man mit der Wahrheit kommt. Für mir giebt es keine Wahrheit mehr und wenn ich mir nicht allein bessere, die Anstalt und die Straße kann es nicht. Ich will jetzt schließen und grüße Euch herzlich

Euer Sohn
Willh Schirmer.

Verfügt:

Zu den Akten!
2. 10. 99. gez. Richoff.
Dieser nicht an den Adressaten beförderte, sondern „zu den Akten“ gegebene Brief Schirmers war das letzte Produkt seiner klaren Vernunft. Seine Einzelhaft ist vermutlich nichts anderes gewesen, als eine Vereinsamungshaft, wie sie in den Gefängnissen allen denen zu teil wird, die nicht durch besondere Umstände, Herkunft, Talente, Verhältnisse usw. ein erhöhtes Interesse der Beamten, Geistlichen und Aerzte für ihre Person zu erwecken verfehlen. Ein zwanzigjähriger Mensch, der durch Jahre nichts als die vier Wände seiner Zelle sieht, der verlernt es bald, seine Gedanken vernünftig zu ordnen; er durchläuft die Stadien der sogenannten Einzelhaft-Psychose und wird, wenn nicht rechtzeitig Hilfe kommt, unfehlbar geisteskrank. Nachdem Schirmer 3 1/2 Jahre in Bronke eingesperrt war, erwies sich, daß er an Halluzinationen und Bewußtseinsstörungen litt. Dem Anstaltsarzt fiel gelegentlich einer Disziplinierung das seltsame Benehmen auf. Es wurde dem Herrn leicht, die beginnende oder vorgeschrittene Verblödung Schirmers zu

...schlechten Aeußerung vorzulegen, ob der Schürmer geisteskrank ist oder nicht. Als er gestern eine ihm vom Gefängnisvorstande zu Lübben zuerkannte Arreststrafe von noch 11 Tagen angetreten hatte, wurde er tobwütig, geschlug alles, was in der Arrestzelle zerförderbar war. Vorher war er nach seiner Milderung von Lübben hierher (S. 3. 01) fugiam und verständig, abgesehen von den 3 hier beizulegenden an den Kaiser und die Kaiserin gerichteten Briefe vom 2. 10. und 20. d. Mts.

Blögensee, den 20. 4. 01.

Direktion.
Gez. Wirth.

Der p. Schürmer hat, wie es scheint, in Wronke infolge der Einzelhaft einen krankhaften Zustand seiner Geistesthätigkeit überstanden. (Einzelhaftpsychose). Derselbe ist geistig beschränkt und zu krankhaften Affekten geneigt. Während seiner Beobachtung im hiesigen Lazarett (als er von Wronke kam) hat er sich einmüßig, ruhig und geordnet benommen. Es ist dringend erdönsficht, denselben während seiner letzten jetzt bevorstehenden Strafzeit in freier Luft zu beschäftigen.

Blögensee, den 23. 5. 01.

Gez. Dr. Vaer. Gez. Dr. Pfleger.

Als der Direktor, der Geheimen Justizrat Dr. Wirth, am 20. April 1901 das Erindnen um Anweisung an die Anstaltsärzte richtete, hatte er zweifellos die Absicht, dem Schürmer die Strafe zu erlassen, falls seine geistige Erkrankung als feststehend begünstigt würde. Daß die beiden Anstaltsärzte sich zur Abfassung des Kassischen Attestes vier Wochen Zeit nehmen mußten, konnte der Herr nicht ahnen. So kam es denn, daß der ganze Fall Schürmer in Vergessenheit geriet. Der Bewußtseinswerte blieb im Arrest, bekam keine Beschäftigung in freier Luft und wurde dann acht Wochen später, als seine Strafzeit beendet, mittellos auf die Strafe gesetzt. Was aus dem Unglücklichen geworden sein mag, kann man sich nicht vorstellen.

Wenn man seinen ersten Brief liest, und dann hört, daß er ein Jahr später geistig beschränkt und zu krankhaften Affekten geneigt ist, braucht man über unsren herrschenden Strafvollzug keine Aufklärung mehr.

Die Organisation des Terrors.

So ist denn das große Werk gelungen. Die kleine Gruppe widerstrebender Elemente unter den Industriellen, denen vor dem Schutze des Centralverbandes graute, hat vor der Uebermacht nachgeben müssen und sich „im Interesse der guten Sache“ der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen. Behütlich mußte in der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller Herr Kommerzienrat Vogel-Gymnich vor der Hartnäckigkeit der Buedente die Segel streichen. Er habe eingesehen, gegen den Wunsch des Centralverbandes sei nicht anzukämpfen. Er habe nur ein Ziel gehabt, die ganze deutsche Industrie gegen die Socialdemokratie zusammenzubringen. Noch gestern habe er das Ziel in letzter Stunde zu erreichen gesucht, es sei nicht gelungen. Deshalb habe er es aufgegeben, jetzt noch Einwände zu machen. Er halte es für viel besser, sich, wenn man sein eignes Ziel nicht habe ganz erreichen können, einzufügen, als beiseite zu stehen, zu großen und den Grundgedanken sollen zu lassen.

Und der Grundgedanke, in dem beide Teile von vornherein einig waren, ist der: Anhebung der Arbeiterschaft bis zur völligen Unfähigkeit, sich wirtschaftlich zu regen. Vereitigung der Koalitionsmöglichkeit, schwerste Strafe dem, der sich von dem Unternehmertum nicht freiwillig und freundlich ausbeuten läßt!

In der Rede, mit der Herr Vogelius die Sitzung eröffnete, nahm er den Titel „Scharfmacher“ als einen Ehrentitel in Anspruch. Mit Bedauern erinnerte er sich der Buchhausvorlage, der ein Verzeichnis erster Klasse bereitet worden sei — als solches sprach der Herr die elende Verschärfung dieses Gesetzesmonstrums an — und schloß:

„Nun, meine Herren, heute stehen Sie vor der Frage: Wollen Sie die berechnete Forderung Sr. Majestät, soweit es an Ihnen liegt, zur Erfüllung bringen? Ich zweifle nicht an Ihrer Antwort.“

Also ein privates Buchhausgesetz will das Scharfmachertum über die deutsche Arbeiterschaft verhängen!

Staatsanwalt, Polizei, Gerichtshof und Vollstreckungsbehörde wird die „Hauptstelle“ des Scharfmacherbundes sein, als Strafmittel wird man je nach der Schwere des Vergehens zeitweilige Ausbürgerung, Vertreibung aus der Heimat oder den gänzlichen Hungertod verhängen.

Wer mit dem Lohne, mit der Arbeitszeit, mit der menschenwürdigen Behandlung oder den schauerlichen sanitären Verhältnissen in einem Betriebe nicht zufrieden ist, den wirft man einfach auf die Strafe und überläßt es dem Hunger, den Unbotmäßigen zu zähmen.

Wer gar einer Organisation angehört, dem weist man nicht nur in einem Betriebe die Thür, sondern dem macht man durch die hohlwoll als „Arbeitsnachweis“ bezeichnete Einrichtung unmöglich, in irgend einem anderen Betriebe des Ortes Arbeit zu finden.

Wer aber gar zu den „Nährern“, zu den „Hegern“ und „Aufwieglern“ zählt, d. h. wen das Vertrauen seiner Kameraden mit der Leitung der Verbandsgeschäfte, vielleicht gar mit weit harmloseren Ehrenposten — etwa dem eines Gewerbegerichts-Beisitzenden — bedacht hat, den verfolgen schwarze Listen über die Grenzen des Heimatlandes hinaus und machen es ihm unmöglich, überhaupt irgendwo wieder Arbeit für seine Hände und Brot für seine Familie zu bekommen.

Wer dagegen als „Arbeitswilliger“ unter seinen Genossen verschrien ist, dem winkt auch eine Belohnung: ihm soll eine Stelle verschafft werden, wo er sicher und ungefährdet arbeiten kann — billig natürlich und so lange, daß auch die größte Arbeitswilligkeit Befriedigung findet, und in Hundedemut darf er als Ansporn zu seinen Thaten seinem Herrn die Hand lässen. —

Hauptaufgabe der neuen Organisation wird es sein, nach dem berühmten Muster des Kühnemann-Verbandes überall Unternehmer-Arbeitsnachweise ins Leben zu rufen. Dann soll dahin gewirkt werden, daß die Streik Klausel möglichst allen Verträgen mit Behörden und Privaten eingeschikt werde. Das heißt: die Auftraggeber sollen sich verpflichten, die Lieferzeit in Streikfällen jedesmal um die Dauer des Streiks zu verlängern. Den Privatleuten wird man solche Verträge einfach aufzwingen; Behörden gegenüber wird man damit etwas rücksichtsvoller sein. Trotz aller Scharfmacherlei sind in der Öffentlichkeit ja noch immer gewisse sociale Strömungen vorhanden, denen die Behörden Rechnung tragen müssen, so daß daran sich oftmals die Vergebung eines Auftrages an ein Mitglied des Scharfmacherverbandes wegen der Forderung der Streik Klausel zerbrechen könnte. Kommt es dennoch in einem solchen Falle zum Streik, so wird Herr Bued schon Mittel und Wege zu finden wissen, die Behörden zur Rücksicht zu veranlassen. — Wer so intime Verbindungen sogar mit dem Reichamt des Innern hat, dem wird es doch eine Kleinigkeit sein, sich mit einer lumpigen Provinzial- oder gar bloß städtischen Behörde auf guten Fuß zu setzen!

Den Arbeitgebern, welche von einem Streik betroffen werden, sollen Geldmittel aus den reichen Mitteln des Centralverbandes zur Verfügung gestellt werden, wie dies schon in Grimnitzau geschah. Ihnen wird versprochen, daß die bei ihnen in einem Streik getretenen, ja auch die von ihnen ausgesperrten Arbeiter anderwärts nicht eingestellt werden, und sie müssen die gleiche Verpflichtung den anderen Unternehmern gegenüber eingehen. — — —

Unverkennbar: Den Gewerkschaften ist in der neuen Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Verbände ein Gegner entstanden, wie er ihnen zweifellos noch nicht gegenüber gestanden hat. Gewiß sind die Interessen der verschiedenen in der Hauptstelle vereinten Organisationen nicht dieselben. Aber die Hoffnung, daß diejenigen Industriegruppen, welche auf besonders qualifizierte Arbeiter angewiesen sind und infolgedessen selbst ein gewisses Interesse an einer besseren Lebenshaltung der Arbeiterschaft haben, daß diese Gruppen das Handeln des Centralverbandes wesentlich beeinflussen könnten, ist eine viel zu bage, um ernsthaft gehegt werden zu können. Die Scharfmacherlei ist Trumpf; das hat der ganze Verlauf dieser „Einigungs“-Komödie des Unternehmertums gezeigt. Es handelt sich nämlich um gar keine „Einigung“ derselben, sondern einfach um eine Auffangung der übrigen Unternehmerrgruppen durch den Centralverband.

War der Scharfmacher-Verband den ihm verwandten Organisationen gegenüber skrupellos, so wird er der Arbeiterschaft gegenüber alle Nachmittel springen lassen, und ob die Gewerkschaften ihm dabei gewachsen sein werden, ist eine bange Frage. Seine Rücksichtslosigkeit wird aber auch den Grund legen zu seiner endlichen Vernichtung. Einen Ehrentitel hat Herr Vogelius den Namen „Scharfmacher“ genannt. Soweit es sich darum handelt, daß der Scharfmacher-Verband Unternehmer und Behörden gegen den socialen Fortschritt scharf macht, neben wir den Herren die Stirn nicht, sich das als ein Verdienst anzurohnen. Aber er wird auch dazu beitragen, die Arbeiter scharf zu machen und sie ihre Klassenlage erkennen lehren. Den christlich organisierten Arbeitern, den Hirsch-Dunderschen Arbeitern, denjenigen Arbeitern, welche die politische Neutralität ihrer Organisation als die höchste Errungenschaft ansehen, ihnen allen droht von den Scharfmachern die gleiche Gefahr. Sie alle stehen denselben mehr oder weniger ohnmächtig gegenüber. Und können sie wirtschaftlich gegen dieselben nichts ausrichten, so werden sie geradezu auf die politische Vethätigung hingedrängt. Sie werden ihrerseits die ihnen nahestehenden Parteien gegen den übermächtigen Feind anrufen. Vergebens! In allen Parteien, mit Ausnahme der Socialdemokratie, sitzen die Vertreter des mächtigen Centralverbandes. So bleibt den Arbeitern nichts übrig, als sich in Massen der Socialdemokratie zuzuwenden. Im Kampfe mit dieser aber muß auch der Scharfmacher-Verband unterliegen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. April.

Freitag.

Die Fortführung der Kanzler-Debatte am Mittwoch bot nur zwei Momente von Belang, die Aeußerungen zur handelspolitischen Situation und die Offenbarungen des Ministers v. Hammerstein über das wahre Wesen der Königstreue. Was sonst über innere und auswärtige Politik durch die Diskussion lief, war unbeträchtlich; auch die Weiterpinnung des Jesuiten-gezänzes, wobei die Konservativen sich als Mahner zur Friedfertigkeit und zur Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokraten auführten, brachte nichts neues mehr; diese Beide ist abgegrast.

Die konservativen Abgeordneten v. Kardorff und Heydenbrand v. d. Vasa erhoben von neuem grimme Klage, daß die endgültige Erfüllung ihrer Zollherabsetzung-Wünsche noch immer nicht gekommen ist und daß keine Gewähr gegeben ist, wann sie kommen wird. Der Deutsch-konservative Heydenbrand ist im Reichstage ein neuer Mann, seine Fraktion hat ihn aus dem Abgeordnetenhaus geholt, wo er bisher verblieb, da sie unmöglich alle rednerischen Vorbeeren dem Herrn v. Kormann allein lassen kann; Herr Heydenbrand v. d. Vasa ist wirklich für einen Konservativen rednerisch ein Held, dabei von so wenig germanischen Zügen und so lebhafter Beweglichkeit, daß die antisemitischen Raubarn ihn leicht zu seinem Fraktionskollegen Limburg-Sturum-Ebers werfen möchten. Die konservativen Redner wollen wissen, in welchem Stadium sich die handelspolitischen Verhandlungen befinden, und sie führten Beschwerde, daß nicht wenigstens die Kündigung der Reichsbegünstigungsverträge erfolgt ist; das Gespenst der völlig zu Grunde gehenden Landwirtschaft wurde gegen den Reichskanzler drohend heraufgeführt, der viel versprochen habe, aber um die Erfüllung nicht bringe.

Zur Antwort war Freiherr v. Richthofen berufen, während der Reichskanzler den besseren Teil des Schweigens wählte. Von der Schneidigkeit, die der Staatssekretär des Auswärtigen in der beleidigung tapferer Russenjugend gezeigt hat, war jetzt nichts zu verspüren. Matt und milde gab er das Geständnis der völligen Verfahrtheit der handelspolitischen Situation. Die Arbeit, die auf Grund der vielen Positionen bei den eingeleiteten Vertragsverhandlungen geleistet werden sollte, sei außerordentlich groß, und sei es alles gelassen, was möglich ist, ein schnelleres Tempo sei nicht zu erreichen. Außer dem bekannten Abschluß des leichtesten der Handelsverträge, desjenigen mit Italien, ist über den Zeitpunkt für den Abschluß aller andren und über ihren Inhalt nicht das mindeste mitzuteilen. In der Nacht zum ersten Adventssonntag 1902 wurde unter Jubel und Gebet der Zuckertarif erlassen, jetzt ist die Regierung völlig ratlos, wie sie die Wünsche der Agrarier, denen sie sich gebengt, verwirklichen soll. Fünfzehn Monate nach Schaffung des begünstigenden Zolltarifs ist die handelspolitische Zukunft Deutschlands unklarer und wirrer denn je. Der Abgeordnete Gothein von der Preussischen Vereinigung warnte daher die Regierung mit Recht, daß sie sich nicht von den agrarischen Freunden auch noch zur Kündigung der bisherigen Verträge vor Abschluß neuer Verträge trennen lasse.

Der welfische Abgeordnete v. Vornhoff führte berechnete Beschwerde über die behördlichen Bedrücknisse, denen seine Parteigenossen in der Provinz Hannover, besonders aber Mitglieder von Kriegervereinen, ausgesetzt sind, und er gab so dem Minister v. Hammerstein Gelegenheit zum höchst interessanten Bekenntnis der Königstreue auf Verjährung. Im Kriegervereinskurra eiferte der einflüge Unterthan des Königs von Hannover für die preussische Königstreue und wider die welfische Treue. An Geistesstärke würdig, einen Kriegerverein zu leiten, begab sich der Minister auf einen Boden, den seine Ministerkollegen selbst ihn mit Zagen beschreiten sahen. Die Vorkommnisse von 1866, die dem König von Hannover das Land genommen, seien verjährt und die einflügeligen Unterthanen jenes Königs sollten demjenigen König allein treu sein, den ihnen nun der liebe Gott gegeben! So malt sich das Gottbegnadentum und die Königstreue in einem preussischen Minister, der einst dem Welfenhaus Treue gelobt hat. Dem Unglücklichen, den die Macht vertrieben, Treue zu halten, ist verwerflich und ehrenvoll ist es, auf den Erfolgreichen die Treue zu übertragen. Allerdings ist solche Königstreue des Ueberläufertums für die Ueberläufer oft von Nutzen gewesen, aber sie giebt kein Recht, diejenigen zu schmähren, die in ihrer beschränkten monarchistischen Auffassung ihre alten Ueberzeugungen wahren an die Gefahr hin, keine Posten zu erklommen und nur die Hammersteine als Minister zu sehen.

Schließlich bemühte sich der antisemitische Graf Reventlow in einer mit kleinen Bosheiten gegen die Regierung gespickten,

schäblich werkslosen Rede seinem Parteifreund Liebermann einige Konkurrenz zu bereiten.

Am Donnerstag hat zunächst Babel das Wort.

Höhere Lehranstalten.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die zweite Lesung des Kultusetats fortgesetzt und das Kapitel „Höhere Lehranstalten“ beraten. Die Debatte drehte sich im wesentlichen um die Lage der Oberlehrer, deren Gleichstellung mit den Richtern von den verschiedensten Seiten gefordert wurde. Auch die Frage der Schulreform nahm einen breiten Raum in der Erörterung ein. Von Wichtigkeit ist die Erklärung des Ministers Studt, daß die Reformschulen sich zwar gut bewährt haben, daß aber das humanistische Gymnasium dadurch nicht nur nicht verdrängt, sondern sogar noch vervollkommen sei. Im allgemeinen äußerte sich der Minister sehr vorsichtig, da die Erfahrungen mit den Reformschulen noch nicht abgeschlossen sind. Auch die allgemeine Bildung der Gymnasialisten wurde geprüft. Mit Recht sprach Abg. v. Dziewulski (Pole) sein Bedauern darüber aus, daß die Gymnasialabiturienten wohl die Verfassung der alten Römer und Griechen, nicht aber die des Deutschen Reiches lernen. Der polnische Redner erregte dadurch den Zorn des konservativen Herrn Ballastke, der unter der Zustimmung seiner Freunde der Ansicht Ausdruck gab, daß der Unterricht in der Verfassungsgegeschichte die Gymnasialisten zum politisieren veranlassen würde. Politisierende Gymnasialisten sind den Konservativen beinahe so staatsgefährlich wie denkende Gymnasialisten, und deshalb wollen sie unbedingt den Ausschluß aller die heutige Welt bewegenden Probleme der Kultur und Wissenschaft. Ein anderer konservativer Redner, Abg. Kling verlangte die Einschränkung der Freizügigkeit für Gymnasialisten; der Besuch der höheren Lehranstalten in Großstädten solle auf die Kinder solcher Eltern beschränkt werden, die in diesen Städten wohnen. Derartige geistreiche Ideen können allerdings nur im preussischen Junterparlament ausgeheckt werden.

Am Donnerstag erwartet man beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ eine längere Kunstdebatte. —

Deutsches Reich.

Neue Russendienste.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns geschrieben:

Ein etwa 23 Jahre alter Russe wurde Mittwoch, den 6. d. M. abends auf dem Bahnhof in Insterburg von einem preussischen Gendarm verhaftet. Um den Russen auf dem Insterburger Bahnhofe zurückzuweisen, hatte ihn ein Parteigenosse aus einer andren Stadt begleitet. Am Ausgange des Bahnsteiges stand ein Gendarm und fragte zuerst unsern Genossen nach seinem Namen. Nachdem dieser sich legitimiert und der Russe als Krügelziel Berlin genannt hatte, erklärte der Gendarm den letzteren für verhaftet. Er meinte: hätte er als Ziel seiner Reise England oder America angegeben, dann wäre er nur nach der Auswanderer-Station gebracht worden, nun müsse er ihn aber ins Polizeigefängnis abliefern.

Der den Verhafteten bis ans Gefängnis begleitende Genosse konnte nichts über das weitere Schicksal des Russen erfahren. Man konnte auch nicht erfahren, in welchem Auftrage der Gendarm handelte und wie er dazu kam, gerade diese beiden Jahrgäste am Ausgange des Bahnsteiges, den täglich viele hundert nach allen Richtungen verkehrende Personen passieren, zu empfangen und nach Legitimationen zu fragen. Wird man den Verhafteten, der gar nicht hier bleiben wollte, nun aus Deutschland ausweisen, oder wird man ihn bis zur russischen Grenze bringen und an Russland ausliefern? Diese Fragen stehen noch offen. —

Interpellation.

Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion hat die folgende Interpellation am Mittwoch eingebracht:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die durch Bergwerksgesellschaften, Mitglieder des Kohlenyndikats, im Ruhrrevier veranlaßte Arbeiterbetrieblung von Kohlengruben und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern zu beseitigen sowie die damit verbundene Existenzverunsicherung von Bauern, Handwerklern und Geschäftleuten jener Gegend zu verhindern?“

Zu gleicher Zeit hat im preussischen Abgeordnetenhaus das Centrum dieselbe Angelegenheit zum Gegenstand einer Interpellation gemacht. Es wird angefragt:

1. Ist der lgl. Staatsregierung bekannt, daß infolge der Zuteilung der Förderungen seitens des Kohlenyndikats an die einzelnen Zechen von den größeren Zechen (Gewerkschaften) die kleineren im Ruhrrevier angefallen und stillgelegt werden, um das Förderquantum zu übernehmen? 2. Was gedenkt die königliche Staatsregierung gegen diese die betroffenen Gemeinden und deren Einwohner, insbesondere die Vergleute und Gewerbetreibenden, in bedenklicher Weise schädigende Politik zu thun?“

Das Vorgehen der beiden Fraktionen ist geschehen, ohne daß die eine von der Absicht der andren wußte.

Aus vielfachen Gründen ist der Reichstag weit mehr zur Verhandlung dieser allgemeinen politischen Frage geeignet als das Abgeordnetenhaus. —

Die badische Wahlreform gescheitert?

Aus Karlsruhe wird telegraphiert: In der Verfassungskommission gab die Regierung auf die Beschlüsse betreffend Abänderung der Verfassung folgende Erklärung ab: 1. Die Regierung ist mit der Beratung eines Abgeordneten der Organisation der Arbeiter (Arbeiterkammer) in die erste Kammer nicht einverstanden. Bezüglich des Handelslandes besteht sie auf der Forderung von drei, nicht bloß von zwei Abgeordneten für ersten Kammer.

2. Die Regierung ist einverstanden, daß die Städte der Städteordnung durch zwei Oberbürgermeister in der ersten Kammer vertreten werden.

3. Die Regierung ist ferner einverstanden, daß die der Städteordnung nicht unterstehenden Städte mit mehr als 3000 Einwohnern durch einen Abgeordneten in der ersten Kammer vertreten und zwar durch die Gemeinderäte gewählt werden.

4. Die Regierung erklärt, daß auch die Kreisaußschüsse durch einen Abgeordneten in der ersten Kammer zu vertreten sind, gewählt durch Mitglieder der Ausschüsse.

5. Nach Meinung der Regierung soll eine Vermehrung der Mitglieder der zweiten Kammer nur bis zu 70 stattfinden.

6. Bezüglich des Budgetrechts und der die Behandlung des Finanzgesetzes regelnden Paragrafen tritt die Regierung der durch die Kommission festgesetzten Fassung nicht bei. Darüber würden noch weitere Erörterungen nötig sein.

Nach dieser Erklärung, so meldet uns ein Privattelegramm, erscheint die Wahlrechtsreform gescheitert. Die Regierung lehnte alle Verbesserungen der Kommission ab. Weiben die Parteien bei ihren früheren Erklärungen, so ist die Vorlage gefallen. —

Der Fall Kropp.

Ein Kieler Blatt veröffentlicht folgende Erklärung des Begründers der Kropp Anstalten, des nicht gerade vorteilhaft bekannten Pastors Paulsen:

In der letzten Nummer Ihres Blattes nahmen Sie Bezug auf eine Erklärung der Anstaltsverwaltung in Sachen der Ausweisung des Schwabinger Priover.

Diese Erklärung beruht, wie sich herausgestellt hat, auf irigen Informationen.

Allerdings hat die jetzige Anstaltsverwaltung mit der Ausweisung nichts zu schaffen und ist von derselben überrascht worden. Ein Geschäftsführer hat die irige Auskunft gegeben, daß infolge einer allgemeinen ministeriellen Anordnung allen militärpflichtigen Russen der Aufenthalt in Deutschland verweigert worden sei. Deshalb sei auch Priover ausgewiesen. In der Tat hat der frühere Geschäftsführer v. Döbeln im Juni 1902, also vor zwei Jahren, ohne jede Ermächtigung die Ausweisung des Priover beantragt. Nach dem Gesellschaftsstatut darf die Ausweisung eines Eingekauften nur erfolgen nach einer schriftlichen Genehmigung des Pastors Paulsen in Kröpp. Diese ist nie erteilt und nie erteilt. Mitin konnte die Verwaltung auch nicht ahnen, daß der frühere Geschäftsführer eine solche Maßregel widerrechtlich getroffen habe. Die Akten der Verwaltung erhalten nicht den geringsten Beweis für diese Handlung.

Jedenfalls ist aber klar, daß den Minister v. Hammerstein nicht der geringste Vorwurf trifft, daß vielmehr die Regierung nur einem Antrage des früheren Geschäftsführers stattgegeben hat. Bemerkenswert ist auch, daß Herr v. Döbeln 1902 im Gespräch von einer event. beabsichtigten Entfremdung des Priover gesprochen, worauf ich sofort Protest gegen eine derartige Handlung eingelegt habe. Damit hielt ich die Sache für abgetan. Der Geschäftsführer hat sich aber nicht damit getümmelt und nun nach zwei Jahren erfolgt plötzlich die Ausweisung, deren Grund hier niemand ahnte. Eine schriftliche Ausweisungsbefehl ist der Verwaltung nicht mitgeteilt.

Kröpp, den 11. April 1904.

Johannes Paulsen, P."

Durch diese Zuschrift wird der seltsame Fall keineswegs aufgeklärt. Zunächst ist es nicht der für das erste Schreiben verantwortliche Geschäftsführer der Anstalt, der das Wort ergreift, sondern der unbeteiligte Pastor Paulsen.

Der Geschäftsführer der Anstalt hatte geschrieben:

„Aus ist vom Regierungspräsidenten der Befehl zugegangen, Priover an die russische Grenze zu bringen, weil die russische Regierung an die preussische Regierung die Bitte gerichtet habe, die in Preußen anwesenden, in militärpflichtigem Alter stehenden Russen an die Grenze zu bringen.“

Das soll ein Irrtum sein. Ja, wie ist denn dieser tolle „Irrtum“ entstanden? Eine schriftliche Ausweisungsbefehl ist der Verwaltung nicht zugegangen. Wer hat denn nun die Ausweisung „befohlen“, auf welchem Wege, mit welchen Gründen? Da die jetzige Anstaltsleitung nichts von dem früheren — übrigens auch teilsamen, widerrechtlichen und nicht in den Akten vorfindbaren Antrage des Herrn v. Döbeln wußte, so mußte sie doch irgend eine Auskunft verlangen, wo erum sie den Russen an die Grenze schaffen sollte, sonst würde sie ganz und gar gewissenlos verfahren sein. Und wie kam der Anstaltsleiter zu der Behauptung, der Regierungspräsident habe aus militärischen Gründen die Ausweisung befohlen? Die Behauptung eines „Irrtums“ genügt nicht, es muß angegeben werden, wie dieser Irrtum veranlaßt werden konnte.

Auch mit der Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ sind die Angaben des Pastors Paulsen nicht vereinbar. Die „Norddeutsche“ sprach von zwei Gründen, deren Entfernung von der Anstalt beantragt worden sei. Nach Herrn Paulsen handelt es sich nur um eine Person. Ferner sind die Daten sehr auffällig. Nach Paulsen hat v. Döbeln seinen Antrag im Juni 1902 gestellt. Aber erst im März 1903 soll der Regierungspräsident, der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge, den Antrag an den Minister weitergegeben haben, und wieder ein Jahr später ist erst die Ausweisung erfolgt. Da stimmt etwas nicht! Man wird weitere Aufklärungen abwarten müssen!

Zeugniszwang auf Veranlassung eines Zeitungsverlegers.

Die Beseitigung des Zeugniszwanges für die Presse ist das gemeinsame Interesse aller Zeitungen. In Rostock aber hat sich das Ungeheure ereignet, daß der Allwelts-Verleger der dortigen „Liberalen“, „Rostocker Zeitung“ und des konservativen „Rostocker Anzeiger“, Woldt, durchgesetzt hat, daß unser Genosse Groth von der „Vollzeitung“ gerichtlich als Zeuge befragt wurde über die Verfasserschaft eines den Woldt angeblich beleidigenden Artikels. Weil Groth sein Zeugnis natürlich verweigerte, wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Zeitungsverleger haben eine Ständesorganisation. Was werden sie gegen den Mann unternehmen? Der Vorsitzende dieser Organisation, Herr Jänicke, hat am 16. Januar 1904 im Reichstag erklärt:

„Ein Mitglied einer Zeitung, das ihm anvertraute Dinge preisgibt, wird von der ganzen Presse mit Recht verachtet. Es wird kein Verleger (!) einen solchen Medaillon mehr annehmen, und ich glaube auch, daß kein anständiger Leser ein solches Blatt mehr in die Hand nehmen wird.“

Wird nun Herr Woldt von Verlegern, Redakteuren und Lesern boykottiert werden? —

Der freisinnige Bruderkrieg ist jetzt so weit gediehen, daß das Organ des Herrn Müller-Sagan von der Volkspartei Privatbriefe des Herrn Nathan von der Freisinnigen Vereinigung veröffentlicht. Herr Nathan hat anlässlich der Stichwahl in Pirna am 21. September 1899 folgendes Schreiben an einen Parteigenossen gerichtet:

„Berlin, 21. 9. 1899. Sehr geehrter Herr! Die Wahl in Pirna hat zu dem Ergebnis geführt, daß der Socialdemokrat mit dem Antisemiten in die Stichwahl kommt. Die freisinnigen Stimmen geben dabei den Ausschlag, und ich hoffe, daß dieselben nicht für den Antisemiten stimmen werden. Wenn Sie in der Lage sind, hierzu etwas unter der Hand zu thun, so veräumen Sie dies nicht, eine laute Agitation ist jedoch nicht zweckmäßig. Hochachtungsvoll und ergebenst Dr. Nathan.“

Für die diplomatische Leitertätigkeit auch des links stehenden Bürgerkriegs ist der von zarter Freundeshand veröffentlichte Brief ja charakteristisch.

Immerhin hat die Vorhgruppe der Freisinnigen Vereinigung selbst zugelernt. In der letzten Stichwahl in Göttinge-Schmalhalden hat man nicht nur unter der Hand, sondern auch offen die Parole ausgegeben, für den Socialdemokraten zu stimmen, freilich erfolglos.

An die Adresse der „Germania“ richtet der „Gornostal“, das Organ des Abg. Koranyi die folgende kräftige und durchaus berechtigende Charakteristik:

„Die Centrumsblätter machen mit unerhörter Dreistigkeit dem polnischen Volke, welches in Venten mit wahren Helden unglückliche Dinge von seinen Seelenhirten ausagen mußte, den Vorwurf des Meineides und unserer Redaktion den Vorwurf der Verleitung zum Meineide. Wer die Kühnheit hat, seinen Nächsten des Verbrechens des Meineides zu bezichtigen, handelt nichtsnützig, und so handelt die Centrumsblätter, welche in frecher Weise Tugende ihrer Mitbürger, mächtiger Leute, muffterhafter Katholiken, öffentlich dieses Verbrechens zu beschuldigen wagen, und dies nur zu dem Zweck, um die Ehre ihrer eignen Partei zu retten. Aus dem ganzen Benehmen der Centrumsleute geht ein hervor, was wir schon längst behauptet haben: Wenn es sich um das Interesse der Centrumpartei handelt, dann vergessen die Centrumsleute das Interesse der Kirche, ihre Lehren und Vorschriften, worauf gründen nun die Centrumsleute ihre nichtsnützigsten Beschuldigungen? Auf bloße leere Verhätigungen! Auf der einen Seite haben wir vor uns Aussagen ehrbarer, angesehener Leute, guter Katholiken, erhärtet durch den Eid vor Gott, auf der andern Seite leere „Verhätigungen“. Wenn es sich nun darum handelt, wenn man unter diesen Verhältnissen glauben soll, so erklären wir, daß wir den Zeugen glauben.“

Inzwischen hat sich ja Herr Kopp als Friedensfürst etabliert! Auch Kopp kann nicht verhindern, daß die Wirkung in Oberschlesien zunimmt. Innerhalb des Centrums selbst versucht die Raitoll-Gruppe den Polen dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß sie sich unabhängig organisiert. Der „Raitoll“ schreibt:

„Da die Breslauer Centrumsführer durch die „Schlesische Volkszeitung“ verurteilt liegen, sie würden ihre Politik nicht ändern, so bleibt nunmehr nichts andres übrig, als das gesamte polnische Volk Oberschlesiens unter der eignen volksparteiischen Standardie zu sammeln. Ungefähr eine Million polnischen Volkes in Oberschlesien hat gar keine Veranlassung, sich dem Willen der Breslauer Centrumsleute zu beugen. Im Gegenteil werde dies polnische obereschlesische Volk noch Kraft genug finden, um seine Rechte und seine Zukunft auf der nationalen Grundlage zu schützen.“

Sind Stadtverordnete berechtigt dem Magistrat einen Tadel auszusprechen? Mit dieser Frage beschäftigt sich gegenwärtig das Stadtverordneten-Kollegium in Halle, wie man uns von dort berichtet. Durch ein Versehen des früheren Stadtrats, jetzigen Geheimrats Pütter in Berlin war der Stadtkasse ein Schaden zugefügt worden. Dierhalb hat das Stadtverordneten-Kollegium auf Beschluß der Finanzkommission dem Magistrat ein Tadelvotum ausgesprochen. Der Magistrat will aber den Tadel nicht einstecken, und behauptet, das Rügerecht stehe nur der vorgelegten Behörde zu. Um Klarheit über die Sache zu schaffen, wurden die juristischen Mitglieder des Kollegiums mit der Prüfung der Angelegenheit betraut. Auf den Ausgang der Sache darf man gespannt sein.

Vom Grabenlegen im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:

Die über die voranschreitenden wirtschaftlichen Folgen der Stilllegungen von Gruben allmählich in Fluß kommenden Erhebungen haben schon zur Gewissheit werden lassen, daß die Störungen und Umwälzungen viel weitgehender und von viel tiefer eingreifender Wirkung sein werden, als man in den beteiligten Kreisen bisher angenommen und sich vorgestellt hat. Aus diesem Anstand erklärt sich auch die mit jedem Tage wachsende Erregung, die schon so stark ist, daß in Angriff genommene Bauten kurzerhand stillgelegt werden, bedeutende Geschäfte in beschleunigter Eile Vorkehrungen treffen, den von der wirtschaftlichen Vernichtung bedrohten Ort zu verlassen. Jedenfalls werden die Driftschichten nördlich von Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen nicht nur eine starke Bevölkerungszunahme, sondern auch ein starkes Anwachsen jeder Art Geschäfte zu verzeichnen haben — zum Segen des Haus- und Grundbesitzes. Der Entwertung aller Objekte in den Bergbaubereichen des Ruhrreviers steht dort eine Steigerung der Grundrente und der Wohnungsmieten gegenüber. Hier wie dort müssen die eigentlichen Erwerbstätigen bluten; besonders für die Arbeiterkassen wird sich die Steigerung der Mieten unliebsam bemerkbar machen.

Jur Illustration, wie verheerend das Grabenlegen in einzelnen Gemeinden wirkt, mögen einige Angaben aus den im Kreise Hoerde gelegenen Gemeinden dienen, die vom Grabenlegen betroffen werden. In diesen Gemeinden ist der Bergbau als die fast einzige Industrie die Trägerin des gesamten Wirtschaftslebens. Diese Gemeinden stehen vor der Gefahr vollständiger Verarmung, denn sie liegen von den aufstrebenden Bergbaubereichen viel zu weit entfernt, um irgendwie erlösensreich zu werden, die Bergarbeiter hier als Einwohner zu erhalten, während sie auswärts arbeiten. Eine vollständige Entvölkerung und Verarmung vieler Gemeinden wird damit unabwendbar. Allein in drei Gemeinden wohnen ca. 6000 Vergleute mit rund 20 000 Familienangehörigen. Ein überwiegender Teil dieser Familien unterhält ein kleines aus Einamilienhaus und kleinem Gärthchen bestehendes, angeerbtes oder durch bedeutende Anstrengungen erworbenes Anwesen. Aber alle „Eigentümer“ sind verschuldet, — es giebt kaum ein Anwesen ohne anfängliche Hypotheklast. Verleiher sind wieder fast ausschließlich Sparcassen. In zwölf Millionen Mark Hypothekenguthaben in den in Betracht kommenden Gemeinden teilen sich sechs Sparcassen. Mit Abwanderung der Hypothekengläubiger erfolgt eine ganz eminente Wertverminderung der Objekte, die Eigentümer werden kaum einen Pfennig herausbekommen und für die Sparcassen werden die billig zufallenden Anwesen schwer drückender Ballast. Die „Eigentümer“ werden bettelarm und die neuen Besitzer erzielen kaum Gewinn. Kerkula verhält es sich mit den übrigen Bauten und Weisungen, besonders die Geschäftswelt und die Hypothekengläubiger müssen mit bedeutenden Verlusten rechnen, unter denen manche Existenz vollständig zusammenbrechen wird.

Und wie sieht es mit den politischen Gemeinden? Fast alle haben bedeutende Anleihen zc. machen müssen für Schulbauten und andere öffentliche Anlagen. Obwohl in verschiedenen Gemeinden die Schulcassen vollständig überfäll sind, müssen doch schon zur Deckung der Gemeinde-Ausgaben überall 240 bis 280 Proz. Zuschlag zur Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden. Wie sollen die Gemeinden ihre Haushaltsbudgets balancieren, wenn mit dem Fortzug tausender Arbeiter und Gewerbetreibender die beste Steuerkraft verfliehet, durch Stilllegung der Gruben auch die Steuerleistung von dieser Seite fortfällt? Weiter ist auch nicht zu unterschätzen der Schaden, den die Landwirtschaft daran trägt. Für diese geht ein großer, direkter Abfall verloren, der um so schwerer wiegt, als viele Betriebe sich auf den direkten Abfall und der dafür geeigneten Produkte eingerichtet haben.

Wie groß der Kreis der Personen ist, die durch die neueste Entwicklung in Mitteldeutschland gezogen werden, läßt sich genau noch nicht angeben, man weiß noch nicht, welche Gruben alle von der Stilllegung ereilt werden. In den beiden zunächst in Betracht kommenden Bezirken: Witten und Hattingen sind rund 23 000 Bergarbeiter beschäftigt, außerdem werden betroffen Belegschaften im Bezirke Dortmund in Stärke von circa 7000, Wattenfeld 2500, Oberhausen 1000 und Werden 1000 Mann, insgesamt ca. 35 000 Mann, was einer Familienkopfabzahl von über 100 000 entspricht, ungerchnet die Handwerker, Kaufleute usw. Was geschieht soll zur Milderung der drohenden Störungen, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Herr Bergmeister Engel, der anscheinend zum Vorsitzenden der Syndikats bestell ist, hat nun schon zweimal im „Glück auf“ Stellung zu der Angelegenheit genommen, um durch „wohlerwogene“ Ratsschlüsse die Aufregung der Bevölkerung zu dämpfen. Zuerst schlug Herr Engel vor, die bedrohten Gemeinden schleunigt nach den großen zugehörigen Städten einzugemeinden. Daß solcher Ratsschlag ebenso billig ist, wie es Trombeeren sind, aber noch weniger wert als solche, wird jedenfalls der Leiter der Syndikatspolitik so gut wissen wie jeder Bürgermeister, er wird aber auch wohl zur Einsticht gekommen sein, daß er mit solchen Rat keine Sage hinter dem Ofen hervorholt. Bergmeister Engel hat nun, wie schon berichtet wurde, etwas Neues. Er schlägt vor, in weitem Maße das Straßenbahnen in der Weise auszubauen, daß die Bergarbeiter aus den in Betracht kommenden Orten zu den nächsten Betrieben günstige Fahrgelienheit erlangen. Dann könnten die Arbeiter in ihren gewohnten Verhältnissen bleiben, Grund- und Gebäudebesitz blieben vor Entwertung bewahrt usw. Auch dieser Rat hat nicht viel Wert. Zunächst liegen, wie bemerkt, verschiedene Orte viel zu weit von den Betriebsorten entfernt, dann aber auch würden die betreffenden Gemeinden durch neue Anlagen in neue Unkosten geführt.

Gegen Entschädigungsansprüche an Haus- und Grundbesitz spricht Herr Engel sich schlanterweg aus, irgend welche Rechtstitel könnten für solche Forderungen nicht angezogen werden. Danach dürfen die Beteiligten sich darauf einrichten, daß das Grabenkapital zu irgendwelchen Leistungen und Entschädigungen sich nicht verstehen wird. Einige schöne Worte vom Jwang der Verhältnisse, das wird alles sein, was die Syndikatsherren bieten.

Aus Südwestafrika

sind seltsamerweise bis zur Stunde noch keine genaueren Nachrichten über die letzten Geschehnisse eingegangen. Dagegen liegen aus dem Gebiete der Vondelzwards nichts als Besorgnisse vor, nach denen die Vondelzwards sich keineswegs als bestigt ansehen, vielmehr geneigt sein sollen, es auf einen nochmaligen Aufbruch ankommen zu lassen. Die in Swakopmund erscheinende „Deutsche Südwestafrikanische Zeitung“ behauptet sogar, daß einige der als befreundet geltenden Hottentottenstämme durchaus nicht als zweifel-

lose Freunde Deutschlands gelten dürften. Selbst die Witboi-Hottentotten werden als zweifelhafte Bundesgenossen bezeichnet.

Was helfen uns 300 verbündete Hottentotten, wenn wir 300 eigne Soldaten dazu benötigen, diese Verbündeten zu überwachern? Bei dem für uns doch immer noch sehr zweifelhaften Charakter der Eingeborenen ist eine solche Heberwachung natürlich nötig; findet sie nicht statt, so wäre das ein fürchterliches Unglück, dem wir vielleicht eines Tages ein großes Unglück zuzuschreiben haben würden. Galtens doch ältere Bewohner des Landes ein solches Unglück nach dem Tode des alten Hendrik Witboi nicht für ausgeschlossen. Zu was also solche Verbündeten, die doch weiter nichts sind, als sehr schwache Beweise von der Wichtigkeit der bisherigen Eingeborenen-Politik!

Es ist allerdings möglich, daß auch die jetzt deutschfreundlichen Hottentottenstämme dem Beispiel der Hereros und Vondelzwards folgen könnten, falls man Miene machen sollte, sie aus Bundesgenossen in Hörige zu verwandeln und sie zu diesem Behufe zu bewachen zu entlassen. Unsere Südwestafrikaner glauben aber, daß es jetzt an der Zeit sei, allen Eingeborenen ohne Ausnahme den Fuß auf den Nacken zu setzen, gleichviel, welche Opfer eine solche Unterjochungspolitik Deutschland kosten würde!

Hebrigs scheinen uns Kolonialpolitischen Scharfmacher hauptsächlich den Sieg davonzutragen zu wollen. Nachrichten aus Swakopmund melden den bevorstehenden

Kücktritt des Gouverneurs Lentwein,

der bei aller Schwäche gegenüber den heutzutage Kolonialabenteurern, die allerdings in Berlin den nötigen Rückhalt besaßen, doch immerhin eine den Eingeborenen fremdliche Politik zu verfolgen versuchte. Der Herero-Aufstand, den die wirklichen Urheber, die Arenbergsche und Ventepolitiker, dem „zu milden“ Regiment Lentweins in die Schuhe schoben, scheint dem Gouverneur hauptsächlich den letzten Stoß verlegt zu haben.

Die Nachrichten aus Swakopmund besagen: Gouverneur Lentwein habe wegen eines Beinleidens ein Urlaubsgesuch eingereicht. Die Nachricht dürfte sich, so schreibt das „S. Z.“, bestätigen; mit der Absicht auf Urlaub zu gehen, trägt der Gouverneur sich bereits seit einigen Monaten. Das Beinleiden, mit dem er sein Urlaubs-gesuch begründet, plagt ihn schon seit Monaten. Bereits während des Vondelzwards-Aufstandes fesselte es ihn in Keetmanshoop aus Haus. Selbstverständlich bezieht sich das Gesuch des Gouverneurs auf einen nach der Niederwerfung des Herero-Aufstandes ihm zu gewöhnlichen Urlaub; im gegenwärtigen Moment auf Urlaub zu gehen, wird Lentwein selbst nicht beabsichtigen. Daß die leitenden Stellen ihm den erbetenen Urlaub vorher gewähren sollten, darf als ausgeschlossen gelten.

Die Presse nennt auch bereits als mutmaßliche Nachfolger Lentweins verschiedene Kolonialbeamte.

Gefangene werden nicht gemacht!

Auch ein Brief aus Karibib, den ein gewisser Hans Weberstadt geschrieben, bestätigt die bereits von verschiedenen Seiten gemachte Mitteilung, daß zum Beginn des Krieges keine Gefangenen gemacht, sondern alle gefangenen und verwundeten Hereros getötet wurden.

Zehere Briefe desselben Verfassers enthalten auch interessante Mitteilungen über den trostlosen, zum Landbau völlig ungeeigneten Charakter unserer teuren Kolonie. Er schreibt:

„Einem ausgesprochenen Wunsche gemäß, das Land kennen zu lernen und nicht auf einem Fleck zu hocken, wurde ich auf Patrouille nach dem Süden geschickt in das Land der Hottentotten und Bastards, teils um die zwischen Gibeon und Windhoek bestehenden Heliographenstationen zu revidieren, teils um über die Wasser- und Weidewerhältnisse des Südens zu berichten. Die Reise, welche — mit zwei Pferden für mich, einem Padekel und zwei auf Eseln beritten gemachten Hottentotten — über sechs Wochen dauerte, gab mir Gelegenheit, einen guten Teil des Südens kennen zu lernen und führte mir vor Augen, wie erschreckend trocken das Land ist. Denn seit über 3 1/2 Jahren hat es so gut wie gar nicht geregnet. Auch die Hoffnung, daß die diesjährige Regenzeit, die im Dezember anfangen, genügend Regen bringen würde, hat sich bisher als nichtig erwiesen. Infolge des mangelnden Wassers und der dünnen Weide magert das Vieh zusehends ab, das Verkaufswert wird dadurch immer weniger und der Nachwuchs geht infolge des Hungers der Muttermilk vielfach ein. Der einzige Abzugmarkt ist die Kapkolonie, aber das Vieh muß erst dorthin getrieben werden, und die Gefahr, daß die Tiere beim Durchqueren der ungenügeren Strecken, die ohne genügendes Wasser und ohne Weide sind, eingehen, ist sehr groß. Deswegen ist die Viehzucht, die einzige, die noch eine Zukunft hat, augenblicklich nicht sehr rentabel. Acker- und Gartenbau im großen zu betreiben, ist bei der Dürre des Landes und dem Mangel an Abrechnern undenkbar. Aber in Berlin tauchen noch immer Leute auf, welche durch allzu rosiges Schilderung der hiesigen Verhältnisse falsche Vorstellungen vom Lande erwecken und Leute ohne genügendes Kapital heraus-

„Ich habe aber auf meiner fünfwochenlangen Reise, auf der ich etwa 2000 Kilometer im Sattel geritten, ein gut Stück vom Lande der Hottentotten und Bastards gesehen, mich von der geradezu erschreckenden Dürre desselben überzeugt und erkannt, daß das Land sich in keiner Weise zum Ackerbau eignet.“

Und für ein solches Land haben wir bis jetzt — die Kriegskosten eingerechnet — weit über 100 Millionen zum Fenster hinausgeworfen.

Husland.

Das mysteriöse Attentat in Barcelona.

Das erst gemeldete, dann dementierte Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Maura soll nun doch verifiziert worden sein. Der „Attentäter“ soll Maura keinen Faustschlag versetzt haben, sondern sein Dolchstoß soll nur in seiner beabsichtigten Wirkung durch die dicke Goldstickerei der Uniform abgemildert worden sein, so daß Maura nur eine relativ unbedeutende Verletzung davongetragen habe. Nach einer Meldung soll der Attentäter, ein Bedienter Namens Michel Arta, durch den Stoß eines Polizisten getötet worden sein, nach einer andern Meldung ist auch das unrichtig.

Einige der so widerspruchsvollen Telegramme lauten:

Madrid, 12. April. Daß ein Attentat eines katalonischen Anarchisten heute vormittag in Barcelona auf den Premierminister Maura stattgefunden hat, wird jetzt amtlich bestätigt. Ministerpräsident Maura fuhr in Gala-Uniform in einem Wagen nach Hause, nachdem er dem Trauergottesdienst für die Königin Isabella beigewohnt hatte. Er wurde durch den Dolchstoß des Anarchisten nur leicht verwundet. Der Eindruck des Attentats ist hier der einer allgemeinen Verstärkung.

Es ist noch hervorzuheben, daß Ministerpräsident Maura persönlich die Nachricht von dem Attentat an die Minister und seine Familie hier telephonierte. Doch soll der Blutverlust ziemlich bedeutend gewesen sein.

Madrid, 12. April. Aus Barcelona wird telegraphiert, der Attentäter scharf, als er den Dolch stieß, den er unter einem schwarzen (!) Taschentuch verbarg: „Hoch der Anarchismus!“ Er ergab sich dann der Polizei ohne Widerstand in dem Glauben, er habe den Ministerpräsidenten Maura getötet. Maura zog selbst den Dolch aus der Wunde heraus und warf ihn in den Wagen. Der Dolchstoß war durch einen Moskoyoff abgemildert worden und traf nur das Fleisch über der vierten Rippe. Maura begab sich sofort in das Provinzialgebäude, wo der Leibarzt des Königs ihn untersuchte und ihm Bettruhe anordnete. Hier sind die Gemüter außerst erregt. Die Entrüstung ist allgemein.

Barcelona, 13. April. Nach den letzten amtlichen Berichten ist der Zustand der Wunde des Ministerpräsidenten Maura gut und rasche Besserung zu erwarten; der Ministerpräsident wird die

Reise fortsetzen können. Die gestern aufgetauchte Nachricht, daß Artal, der Urheber des Anschlages, infolge eines erhaltenen Stoßschlages gestorben sei, wird für unrichtig erklärt. Die Polizei machte die Entdeckung, daß der Anschlag erst acht Tagen vorbereitet war. Artal folgte Maura seit mehreren Tagen; er hatte einen Mitverschworenen, der letzte Nacht verhaftet worden ist. Beide gehörten einer revolutionären Jugendvereinigung an.

Wieviel Schwindel in all diesen Nachrichten enthalten ist, wird sich schwerlich feststellen lassen. Die Polizei wird ihr Möglichstes thun, um die Wahrheit so viel als irgend möglich zu entstellen.

Der „Vossischen Zeitung“ wird noch aus Madrid vom Mittwoch gemeldet:

In Barcelona sind bereits über 20 000 Unterschriften zu der Protestkundgebung gegen den Mordanschlag auf Maura gesammelt worden. Die Börse, Vereine und Behörden veranstalten ein feierliches Dankfestungs-Teuam für die Rettung des Premierministers. Dieser wird in spätestens acht Tagen heimlich sein. Der König besuchte ihn und hörte mit großer Teilnahme aus seinem Munde den Bericht über den Mordanschlag. Artal erklärte, seinen Mitschuldigen zu haben, und besam sich zum Anarchismus. Er hat das Verbrechen mit Vorbedacht begangen und ist Maura seit mehreren Tagen auf Schritt und Tritt gefolgt. Er ist schlau und hat eine blasse Gesichtsfarbe und gleicht nach dem Aussehen einem Seminarianer. Er bereitete sich eine Zeilung für den geistlichen Verus vor, wurde aber dann Rehdienner und zuletzt Hausdiener. Sein Bruder ist Bürgermeister, seine Schwester bereitet sich zum Klosterstand vor.

Schweden.

Die Civilehe. Beide Kammern des schwedischen Reichstags haben am Sonnabend ein Gesetz angenommen, das auch den Personen das Recht der bürgerlichen Eheschließung zuerkennt, die bisher ausschließlich auf die kirchliche Trauung angewiesen waren, also auch in all den Fällen, wo Braut und Bräutigam beide der Staatskirche angehören, die Civilehe möglich macht.

Ein russisches Linienschiff gesunken.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hat bei Port Arthur am Mittwochvormittag eine große Seeschlacht stattgefunden, bei der die Russen anscheinend eine schwere Niederlage erlitten haben. Japanische Meldungen liegen noch nicht vor; die russisch-offiziösen Nachrichten lauten so lakonisch und unbestimmt, daß man ihnen die Absicht anmerkt, die volle Größe des Unglücks erst allmählich durchsickern zu lassen. Die Nachrichten lauten:

Tschifu, 18. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute früh 6½ Uhr wurden zwischen hier und Port Arthur Schüsse gehört, die auf ein sehr starkes Feuer schließen lassen. Man nimmt hier an, daß es zu dem langerwarteten Seegefecht im Bereich der Liautau-Inseln gekommen ist.

Petersburg, 18. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gestern wurde das japanische Flaggschiff „Asahi“ auf der Höhe von Tschifu, westwärts fahrend, gesichtet. Man hegt hier wenig Zweifel, daß das Geschwader nicht weit vom Flaggschiff sein wird. Der von Nisichuang hier eingetroffene Dampfer „Lodshan“ berichtet, er habe in der Richtung auf Port Arthur zwei Stunden lang anhaltendes Feuer gehört.

Petersburg, 18. April. 4½ Uhr nachmittags. Hier ist das Gerücht im Umlauf, daß Admiral Natarow tot sei. Petersburg, 18. April. Es heißt, daß bereits für morgen ein Trauergottesdienst für Admiral Natarow und die Offiziere des Panzerschiffes „Petropawlowsk“ angeordnet worden ist.

Petersburg, 18. April. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Vor Port Arthur ist das Panzerschiff „Petropawlowsk“ untergegangen. Nur vier Offiziere sind gerettet, darunter Großfürst Kirill Wladimirowitsch, der verwundet ist.

Petersburg, 18. April. Telegramm I des Kasan-Kommandanten Konteradmirals Brigorowitsch an den Kaiser aus Port Arthur von heute: Panzerschiff „Petropawlowsk“ geriet auf Mine, explodierte, kenterte. Unser Geschwader blieb unter dem Goldenen Berge. Das japanische Geschwader nähert sich.

Telegramm II: Admiral Natarow ist anscheinend umgekommen. Telegramm III: Großfürst Kirill Wladimirowitsch ist gerettet, leicht verwundet.

Tschifu, 18. April, 7 Uhr abends. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Privattelegramm von Port Arthur meldet, daß die Japaner heute mit Tagesanbruch angegriffen. Die ganze Flotte unter Admiral Natarow ging in See und vertrieb mit Unterstützung der Forts den Feind. Die Stadt hat keinen Schaden erlitten; eine Wirtung der Beschädigung auf die Forts oder die Flotte wird nicht erwähnt.

Es steht also fest, daß das Linienschiff „Petropawlowsk“ gesunken ist. Der Panzer hatte 11 400 Tonnen Displacement, eine Armierung von vier 30-Centimeter-Geschützen und zwölf 15-Centimeter-Geschützen und 700 Mann Besatzung. Da das Schiff kenterte, also sehr rasch versank, ist die ganze Besatzung umgekommen, bis auf vier Offiziere, darunter der Großfürst Kirill Wladimirowitsch.

Der Untergang des „Petropawlowsk“ ereignete sich nach der russisch-offiziellen Nachricht vor dem Beginn der eigentlichen Seeschlacht. Welchen Verlauf diese Schlacht genommen, darüber schweigt sich die Regierung einstweilen noch aus. Wäre der Angriff ohne weitere Verluste abge schlagen worden, so hätte man das zur Wänderung des Eindruckes der ersten Unglücksbotschaft doch jedenfalls schleunigst gemeldet. Die Russen scheinen also weitere schwere Verluste erlitten zu haben! Dafür spricht vor allem auch die Nachricht von dem Tode des Admirals Natarow. Dieser befand sich nicht auf dem „Petropawlowsk“, sondern auf seinem Flaggschiff, das also ebenfalls schwer beschädigt worden sein muß.

So schweigt über die russische offizielle Telegraphie über die wichtige Seeschlacht ist, so geschwähig erzählt er von einigen belanglosen Scharmützeln am Halbinsel:

Petersburg, 18. April. General Kuropawkin berichtet an den Kaiser, General Kashtalinski habe in der vergangenen Nacht eine Abteilung Schützen nach dem linken Halbinsel gegenüber von Widshu ausgeföhrt; die Abteilung unter dem Befehle eines Offiziers und eines Unteroffiziers landete auf der Insel Solande, wo sie eine japanische Aufklärungstruppe gerade in dem Augenblick überföhrt, als diese, auf drei Boote verteilt, an der Düsterte landen wollten. Die Russen ließen sie herantommen und gaben dann erst eine Salve ab. Die meisten Japaner wurden getötet oder ertranken.

Petersburg, 18. April. Nach den amtlichen Berichten, welche vom 8. bis zum 12. d. M. von dem Kriegsschauplatz eingegangen sind, ist im Noyon der Wandschurischen Armee und in Port Arthur alles ruhig und es sind keinerlei Veränderungen im Laufe von drei Tagen eingetreten. Seit dem 8. d. M. herrscht in der Wandschurischen Armee weiter mit Schneegestöber und in Abwartung starker Regen. Die Abteilungen der Vorhut der Japaner haben das linke Ufer des Hals erreicht, Widshu und Sonanpho besetzt und sich nach dem Fluße Womashu hin gezogen. Gegenüber Schachedschi veranzugnete sich; dort arbeiten Leute in koreanischer Kleidung. — Nach Erwähnung des schon gemeldeten Gefechtes eines russischen

Rundschafterkommandos mit den Japanern auf der Insel Samolin meldet der offizielle Bericht: In der Nacht vom 11. d. M. näherte sich ein Fahrzeug mit sichtbaren Feuer der Liau-Mündung von der Barre her. Auf 2000 Schritt wurde auf dasselbe ein Schuß abgegeben; es begann sich noch schneller dem Ufer zu nähern, indem es die Feuer verminderte, und entfernte sich erst nach einigen weiteren Schüssen. Als das Schießen begann, stießen vom rechten Ufer von der Seite des Bahnhofs her Boote ab, auf welche unsere Schützen feuerten; darauf schlugen die Boote den Rückzug ein.

Diese „Siegess“-meldungen sind wahrscheinlich auch noch übertrieben. Nur das eine geht aus ihnen hervor, daß die Russen die Absicht zu haben scheinen, die Japaner am Uebergang über den Hals zu hindern. Es sind ja auch bereits allerhand Gerüchte über eine Schlacht am Hals verbreitet, die aber keinerlei Bestätigung gefunden haben.

Partei-Nachrichten.

Ein sozialdemokratisches Blatt für St. Gallen und Umgegend zu gründen, beschloß vergangenen Montag dort eine von 400 Mann besuchte Versammlung mit allen gegen eine Stimme.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen angeblicher Schußmannsbefeldigung, begangen durch die Presse, hatte sich am Dienstag der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Genosse Julian Vordhardt, vor der Strafkammer zur Verantwortung. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Vordhardt wurde jedoch freigesprochen. Die beiden Einseher der fraglichen Kotiz, die sich selbst als die Einseher bezeichnet hatten, wurden zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Die Arbeitsleistung der Bergarbeiter im Kohlenbergbau. Mehrfach ist in letzter Zeit, besonders wenn der Ausbruch eines Streiks in den Kohlenrevieren drohte, von der Unternehmensepse die Behauptung aufgestellt worden, daß die Arbeitsleistung der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau stetig abnimmt. Selbst wenn sich ein Rückgang der Durchschnittsleistung pro Mann und Schicht nachweisen ließe, wäre diese Behauptung noch nicht berechtigt, denn es ist selbstverständlich, daß mit dem Vordringen zu größeren Tiefen oder mit der Aufnahme des Abbaues an von den Schächten weit entfernten Stellen die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Fördermenge eine Einbuße erleidet. Außerdem aber verrechnen sich zugleich mit dem Vordringen in größere Tiefen auch die mannigfachen Nebenarbeiten. Doch die Behauptung ist überhaupt unrichtig, wie sich aus den Geschäftsbereichen einer Reihe der größten Jachen nachweisen läßt und wie aus neun die letzten erschienenen Jahresabrechnung der Gewerkschaft Friedrich der Große bei Hene bestätigt. Nach den in diesem Bericht enthaltenen Aufstellungen ist die Tagesleistung von 1601 Tonnen in 1902 auf 1767 Tonnen oder um 10,3 Proz. und die Durchschnittsleistung pro Mann und Schicht von 0,71 auf 0,74 Tonnen oder um 4,22 Proz. gestiegen. Die Hauerteistung betrug 1,95 Tonnen (1,88 Tonnen), d. h. 3,72 Proz. mehr. Dagegen stieg der Durchschnittslohn nur von 4,03 auf 4,11 M. oder um rund 2 Proz. Beschäftigt wurden 2798 (2572) Mann.

Die Rechen-Anläufe und Stilllegungen im Ruhr-Revier werden ungeachtet aller Proteste von den großen Bergwerksvereinigungen fortgesetzt. Auch der Uebergang der Zeche Widfeld-Tiefbau (Applerbed) an die Gewerkschaft Graf Bismarck ist als abgeschlossen zu betrachten. In der vorgestern in Dortmund abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung der Zeche Widfeld-Tiefbau wurde das Angebot der Zeche Bismarck, wonach diese gegen eine Zahlung von 2,2 Millionen Mark oder 2200 M. pro Aug das gesamte Vermögen der Zeche Widfeld nebst ihren Verbindlichkeiten (1 050 000 M.) übernimmt, einstimmig genehmigt. Vorläufig soll die Einstellung der Förderung, wie verlautet, nur auf dem Applerbeder Schacht erfolgen.

Auf der Zeche „Eiberg“, die von der Gewerkschaft Eiswald angekauft ist, hat inzwischen die Verminderung der Förderung begonnen; 300 Bergleute erhielten die Abwehr. Ein Komitee arbeitet eine Denkschrift und eine Petition zwecks staatlichen Einschreitens aus. Einzelne Augeninhäber erhoben gegen den Verkauf Eibergs gerichtlichen Einspruch, weil der gezahlte Preis dem wirklichen Wert nicht entspreche.

von irgend welchen von der Regierung geplanten Maßregeln verlautet bisher noch nichts. Der seit einigen Tagen mit mehreren Räten im Kohlenrevier weilende Ober-Berghauptmann Belsen-Berlin wird heute, wie die „National-Zeitung“ erzählt, das Ruhrrevier verlassen, nachdem er in mehreren Konferenzen mit dem Berghauptmann Bauer, den Mitgliedern des Oberbergamtes und Rechenvertretern die Frage der Rechenverläufe und Stilllegung einzelner Jachen eingehender besprochen hat. Demgemäß an ein Einschreiten der Regierung auf Grund öffentlichen Interesses vor der Hand nicht gedacht werden könne, so nimmt dennoch, berichtet das Blatt, die Staatsregierung den obigen Vorgängen die allergrößte Aufmerksamkeit und es werde alles unternommen, um die etwaigen sozialen Schäden von den einzelnen Gemeinden sowie der Bevölkerung des Ruhrreviers abzuhalten.

Gesellschaftswerte Südwest, Aktiengesellschaft, Schöneberg. Der Betriebsgewinn des Jahres 1902 stellt sich auf 356 850 M., der Reingewinn nach Dotation des Abschreibungs- beziehungsweise Amortisationsfonds mit 140 000 M. auf 272 432 M. Als Dividende gelangen 5 Proz. zur Verteilung, während 306 M. vorgetragen werden.

Der Dampferbesitz der Hauptseefahrtländer stellt sich nach den letzten Aufzeichnungen des Britischen Lloyd in folgenden Ziffern dar: Botan steht England mit 7530 Schiffen und 13 410 894 Brutto-Tonnen, wozu noch die englischen Kolonien mit 1023 Schiffen und 782 688 Tonnen treten. An zweiter Stelle folgt Deutschland mit 1425 Seedampfern und 2 794 311 Tonnen. Die Dampferflotte der Vereinigten Staaten zählt 862 Fahrzeuge mit 1 220 995 Tonnen. Frankreich folgt mit 717 Dampfern und 1 153 761 Tonnen. Norwegen hat 962 Dampfer und 935 229 Tonnen, Spanien 450 mit 720 822 Tonnen, Italien 385 mit 704 109 Tonnen, Holland 360 mit 613 219 Tonnen, Rußland 578 mit 578 343 Tonnen, Dösterreich-Ungarn 267 mit 557 745 Tonnen, Schweden 750 mit 502 581 Tonnen, Dänemark 385 mit 483 968 Tonnen.

Gegen das Jahr vorher haben mit Ausnahme von Spanien, das 15 000 Tonnen Rückgang hatte, alle Staaten ihre Tonnage vermehrt. Die Vereinigten Staaten haben mit einer Zunahme um 125 000 Tonnen Frankreich überflügelt, das nur 49 000 Tonnen gewonnen hat. England hat wieder 513 000, seine Kolonien haben 28 000 Tonnen mehr. Deutschland hat um 158 000 Tonnen zugenommen. Norwegen hat um 68 000, Italien um 12 000, Holland um 58 000, Rußland um 22 000, Dösterreich-Ungarn um 28 000, Schweden um 38 000, Dänemark um 44 000 Tonnen seine Handelsflotte verstärkt.

Amerikanische Gröndergewinne. Recht interessante Entföhllungen über die Höhe der amerikanischen Gröndergewinne liefert jüngst eine New Yorker Berichtverhandlung, der eine Klage des Grönders der „Amalgamated Copper Company“ (Vereinigte Kupfergesellschaft), des Herrn Thomas W. Lawson gegen den bekannten Standard Oil-Interessenten Henry S. Roger zu Grunde lag. Nach eidlicher Beschwörung Lawsons haben nämlich er und zwei oder drei andre Racher bei der Grönderung der Kupfergesellschaft nicht weniger als insgesamt 46 Millionen Dollar verdient. Wie der „Frankf. Zeitung“ aus New York berichtet wird, war Rogers außer Lawson am stärksten bei der Grönderung der „Amalgamated Copper

Company“ beteiligt. Später hatten beide ein gemeinschaftliches Geschäft in Anteilen der „Coh State Gas Company“ eingeleitet und daraus stammen die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen, welche namentlich in der Form von Klagen und Wiederklagen vor Gericht gekommen sind. Herr Lawson machte die erwähnte aufsehenerregende Angabe, als er von dem Vertreter seines früheren Grönderungsgegners ins Kreuzverhör genommen wurde. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß die Grönder z. B. die Aktien der „Anaconda Copper Company“, die ja auch im Trust aufgegangen ist, zu 30 Dollar das Stück kauften, um sie dann bei der Grönderung der „Amalgamated“ mit 60 Dollar in Rechnung zu bringen! Das Kapital der Anaconda-Gesellschaft beträgt 30 000 000 Dollar, von welchem Betrag die Grönder 75 Proz. in ihre Hände gebracht hatten, bevor sie weiter veräußerten. Dann kauften sie ferner „Columbia“ und „Montana“-Aktien zu 40 Dollar und brachten sie zu Pari in den Trust. Boston und Montana wurden zu 800 Dollar gekauft und um 100 Dollar höher veräußert. Als die „Amalgamated Copper Company“ gegründet wurde, erhielt das Publikum nur wenig Information über ihre Verhältnisse. Da der Prospekt aber die Unterschriften der Herren Lawson und Rogers trug, und ein gewisser Teil der Finanzpresse sehr enthusiastisch war, fanden sich bald Käufer in Scharen. Noch zu 180 wurde das Papier gekauft. Die Grönder konnten ihre Aktien zu 100 Dollar höher veräußern. Sobald sie ihre Aktien los waren, entstanden die bekannten juristischen Schwierigkeiten in Montana, die Metallpreise fielen und die Dividende mußte von 8 auf 2 Prozent herabgesetzt werden. Das Publikum, welches den Gröndern mindestens 150 Millionen Dollar für die Aktien gezahlt hatte — den Parwert oder mehr — begann ängstlich zu werden und es wurden starke Liquidationen vorgenommen. Die Herren Lawson u. Rogers hielten durch Waiffenanöber nach und kauften erst wieder, als die Aktien auf 50 gefallen waren. Jetzt besitzen sie wieder, dem Vernehmen nach, 85 Proz. der ganzen Emission.

Gegen die Herren, welche die „Amalgamated Copper Company“ gründeten, sind die Grönder des Schiffsbautrusts wirklich noch recht bescheidene Leute gewesen.

Der Baumwollbau der Vereinigten Staaten von Amerika scheint unter dem Einfluß der hohen Preise für Rohbaumwolle eine Ausdehnung zu erfahren. Aus verschiedenen Gegenden wird eine Vergrößerung der Anbaufläche gemeldet. Anläufe von Düngstoffen, landwirtschaftlichen Geräten und Mäulseln werden in großem Umfange gemacht. In Texas sind Unterrichtslurze eingerichtet worden, um die Farmer zur Annahme wissenschaftlicher Bewandlungsmethoden zu veranlassen. Diese Maßnahme ist augenscheinlich erfolgreich und hat zum Bezuge großer Mengen Baumwollsaamen aus Nord-Carolina und andren Staaten des Ostens geführt. Das Baumwollareal im Norden und Nordwesten dürfte dem Vordringe gegenüber eine Zunahme von 20 Proz. aufweisen. Im Norden Alabamas und Mississippi rechnet man mit einem Anwachsen der Anbaufläche um 20-33 Proz., in Tennessee um 20 Proz. und in Nord-Carolina um 10-20 Proz. Auch in den meisten Distrikten Georgias wird Baumwolle in weit größerem Maße angebaut werden als in der letzten Saison. Eine Ausnahme bildet nur das östliche Georgia. Im westlichen Tennessee liegen die Verhältnisse in diesem Jahre ebenfalls sehr zufriedenstellend; die finanzielle Lage der Farmer ist günstig, und man rechnet mit einer größeren Zunahme der Anbaufläche als je zuvor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 18. April. (B. L. Z.) Oberst Leutwein meldet aus Orahandja unter dem heutigen Tage: Verfolgung ergab, daß geschlagener Feind in Gegend Ojitafu, Gundo, Kapharia zurückging. Vom Feinde gefunden achtzig Tote und frische Gräber. Etwa 350 Stück Gropvieh erbeutet.

Englisches Unterhaus.

London, 18. April. (B. L. Z.) Der Staatssekretär für Indien brachte heute den angeklündigten Beschlusantrag ein, indem das Haus um die Ermächtigung gebeten wird, die indischen Truppen infolge der Tibetverwicklungen außerhalb der indischen Grenze verwenden zu können. Nachdem Brodrick in längerer Rede den Antrag begründet hatte, wurde die Resolution mit 270 gegen 61 Stimmen angenommen.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 18. April. (B. L. Z.) Hier verlautet gerüchtwaise, daß Konteradmiral Kuschi Uchomski, welcher einstweilen den Befehl über die Flotte von Port Arthur übernommen hat, sich heute nachmittag im Gefecht mit 18 japanischen Schiffen befunden habe.

Petersburg, 18. April. (B. L. Z.) Aus Port Arthur meldet Konteradmiral Brigorowitsch nachstehendes viertes Telegramm: Allerunterthänigst melde ich Ev. Majestät, daß bis jetzt vom Petropawlowsk außer dem Großfürsten der schwerverwundete Kapitän ersten Ranges Jafowlew, die Leutenants Jensch, Untoweli, die Wörshymen Schmidt, Jafowlew, Schippe und 32 Mann teils schwer, teils leicht verwundet, in Sicherheit gebracht sind. Gefunden sind die Leichen des Kapitäns zweiten Ranges Wassiljew, des Leutenants v. Smorning L., des Wörshyman Jekimow und Wuratshko, des Oberargtes Wofkowitzch und von 12 Mann. Die japanische Flotte hat sich zurückgezogen. Weitere Einzelheiten werden vom Konteradmiral Fürsten Uchomski berichtet werden, der das zeitweilige Kommando über das Geschwader übernommen hat.

Petersburg, 18. April. (B. L. Z.) Ein Telegramm des Stabschalters Alexejew an den Kaiser aus Naiden von heute lautet: Auf Grund eines soeben vom Generalleutnant Stößel erhaltenen Telegrammes berichte ich mit tiefer Trauer allerunterthänigst Eurer Majestät, daß die Flotte des Stillen Ozeans einen neuen schweren Verlust erlitten hat in der Person des Viceadmirals Natarow, ihres ruhmvollen und erfahrenen Chefs, der mit dem Flaggschiff „Petropawlowsk“ unterging.

Petersburg, 18. April. (B. L. Z.) Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropawkin an den Kaiser von heute besagt: General Koshtalinski meldet: Am Morgen des 12. April wurden bei einem Vorpostengefecht mit den Japanern der tapfere Offizier des 12. Regiments Oberleutnant Demidowitsch, der Unteroffizier Lushtin, welcher bereits zu zwei Dekorierungen vorgeschlagen war, und zwei Schützen getötet sowie zwei Schützen verwundet.

Petersburg, 18. April. (B. L. Z.) Ein weiteres Telegramm des Stabschalters Alexejew an den Kaiser meldet: Nach Berichten des Kommandanten von Port Arthur gingen die Panzerschiffe und Kreuzer unter der Flagge des Kommandanten der Flotte in See als der Feind sich zeigte. Sie verfolgten einen Teil der feindlichen Streitkräfte und lehrten, da jene sich bis auf 30 Schiffe vermehrten, auf die Rede zurück. Hierbei geriet das Panzerschiff „Petropawlowsk“ auf eine Mine; dies hatte den Untergang des Schiffes zur Folge. Großfürst Kirill Wladimirowitsch, der sich auf dem „Petropawlowsk“ befand, ist gerettet. Er ist leicht verwundet. Das ganze Geschwader ist in den inneren Hafen eingelaufen. Das japanische Geschwader befindet sich bei Liautshan. Vom Kommandanten der Flotte sind bis zum Augenblick des Abganges dieser Depesche keine Berichte eingegangen.

Darmstadt, 18. April. (B. L. Z.) Der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Graf Oriola hat bei einer Wahlmännerversammlung in Friedberg wegen Ueberbürdung mit Reichstagsarbeiten sein heffisches Landtagsmandat niedergelegt. An seiner Stelle wurde der Bürgermeister Ullmann aus Nieder-Erlenbach als Kandidat aufgestellt.

Reichstag.

66. Sitzung, Mittwoch, den 13. April 1904, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky, Dr. Rieberding, Hr. v. Richtigofen.

Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats wird bei dem Etat für den Reichsanwalt und die Reichsanwaltschaft fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Zur auswärtigen Politik will ich nur das Eine bemerken, daß das ganze Land Vertrauen zu dem Reichsanwalt hat; wir billigen seine Politik, sich weder im fernem Osten noch in dem Wetterwinkel des Baltan, der nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert ist, unnötig zu engagieren.

Zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes haben Herr v. Bennigsen und ich, abweichend von unsrer Fraktion, gestimmt. Wir wollten nicht einen Zustand aufrechterhalten, nach dem deutsche Anarchisten besser gestellt waren, als deutsche Jesuiten.

Jedenfalls war unsre Verständigung gegenüber der Socialdemokratie sehr erschwerter. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Auch die Zulassung der marianischen Kongregationen widerspricht allen Lieberkeiserungen preussischer Schulpolitik.

Der neue Reichstag ist ungefähr ebenso zusammengesetzt wie der vorige. Da können Sie nicht von uns verlangen, daß wir einen solchen Tarif nochmals vorlegen. Wäre dann die Lage der Landwirtschaft gebessert oder nicht?

Wiederholt haben wir die Forderung gestellt, daß wenigstens der argentinische Handelsvertrag von Deutschland gelündigt werde. Argentinien überschüttet uns mit Weizen. Aber da hieß es, dann kündigen alle anderen Länder Südamerikas auch uns die Weizenbegünstigung.

Die nationalliberale Partei ist heute eben von der ausschlaggebenden Stellung verdrängt, in der sie die Kulturkampfgesetzgebung geschaffen hat. Da darf sie sich nicht wundern, wenn die Regierung, die damals ihr zu willen war, jetzt nach dem Willen der heutigen Reichstagsmehrheit die damals beschlossenen Ausnahmegesetze aufhebt.

Abg. Dr. Spahn (C):

Die nationalliberale Partei ist heute eben von der ausschlaggebenden Stellung verdrängt, in der sie die Kulturkampfgesetzgebung geschaffen hat. Da darf sie sich nicht wundern, wenn die Regierung, die damals ihr zu willen war, jetzt nach dem Willen der heutigen Reichstagsmehrheit die damals beschlossenen Ausnahmegesetze aufhebt.

(Große Heiterkeit), und ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Ministern nennen, die aus der nationalliberalen Partei hervorgegangen sind. (Abg. Dr. Spahn spricht allmählich immer leiser, so daß seine Ausführungen über die juristische Zulässigkeit der Zustimmung des Bundesrats zu einem Reichstagsbeschlusse aus einer früheren Session auf der Tribüne unverständlich bleiben.)

Abg. v. Heydebrand und der Lasa (L):

Was die Erhebung von Abgaben auf schiffbaren Strömen betrifft, so gebe ich zu, daß die Fassung des Artikels 54 keine glückliche ist. Der Ausdruck „Anlagen“ ist nicht sehr klar. Jedenfalls hat sich seit Erlaß der Verfassung eine außerordentliche Wandlung in solchen Flußregulierungen vollzogen.

Was die Erhebung von Abgaben auf schiffbaren Strömen betrifft, so gebe ich zu, daß die Fassung des Artikels 54 keine glückliche ist. Der Ausdruck „Anlagen“ ist nicht sehr klar. Jedenfalls hat sich seit Erlaß der Verfassung eine außerordentliche Wandlung in solchen Flußregulierungen vollzogen.

Was die auswärtige Politik anlangt, so kam ich es ja dem Herrn Reichsanwalt nachempfinden, daß solche Anfragen nicht gerade sehr bequem sind. Aber das Volk hat ein Recht darauf, wenigstens in großen Zügen zu wissen, wohin die Fahrt geht.

Es hätte der letzten Drohung des Vorredners nicht bedurft, um die Regierung zu veranlassen, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Geht doch von jeder unser ganzes Bemühen bei dieser Arbeit, der Landwirtschaft einen höheren Schutz zu erwirken als sie bisher hatte.

Staatssekretär Hr. v. Richtigofen:

Es hätte der letzten Drohung des Vorredners nicht bedurft, um die Regierung zu veranlassen, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Geht doch von jeder unser ganzes Bemühen bei dieser Arbeit, der Landwirtschaft einen höheren Schutz zu erwirken als sie bisher hatte.

Herr v. Kardorff hat das Vertrauensvotum, das er dem Reichsanwalt erteilt, nicht auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik ausgedehnt. Er bemerkte, daß unsre Unterhändler dieselben seien wie bei der Brüsseler Juderkonvention.

Ich habe für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt, kann aber Herrn v. Kardorff in seiner Kritik der Maßnahmen des Reichsanwalters nicht ganz unrecht geben. Immerhin glaube ich, daß es für den inneren Frieden Deutschlands nur günstig sein kann, wenn dem Centrum ein so willkommener Agitationsstoff genommen wird.

acht Vertragsstaaten teils einen neuen Handelsvertrag geschlossen, teils stehen wir in regsten Verhandlungen. Aber das Maß der Arbeit kennt, wird uns das Zeugnis geben, daß in fünfviertel Jahr geleistet worden ist, was hat geleistet werden können.

Das Tempo unsrer Arbeiten ist von keiner andren Nation übertroffen worden. Wir setzen alles daran, um bald zum Abschluß der Handelsverträge zu gelangen; aber inmitten schwebender Unterhandlungen mit sechs Mächten ist es für uns unmöglich, mit einer Kündigung der bestehenden Verträge vorzugehen.

Abg. Dr. Ricklin (Cf.):

So wohlthätig wie die Aufhebung des Distriktparagraphen in Elsaß-Lothringen gewirkt hat, so wohlthätig wird auch die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes wirken. Hoffentlich wird nun auch der ganze Rest napoleonischer Gesetze fallen, unter dem wir noch zu leiden haben.

Man sollte doch endlich den Ausnahmezustand für Elsaß-Lothringen beseitigen und zum mindesten solche keine Chile ausheben wie das Verbot der französischen Schilder für Kaufleute. Der Artikel des Herrn Wilmthal können wir uns nicht anschließen.

Abg. Götze (fr. Sp.):

Der den zweiten Teil der Rede des Herrn Vorredners hörte, der konnte auf die Vermutung kommen, daß der Name des deutschen Reichsanwalters nicht Bälou sondern Wilmthal ist (Heiterkeit), soweit ich ja der deutsche Liberalismus allerdings noch nicht.

Ich mag für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt, kann aber Herrn v. Kardorff in seiner Kritik der Maßnahmen des Reichsanwalters nicht ganz unrecht geben.

Ich habe für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt, kann aber Herrn v. Kardorff in seiner Kritik der Maßnahmen des Reichsanwalters nicht ganz unrecht geben.

Ich habe für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt, kann aber Herrn v. Kardorff in seiner Kritik der Maßnahmen des Reichsanwalters nicht ganz unrecht geben. Immerhin glaube ich, daß es für den inneren Frieden Deutschlands nur günstig sein kann, wenn dem Centrum ein so willkommener Agitationsstoff genommen wird.

Ich habe für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gestimmt, kann aber Herrn v. Kardorff in seiner Kritik der Maßnahmen des Reichsanwalters nicht ganz unrecht geben. Immerhin glaube ich, daß es für den inneren Frieden Deutschlands nur günstig sein kann, wenn dem Centrum ein so willkommener Agitationsstoff genommen wird.

nachweisen, aber jetzt versucht man, der Verfassung einen Sinn unterzulegen, den man bisher dahinter nicht vermutet hat.

Der Staatssekretär hat uns ja gewissermaßen eine Ehrenkränzung abgegeben. Wir haben immer behauptet, daß das „vorige Instrument“ des neuen Zolltarifs mit seinen 946 Positionen die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag nur erschweren würde. Daß andre Länder uns gegenüber eine aktive Handelsbilanz haben, beweist mir gar nichts, denn sie führen nicht Fertigfabrikate, sondern Rohstoffe und Halbfabrikate ein, die sie nicht in genügender Menge haben. Den Reichsbudgetverträge mit Argentinien zu kündigen, hätte nur den Zweck, an Stelle des argentinischen Weizens russischen, nordamerikanischen oder Donau-Weizen um so viel mehr herein zu bekommen. Dazu hätten wir einen Zollkrieg mit Argentinien durchzuführen. Unsere Unterhändler müßten in der That Lebermenschen sein, wenn sie mit dem neuen Zolltarif wirklich brauchbare Handelsverträge zu Stande bringen könnten. Die Industrie und den Handel hat der Minister des Auswärtigen heute ebensowenig erwähnt wie der Reichskanzler im Landwirtschaftsreferat. Industrie und Handel sind heute vollständig quantitativ möglich. In der That hat auch der landwirtschaftliche Arbeiter kein Interesse an steigenden Getreidepreisen, sondern lediglich der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf v. Bernstorff (Welfe) tadelt, daß bei den Wahlen in Hannover das Wahlgeheimnis dadurch verletzt sei, daß man nachgeforscht habe, welche Mitglieder von Kriegervereinen für Welfen gestimmt hätten. Redner kommt des Weiteren auf die Rede des Ministers Hammerstein in Hannover gegen die Welfen zu sprechen. Der Vorwurf des Ministers, daß wir deutsche und preussische Treue trennen, ist vollkommen unbedeutend. Wir glauben, daß gerade durch Herstellung der Rechtsgrundlage Preußen sowohl wie Deutschland außerordentlich gestärkt würde. Ich wende mich an die verbündeten Regierungen und das hohe Haus, um in der Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte zu schätzen. (Bravo! bei den Welfen.)

Preussischer Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein: Ich kann dem Vorredner nicht versprechen, auf die Kriegervereine einzuwirken, daß sie von ihrer jetzigen Praxis abstecken; sie thun sehr recht daran, die Mitglieder zur Treue gegen ihren Kriegsherrn zu ermahnen.

Meine Kneipungen in Hannover halte ich vollkommen anrecht. Ich finde es unerhört, daß ein Redner hier ungenügend von Rechtsbruch und Gewalt gegen Hannover vor 1866 hat sprechen können. Einmal hätten 38 Jahre ein Unrecht schon wieder fast zu Recht werden lassen (Widerpruch bei den Welfen) und dann kann von Vergewaltigung oder Treubruch gar nicht die Rede sein; es war ein gerechter Krieg und das Volksgewissen hat für uns entschieden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ist es richtig, daß Sie das Königreich Hannover wiederherstellen wollen oder nicht? (Lärm bei den Welfen: Ja wohl! — Große Heiterkeit.) Das könnte nur durch einen großen Krieg geschehen, der Deutschland zu Grunde richtet. Sie, die welfischen Agitatoren, lassen den inneren Frieden dort nicht bestehen; Sie beginnen noch jetzt Ihre Verammlungen mit einem Hoch auf den Herzog von Cumberland. Da werden Sie sich die Folgen selbst zuschreiben haben, wenn Sie sich weiter gegen die Obrigkeit auflehnen und gegen den König, den der liebe Gott Ihnen gesetzt hat. (Stürmischer Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Mögen Sie Ihren Einfluß auf die Bevölkerung nach der Richtung geltend machen, daß Sie für Kaiser, Vaterland und Reich eintreten! (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Präsident Graf Balleskreuz: Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrat, preussischer Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein, hat mit einem bezeichnenden Blide auf diese Stelle gerügt, daß der Herr Abgeordnete Graf Bernstorff ohne Korrektur von Treubruch und Vergewaltigung im Jahre 1866 hat sprechen dürfen. Das hat Graf Bernstorff nicht gesagt! Er hat das Jahr 1866 gar nicht erwähnt und nur als Prinzip seiner Partei hingestellt, daß sie gegen Treubruch und Vergewaltigung sei. Was er sich dabei gedacht hat, weiß ich nicht. (Stürmische Heiterkeit) aber wenn er das Jahr 1866 genannt hätte, so hätte ich das nicht durchgehen lassen.

Abg. Graf Nevenslow (Antif.): Wir haben weder die auswärtige, noch die Handelspolitik des Reichskanzlers jemals unterstützen können, können es aber am wenigsten nach seinen gestrigen Auseinandersetzungen. Vor allem richte ich an ihn die dringende Bitte, dafür einzutreten, daß der Bundesrat dem Reichstagsbeschluss über Gewährung von Anwesenheits- oder Tagesgeldern endlich seine Zustimmung giebt. Dann habe ich zu erklären, daß wir die bei Aufhebung des § 2 des Reimitengesetzes erfolgte Zustimmung des Bundesrats zu den Beschlüssen eines nicht mehr versammelten Reichstages für verfassungswidrig halten.

Redner tadelt es, daß die Namen der gefallenen Mannschaften in Süddeutschland stets erst viel später veröffentlicht werden als die der gefallenen Offiziere, und erörtert des Weiteren das Verhältnis des Reiches zum „Wolffischen Telegraphenbureau“. Das W. T. B. ist mit der Zeit ein rein geschäftliches Unternehmen geworden, das durch Aufkauf eines der bedeutendsten parlamentarischen Berichterstaltungsbureaus die ganze Berichterstattung schon jetzt beherrscht und seine Herrschaft noch dadurch auszuweiden sucht, daß es den Abnehmern seiner Depeschen in mehr oder weniger zwingender Weise nahe legt, auch seine Berichte zu nehmen. Wir können der Verbreitung der Wolffischen Berichte keinen Wert beilegen und das W. T. B. thut das selbst nicht, denn es verkauft seine Berichte und Stimmungsbilder zu Schundpreisen. Das kann den selbständigen und ordentlichen Journalisten nur schädigen.

Wenn die Regierung ihre Nachrichten einem Bureau übermitteln, welches in dieser Weise einen Namahandel treibt, so möchte es ja sein, daß die offiziös verarbeiteten Nachrichten diese Art der Veräußerung verdienen (Heiterkeit), aber wünschenswert ist das nicht. Es werden dem Wolffischen Telegraphenbureau direkte Zulwendungen aus Reichsmitteln gemacht; wenn es irgendwohin telegraphiert, so gehen seine Depeschen als dringende Depeschen zum Preise einfacher Depeschen (Hört! hört!); wenn es noch ein H. C. davorsetzt, so werden sie gar vor sämtlichen andern dringenden Depeschen befördert. (Hört! hört!) Auch gewisse Privilegien hinsichtlich der Ferndrückapparate genießt das Bureau. Wir bitten den Herrn Reichskanzler, diesen Fall zu prüfen und dafür zu sorgen. Die Ausführungen des Reichskanzlers über Karolko haben uns mit Beschämung erfüllt. Frankreich und England rechnen Meghrien auf gegen Karolko und wir haben den großen Vorteil, daß uns nichts zu Leide geschieht. (Sehr gut! rechts.) Wenn die Welt geteilt wird, müßten wir doch eine etwas andre Stellung einnehmen. Sollte die Aufgabe unserer auswärtigen Politik einfach darin bestehen, die Reibungsflächen zu vermindern, da möchte ich doch vorschlagen, die Leitung der auswärtigen Politik einfach der Frau v. Suttner in die Hände zu legen. Die kann das auch! (Heiterkeit rechts; Lärm links.) Wir sollten uns nicht darauf beschränken, stets nur auswärtigen Staaten Höflichkeiten zu erweisen, wobei manchmal zweifelhaft ist, ob die nationale Würde genügend gewahrt wird. Dieses schwächliche Vorgehen gegenüber dem Auslande finden wir ganz unwürdig gegenüber (Abg. Singer: Gegenüber Rußland!) — gegenüber England. (Heiterkeit.) Unser Verhältnis zu Rußland zu erörtern überlasse ich den auf jener (zu den Sozialdemokraten) Seite stehenden Autoritäten. (Heiterkeit.) Wir sollten gegenüber England mehr Selbstbewußtsein zeigen! Das Fehlen dieses Selbstbewußtseins hat sich wieder in der Entschädigungsfrage der in Transvaal lebenden Deutschen gezeigt. Unsere diplomatische Vertretung im Ausland entspricht keineswegs unseren Anforderungen. Ich weise hierbei besonders auf den deutschen Votschaffer in den Vereinigten Staaten hin. Wenn er die bewährte Anstellung des Fürsten Bismarck, unseres größten Staatsmannes, zum Gaudium der amerikanischen Reporter für verfallt erklärt, wenn er erklärt, zugleich mit den deutschen die amerikanischen Interessen zu vertreten zu wollen,

wenn er noch im Dezember, wie ich dem ganz oder halb offiziellen „Berliner Tageblatt“ entnehmen (Große Heiterkeit), die Beschwerden der deutschen Kaufleute über die amerikanischen Einfuhrzölle als übertrieben bezeichnete, so möchte ich doch vorschlagen, die Vereinigten Staaten zu veranlassen, jedenfalls die Hälfte des deutschen Votshafftergehalts auf ihre Karte zu nehmen. (Stürmische Heiterkeit.)

Herr v. Richthofen erwiderte zunächst den Anschein, als ob er uns Auskunst geben wollte. (Heiterkeit.) Er ist über den italienischen Vertrag sehr befriedigt, die italienische Presse ist ganz derselben Meinung. (Große Heiterkeit.) Wenn wir daran denken, wie der Staatssekretär in der Zollkommission immer die Interessen der italienischen Gemütsbauer in den Vordergrund stellte, so haben wir alle Garantie, daß wir bei diesen ersten Verhandlungen genau so abgeschnitten haben, wie bei den Verhandlungen der 90er Jahre. Wenn der Reichskanzler noch einmal eine Krise von 10 Jahren über die deutsche Landwirtschaft verhängt, so wird er sie zu Grunde richten. Er kann ja doch auf die Dauer nicht ausschließlich mit dem Centrum regieren, selbst dann nicht, wenn ihn die ganze Linke unterstützt, die Linke, die in fünf Jahren aus 110 Socialdemokraten und 1/3 Freisinnigen bestehen wird. (Große Heiterkeit.) Möchte der Kanzler durch eine kräftige Mittelstandspolitik in Deutschland eine starke Mittelpartei begründen. Möchte er etwas vom Haupte Bismarckschen Geistes verpirnen und den Mittelstand in Deutschland kräftigen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Danach vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Kolonialverwaltung und das Budgetrecht des Reichstages.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm am Mittwoch ihre Verhandlungen wieder auf und beriet den Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet in Verbindung mit den Nachforderungen zur Bekämpfung des Herero-Aufstands.

Vor dem Aufstand dachte die optimistische Kolonialdirektion an die Errichtung einer Eingeborenenkompagnie, für die 94 000 M. gefordert werden. Die Regierung giebt selbst zu, daß jetzt von einer Eingeborenenkompagnie nicht die Rede sein könne. Der Kolonialdirektor hat aber die 94 000 M. doch zu bewilligen, da er — das Geld zu andern Zwecken nötig habe, nämlich für die Verpflegung der Schutztruppe. Gegen die eigenartige Auffassung des Kolonialdirektors über das Staatsrecht legte der Abg. Dr. Arendt Verwahrung ein und schlug die Erhöhung jenes andern Postens vor, für den der Kolonialdirektor größere Ausgaben voraussetzt (Verpflegung der Schutztruppen). Abg. Müller-Kulda regte an, die höheren Verpflegungskosten der Schutztruppe aus dem eben bewilligten Posten zu decken, da ja die Schutztruppe auch die Posten stellen müsse. Dagegen machte der Kolonialdirektor einige Bedenken geltend. Abg. Dr. Sadekum legte dar, daß die Kolonialdirektion tatsächlich „eigenartige Auffassungen“ über das Staatsrecht habe; die Bemerkungen Dr. Stübels seien aber im höchsten Grade bedenklich und sehr zurückzuweisen. Man wisse ganz genau, daß man die 94 000 M. nicht zu dem angegebenen Zweck verwenden könne und wolle sie doch bestehen lassen; das schlage allen Grundfragen der Staatsaufstellung ins Gesicht. Auffallend sei, daß der Staatssekretär des Reichschatzamtes seine Stellung zu der Frage nicht darlege. Die Ueberführung der 94 000 Mark als „Ersparnisse“ in den sogenannten Reservefonds der Kolonie, aus dem sie dann zu irgend einem andern als dem unumgänglichen angegebenen Zwecke wieder hervorgeholt würden, sei unthunlich. Abg. Dr. Baasche schlug als Ausweg aus dem Dilemma vor, das Dispositiv der Forderung zu ändern, d. h. der Regierung dadurch das Recht einer andern Verwendung zu gewähren. Auf die prinzipielle Bedeutung der Frage legte Abg. Singer das meiste Gewicht. Es handle sich um eine Verletzung des Budgetrechts, wenn die Regierung lediglich aus Bequemlichkeitsrücksichten nach dem Vorschlage des Kolonialdirektors vorgehen würde. Die Zeitung des Reichschatzamtes thue gut daran, dem Kolonialante einmal eine Generalanweisung über die Aufstellung des Budgets zu geben. Nach dem Schweigen des Reichschatzsekretärs sei es dringende Pflicht zu fragen, ob er denn solche Experimente für zulässig halte. Sei das der Fall, dann sei das Budgetrecht des Reichstages überhaupt hinfällig und man könne der Regierung ruhig ein Kaufkale von 2000 Millionen bewilligen mit dem Auftrage: „Am regiert damit nach eigenem Ermessen.“ Der Schatzsekretär v. Stengel ließ seinen Amtsbruder aus dem Kolonialante nicht im Stiche und meinte, der Reservefonds sei die Rettung; es dürfe wohl zulässig sein, die 94 000 (zu einem unumgänglichen Zweck geforderten!) Mark als Ersparnisse dem Reservefonds zuzuführen und dann anders zu verwenden. Dagegen erklärte der konservative Abg. v. Richthofen: Man dürfe nichts wissenschaftlich Falsches in den Etat einsetzen und deshalb seien die geforderten 94 000 M. zu streichen; eine andre Etatsposition entsprechend zu erhöhen, halte er für angängig. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Müller-Kulda über den inneren Zusammenhang der Forderungen für die Polizei und der für die Schutztruppe wandte sich Abg. Dr. Baasche nochmals gegen die Darlegungen des Schatzsekretärs, die er als unhaltbar bezeichnete. Dem Reichstage siehe aber das Recht zu, für Summen, die der Bundesrat bewilligt habe, andre Zweckbestimmungen in den Etat einzulegen; daher sei eine „Transferierung“ der 94 000 M. möglich. Abg. Singer betonte, die Bestimmung über den Reservefonds, wonach die Kolonialverwaltung aus ihm unvorhergesehene Ausgaben und auch „notwendige“ Mehrausgaben leisten dürfe, gäbe dieser vollkommen freie Hand und vermüchte so geradezu das Staatsrecht des Reichstages. Eine Transferierung des geforderten Betrages könne nur geschehen, wenn ein direkter Antrag des Bundesrats vorliege; daran müsse zunächst festgehalten werden. Die Dotierung des Reservefonds mit der verlangten Summe sei jedenfalls ganz unzulässig. Nachdem der Schatzsekretär darauf hingewiesen hatte, daß die Kolonialverwaltung natürlich über den Reservefonds genau Rechnung zu legen habe, erklärte Abg. Müller-Meinungen, daß er für die Streichung und gegen die Transferierung des Betrages sei. Abg. Dr. Sadekum suchte die Haltung des Schatzsekretärs aus freundschaftlicher Gefinnung für den Kolonialdirektor zu erklären, dem er eine neue schwere Niederlage vergeblich zu ersparen hoffe. Die Forderung wurde einstimmig gestrichen.

Bei der Position für Verpflegung der Schutztruppe beantragte nunmehr der Abg. Dr. Arendt die Erhöhung der geforderten Summe um die vorhin abgelehnten 94 000 M. Abg. Bayer warnte vor unüberlegter Schaffung von etatsrechtlichen Präzedenzfällen. Früher seien Transferierungen nur zwischen innerlich zusammenhängenden Positionen ausgeführt worden. Das sei hier nicht der Fall. Solange die verbündeten Regierungen keine Forderung gestellt und keine Nachweisungen für die Notwendigkeit geliefert hätten, dürfe der Reichstag nichts bewilligen. Man wisse ja auch gar nicht, wieviel die Mehrkosten der Verpflegung ausmachen würden. Abg. Singer protestierte dagegen, von einer „Transferierung“ der 94 000 M. zu sprechen, da die erstgeforderten 94 000 M. durch Streichung erledigt worden seien. Wir hätten stets auf dem Standpunkte gestanden, daß der Reichstag selbständig Positionen erhöhen könne; der Bundesrat habe das sonst immer bestritten. Hier habe die Regierung nichts dagegen, weil es ihr gerade in den Kram passe. Nach der bisherigen Praxis bleibe nichts übrig, als eine neue Vorlage oder Ueberstreichungen zu machen. — Der Antrag Dr. Arendt wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt; das Centrum teilte sich bei dieser Abstimmung.

Zu dem Kapitel: Reservefonds bemerkte der Abg. Dr. Baasche, daß das Dispositiv nur in diesem Etat vorkomme. Dieser Reservefonds sei so groß und derartig belastet, daß man darin eigentlich einen neuen Etat versteckt habe; bei einzelnen Positionen habe man 60—200 Proz. der ordentlichen Bewilligungen auf diesen Reservefonds übernommen. Diese Art sei nicht zu billigen. Die Etatsüberschreitungen würden hier verschleiert. Den Fonds müsse man einschränken. Ein Antrag Dr. Arendt will diese

Einschränkung durch die Streichung des Wortes „einmalige“ Ausgaben erreichen, geradeso wie Dr. Baasche. Dr. Arendt möchte an Stelle der Einzelbewilligungen in den Kolonial-Etat lieber die Bewilligung von Pauschalsummen setzen. Legationsrat Dr. Seigriet von einer Aenderung des Dispositivs ab, da es sich an die Begründung des Gesetzes über die Kolonial-Etat von 1892 anlehne. So lange keine Aenderung des Systems beliebt sei, bleibe nichts übrig, als einen Reservefonds zu belassen. Abgeordneter Prinz Kronberg meinte, die Bewilligung von Einzelsummen für die Kolonien sei bei dem unentwickelten Zustande unserer Kolonien noch nicht angängig. Abg. Dr. Sadekum wies nach, daß sich die Regierung zu Unrecht auf das Gesetz von 1892 berufe; damals sei nur ein Reservefonds für unvorhergesehene Ausgaben geplant gewesen, die Regierung habe sich auf die Verfügung über den Reservefonds für die ihr „notwendig“ dünkenden Mehrausgaben“ erweilern lassen. Dadurch werde der ganze spezialisierte Etat nur zu einem schmächtigen Weiwel für diesen Reservefonds. Man dürfe der Kolonialverwaltung umföweniger eine so weitgehende Freiheit lassen, als sie mit einer gewissen Konbalance sich über die Grundzüge des Etatsrechtes hinwegsetze. Auch Abg. Baasche bestritt, daß das Dispositiv dem Gesetze von 1892 entspreche. Der ganze Kolonialetat bestehe ja eigentlich nur aus Pauschalsummen und wie die Offiziere und Offizierinnen bisher gewirtschaftet hätten, dürfe man ihnen keine Pauschale in die Hand geben. Abg. Dr. Arendt beantragte, die freie Verfügung der Regierung über den Reservefonds dadurch einzuschränken, daß er durch Streichung des Wortes „einmalige“ nur diejenigen Summen dem Reservefonds zugeführt wissen will, die wirkliche Ersparnisse darstellen. Abg. Dr. Sadekum suchte indessen die Kontrolle der Regierung zu verschärfen, indem er ihr in einem Antrage überhaupt nur die Verfügung über den Reservefonds zu unvorhergesehenen Ausgaben ließ. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Zu dem Nachtragetat fordert die Regierung erhebliche Summen zur Unterstützung der durch den Aufstand geschädigten Farmer. Da über die Grundzüge einer solchen Geldverteilung noch keine Klarheit herrscht, soll die Regierung zuerst eine Denkschrift darüber vorlegen. Die Kommission vertagt sich deshalb bis zum kommenden Dienstag.

Der Kongreß von Bologna.

Bologna, den 11. April.

Vierter Tag.

Die Sitzung wird eröffnet mit der Mitteilung des Präsidenten von dem plötzlichen Tode des Genossen Onofri aus Parma. Um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, erheben sich die Anwesenden von den Sigen.

Costa erteilt darauf das Wort zu Erklärungen über die Abstimmung. Morgari erklärt, die Tagesordnung Rigola-Cabrini, die er auch unterzeichnet hat, aufrecht zu erhalten. Mit ihm vertreten sie ferner: Rigola, Cabrini, Reina, Rondani, Sacco und andre.

Seine Tagesordnung ist als larvierter Reformismus, als verkappter Revolutionismus bezeichnet worden. Man sagte, die Unterzeichner der Tagesordnung wollen den Fuß in zwei Steighügeln halten. Das wollen sie in der That, denn sie wollen fest im Sattel sitzen für den Kampf zum Besten für den Sozialismus. Man wolle nicht über die große unbelannte Masse, über das Kanonensfutter, das von allen geopfert wird, fortschreiten mit der revolutionären Phrase. Die Unterzeichner wollen einen Sozialismus ohne Adjektive.

Ueber die Art der Abstimmung verhandelt Costa, daß erst über die beiden äußersten Tagesordnungen abgestimmt wird, Labriola und Bissolati, dann über die beiden mittleren. Ob nach Delegierten oder nach den Vertretern von jedem Vertreterem gestimmt werden soll, darüber habe der Kongreß zu entscheiden.

Zur Geschäftsordnung spricht Ferri, der die Abstimmung in der Weise empfiehlt, daß jede Stimme eines Delegierten gezählt wird für so viele Stimmen, als der Delegierte vertritt.

Radigliani vertritt die entgegengesetzte Ansicht, für die übliche Abstimmung.

Unter großer Erregung wird abgestimmt durch Abgabe der Delegiertenkarte. 420 stimmen für, 389 gegen die Abstimmung nach Zahl der vertretenen Mitglieder.

Cabrini, Ferri, Bissolati, Labriola, Agnini, Solbi und andre gaben Erklärungen zur Abstimmung ab. Cabrini und Ferri empfehlen die Stimmenhaltung bei der Abstimmung Labriola-Bissolati. Labriola empfiehlt den Seinen, der größeren Verwandtschaft wegen in zweiter Abstimmung für Ferri zu stimmen.

Endlich um 11 Uhr beginnt die namentliche Abstimmung, die verhältnismäßig ruhig verläuft und drei Stunden dauert. Das Resultat ist folgendes:

Für Bissolati	316
Für Labriola	198
Der Abstimmung enthalten . . .	315

Das Resultat befremdet insofern, als man sowohl für Bissolati wie für Labriola eine geringere Stimmenzahl erwartet hatte. Der Zahl der vertretenen Mitglieder nach stehen die Resultate wie folgt:

Bissolati	12 255
Labriola	7 410
Der Abstimmung enthalten . . .	12 560

Da keiner die Majorität (die Hälfte der Abstimmenden plus 1) davongetragen hat, wird namentlich über die beiden noch bleibenden Resolutionen, Rigola (rechtes Centrum), Ferri (linkes Centrum) abgestimmt.

Auch diese Abstimmung erfordert beinahe drei Stunden und vollzieht sich in ziemlich lärmender Weise. Das Resultat wird um 9 Uhr abends bekannt gegeben. Gestimmt haben, wie wir bereits telegraphisch mitteilten, 804 Sektionen mit 31 384 Stimmen, 424 mit 16 304 Stimmen für Ferri, 877 mit 14 844 Stimmen für Rigola.

Das Resultat, das die Partei-Einheit auf der Basis des Antimperialismus bestätigt, wird mit großem Jubel von den Genossen des linken Flügels aufgenommen. Man ruft: Es lebe Ferri, es lebe der Sozialismus!

Muraldi schlägt vor, den Parteivorstand ohne Vertretung der Minorität zu bilden. Er beantragt ferner, die Bildung zweier und mehrerer Parteisektionen in einem Orte zu sanktionieren, damit die, die nun einmal nicht gemeinsam arbeiten können, in besonderen Organisationen zu wirken die Möglichkeit haben.

Guarino pflichtet der Ansicht bei, was die Bildung des Parteivorstandes betrifft. Die Frage der secessionistischen Abteilungen bittet er, dem Parteivorstand zu überweisen.

Libordi, der Chefredakteur der „Giustizia“, der eigentlich mit dem Vorredner gemeinsam Referent sein sollte, sagt, er werde dem Kongreß in dieser Stunde und angesichts der großen Erregtheit nicht einen Organisationsentwurf vorlegen. Nur wolle er die Auffassung Muraldis vertreten, mehrere Organisationen in einer Stadt zuzulassen. Wie man eine einige Parteileitung wolle, die eine, nicht beide Tendenzen einschließe, so müsse man auch die Bildung einheitlicher lokaler Sektionen zulassen.

Der nächste Redner vertritt die Idee der Minoritätsvertretung in der Parteileitung, erregt aber den allerheftigsten Widerspruch der Reformisten, die rufen: Wir verzichten, wir danken dafür!

Ferri sagt, in der Theorie sei die Minoritätsvertretung eine Garantie für die Willigkeit und Gerechtigkeit. In der Praxis hat sie sich leider nicht bewährt. Die einen haben auf der einen, die andern auf der andern Seite gestanden. Er, Redner, vertritt daher die Bildung des Parteivorstandes aus der Mehrheit allein. Das Gefühl der Verantwortlichkeit werde eine Garantie gegen Uebergriffe bieten; ferner müsse man den Parteivorstand der Kontrolle der organisierten Socialisten unterstellen, indem man jede Frage durch Referendum entscheidet, wenn 50 Parteisektionen ein Referendum über diese Frage wünschen. Redner schlägt vor, die Sache der Seccisions-Abteilungen durch Referendum zu entscheiden, da der

Kongress nicht die nötige Ruhe habe. Ferner beantragt er, den Parteivorstand aus fünf vom Kongress zu wählenden Mitgliedern zu bilden, zu dem die Fraktion einen Vertreter delegiert und dem als 7. Mitglied der Geschäftsleitung des „Avanti“ angehöret.
Donavita will die bis jetzt bestehenden autonomen Sektionen anerkannt sehen. Sie jetzt auszuschließen, hieße die Gewalt mißbrauchen.

Als nächster Redner nimmt Lazzari das Wort, um zu beantragen, daß die fünf vom Kongress zu wählenden Mitglieder nicht Abgeordnete seien.

Opizio vertritt die Ansicht, daß das Zusammenarbeiten der Vertreter zweier Tendenzen in diesen Orten unmöglich sei.

Ferrari formuliert seine Vorschläge in einer Tagesordnung, zu der mehrere Amendements eingebracht werden, unter anderem eins von Moschi, das die Fraktion der Kontrolle des Parteivorstandes unterstellt.

Robigliani sagt, je länger er hierbleibe, um so mehr fühle er den Stolz, der sich um den Hals der Minorität zusammenschlägt. Er ziehe demnach seine Vorschläge zurück. (Bestigter Widerspruch, lang andauernde Unruhe.) Moschi zieht darauf seinen Zusatzantrag zurück.

Es wird nun eine Tagesordnung Guarino-Ferrari angenommen, die 1. den Parteivorstand beauftragt, ein Organisationsstatut auszuarbeiten und durch Referendum darüber abstimmen zu lassen, 2. bestimmt, daß der Parteivorstand aus 7 Mitgliedern zu bilden ist, die der Kongress wählt, aus einem Delegierten der Parteifraktion und dem Geschäftsführer des „Avanti“.

Durch Acclamation wird die folgende Liste gewählt: Guarino, Marangoni, Longobardi, Benedetto Croce, Romeo Soldi, Gabi und Giovanni Verda. Die ersten vier gehören der Tendenz Labriola an.

Man geht nun zur Diskussion über den Bericht des „Avanti“ über Ferrariverweise auf seinen im Druck erschienenen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Zeitung mit einer mittleren Auflage von etwa 30000 Exemplaren (während des Prozesses Dettolo wurde eine solche von 70000 Exemplaren erreicht) finanziell selbstständig ist und die nach dem Weggang von Vissolati von den Genossen aufgedrachte Summe von 30000 Lire umgelaufen ist. Ferrari erklärt, die Kritik und Vorschläge zu erwarten. Aber ein Genosse schlägt vor, durch Acclamation Ferrari in seiner Stellung zu bestätigen, was der Kongress thut. Von Seiten der Reformisten wird gerufen: Labriola soll den „Avanti“ übernehmen! (Heftige Proteste.)

Da es Mitternacht ist und viele Genossen morgen abreisen müssen, beschließt man, die schwebenden Fragen der Parteileitung zum Studium zu überweisen.

Der Parteitag wird darauf geschlossen ohne große Begeisterung. Er hat vor allem gezeigt, daß eine so zahlreiche Versammlung nicht geeignet ist, praktisch und sachlich, ohne Eifer und Zorn, zu verhandeln.

Gewerkchaftliches.

Der wahre Zweck der christlichen Gewerkschaften.

Mit dem in Nr. 78 des „Vorwärts“ unter dieser Epithete enthaltenen Artikel über die Quertreibereien der „Christlichen“ im Saargebiet befassen sich die dortigen Dabach-Blätter. Es wird uns dazu geschrieben: Ohne die geringste sachliche Berechtigung wirft die Dabach-Presse dem „Vorwärts“ „gehässige und verleumdende Ausfälle“ gegen die christlichen Gewerkschaften und „Beschimpfung bzw. böswillige Verdrehung“ vor. Wer den Artikel des „Vorwärts“ liest, wird darin vergebens auch nur nach einem Schein von Berechtigung für diese Schimpereien suchen; dagegen wird er finden, daß die Dabach-Presse den eigentlichen Inhalt des Artikels unterschlägt. In diesem Artikel ist dem Centrum unwiderleglich nachgewiesen, daß es sich um die Arbeiter im Saargebiet nie ernstlich gekümmert hat, obwohl von Seiten des Centrum selber die laarabischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse als sehr schlecht, die dortigen Arbeiter aber als sehr treu geschildert werden. Das Centrum und seine „christlichen“ Gewerkschaften würden nach wie vor die Arbeiter in der weitberühmten laarabischen Armut und in Not und Entbehrung schmachten lassen, wenn es nicht in letzter Zeit den freien Gewerkschaften trotz der größten Schwierigkeiten gelungen wäre, der gewerkschaftlichen Organisation dort Eingang zu verschaffen. Nun erst kommt das Centrum mit seinen arbeiterzerstreuenden Gegenorganisationen, und nun erst, nachdem die Generalkommission der freien Gewerkschaften ein Arbeiterssekretariat im Saargebiet errichtet, wollen auch die „Christlichen“ eins schaffen. Damit ist die Behauptung des „Vorwärts“ bewiesen: daß man nicht der Arbeiter willen die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet und auch anderswo einführt, sondern nur um die Geschäfte des Centrum zu besorgen. Daran ändern die Schimpereien und Verdrehungen der Dabach-Presse gar nichts.

Den wahren Zweck der christlichen Gewerkschaften verrät denn auch der Dabach-Artikel zum Schluß selbst. Er giebt der Hoffnung Ausdruck, daß den katholischen (i) Gewerkschaften „seitens der in Betracht kommenden Behörden keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es wäre ein Fehler, wollte man von Seiten der Arbeitgeber die Lönige- und staatsstreuen Arbeiter an dem ihnen durch das Gesetz gewährleisteten gesetzlichen Zusammenschluß hindern. Dem nur auf solche Weise kann gegen die socialdemokratische Agitation, die bekanntlich schon durch Flugblätter usw. kräftig eingeleitet hat, ein wirksamer Damm entgegengestellt werden. Das liegt doch wohl nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft selbst, sondern ebenso im großen Interesse der Arbeitgeber.“ — Marx kann man nicht gut die wahre Absicht der christlich-ultramontanen Demagogen enthüllen: Im Interesse der Arbeitgeber betreibt man die Organisation der Arbeiter in angeblich „christlichen“ Organisationen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Leitergeräthbauer bei der Firma Junk u. Co. (Altmann), Charlottenburg, ist zu berichten, daß derselbe unverändert fortandert. Herr Altmann setzt alle Hebel in Bewegung, um geübte Gerüstbauer heranzuziehen. Doch ist ihm dies bisher nicht gelungen, obwohl die Firma heute sechs Kolonnen beschäftigt, sind diese doch nicht leistungsfähig, da sie aus ungeübten Arbeitern zusammengesetzt sind. Die vorliegenden Aufträge können nach alledem auch heute nicht erledigt werden. Es ist Pflicht eines jeden geübten Gerüstbauers, den Beschluß der Sonntagsversammlung hochzuhalten und bei Altmann keine Arbeit anzunehmen. Da die Gerüste zum Teil von ungeübten Arbeitern aufgestellt werden, ist den dieselben benutzenden Malern größte Vorsicht zu empfehlen. Es wird vermutet, daß die Firma Guttsche, Friedenau, Arbeit für Altmann übernommen hat. Die dort beschäftigten Arbeiter mögen darauf acht geben.

Zum Malerstreik in Frankfurt a. O. Die Unternehmer geben sich alle Mühe, durch Heranziehen Arbeitskräfte aus den kleineren Provinzialstädten heranzuziehen. Auch durch Inserate in den Provinzialblättern sucht die Innung für ihren Arbeitsnachweis Malergehilfen mit dem Versprechen, 40 Pf. Stundenlohn zu zahlen.

Obgleich der Streik die zweite Woche dauert und die Arbeiter nichts mehr als den oben versprochenen Stundenlohn von 40 Pf., ja sogar für Junggehilfen und Anstreicher 3 Pfennige weniger verlangen, hat sich die Innung bis jetzt nicht dazu verstehen können, mit den Arbeitern in Verhandlung zu treten.

Die Innung wird wohl zu spät einsehen, daß sie es durch ihr Verhalten selbst verfauldet, wenn in der Hochsaison nicht die genügenden Kräfte vorhanden sind, denn es haben bereits die Hälfte der in Betracht kommenden Arbeiter den Ort verlassen. Es wird

nun dringend ersucht, den Zugang nach Frankfurt streng fern zu halten.

Die in Betracht kommenden Provinzialblätter werden um Abdruck von vorstehendem gebeten.

Die Agitations-Kommission der Provinz Brandenburg.

Deutsches Reich.

Die Schneider in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Centralverband, der in Danzig eine ziemlich starke Filiale hat, ist zu diesem Zweck mit den „Hirschen“ und „Christlichen“ zusammengegangen. Alle drei Organisationen sind durch eine Lohnkommission vertreten. Die Schneider haben einen Lohnantrag ausgearbeitet, dem auch die meisten Arbeitgeber sympathisch gegenüberstehen. Der Tarif fordert eigentlich keine Lohnerhöhung, sondern vielmehr eine gleichmäßige Berechnungsweise der Arbeit. Jetzt giebt es soviel Lohnklassen, als es Schneider giebt. Um den Tarif nicht zu gefährden, hat man von weitergehenden Forderungen, wie Abschaffung der Heimarbeit und Einführung von Betriebswerkstätten, Abstand genommen. Bei Festsetzung der Lohnsätze ist man sogar noch unter die schon heute von den anständigen Arbeitgebern gezahlten Sätze heruntergegangen. Trotzdem aber giebt es Arbeitgeber, die die Forderungen als unverschämte bezeichnen. So hat ein Meister erklärt: „Wenn die Schneider erst Schnitzmesser, dann werden sie auch mit 3,00 M. für einen Hock zufrieden sein.“ Es ist jedoch große Aussicht vorhanden, daß die Lohnbewegung friedlich verlaufen wird. Bemerkenswert ist, was in einer Versammlung ein Arbeitgeber (Gasth der Harmonie-Aposteln, den Hirschen, gesagt hat. Dieser Herr hat ausgeführt, daß eine allgemeine Harmonie zwischen Arbeiter und Arbeitgeber unmöglich sei. Der Widerstreit der Interessen sei durchaus nötig. Die Arbeiter müßten nur nicht so viel von der Einsicht und Nachgiebigkeit der Arbeitgeber erhoffen, sondern deren Widerstand organisiert niederkämpfen. Ein anderer Weg führe nicht zum Wohl der Arbeiter!

Eine Wendung hat die Lohnbewegung der Bauhilfsarbeiter in Königsberg genommen. Am Dienstag haben die Herren Arbeitgeber beschlossen, die Sperre aufzuheben. Sie behaupten, es hätten sich genügend Arbeitswillige gefunden. Das ist gänzlich unwar. Wohl haben die Herren aus der Provinz einige Tagelöhner importiert, wohl haben sich in Königsberg selbst einige ältere, invalide Arbeiter hergegeben, als Arbeitswillige zu fungieren, doch daß damit die Herren die Arbeiten ausführen können, ist ganz unmöglich. Seit über 1000 Bauhilfsarbeiter sind organisiert, und von diesen denkt niemand Streikbrecher zu werden. Das Ganze soll jedoch nur dazu dienen, um Verwirrung in die Kreise der Bauarbeiter hineinzubringen. Das wird natürlich nicht gelingen. Außerdem arbeiten die Maurer auch mit Arbeitswilligen nicht zusammen. Die Maurer, die sich auch in der Lohnbewegung befinden, werden in diesen Tagen, da die Arbeitgeber ihre Forderungen zurückgewiesen haben, entscheidende Beschlüsse fassen. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1902 verdrängte die Arbeitgeber, den Maurern im Jahre 1904 55 Pf. pro Stunde zu zahlen. Als jetzt die Maurer die Arbeitgeber aufforderten, das Versprechen einzulösen, waren die Herren nicht zu Hause. Und die Maurer von Königsberg, die fast alle organisiert sind, werden sich nun wohl das Versprechen erkämpfen müssen. Man sieht wieder einmal, was man auf ein Ehrenwort der Arbeitgeber geben kann.

Sämtliche Steinmetzgeschäften in München (mit Ausnahme derer von zwei Firmen, welche die Forderungen bewilligten) haben die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen verlangen neunstündige Arbeitszeit, zehnprozentige Lohnerhöhung, an den Sonntagen um 5 Uhr Feierabend, Garantie eines Mindestlohnes von 60 Pfennig für 8 Stundenarbeit. Auf Grund der Mitteilungen der Tagespresse hat Gewerberichter Dr. Preuer unter Anwendung des § 66 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes mehrere Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes sowie die Vertreter der Organisation vor das Einigungsamt geladen. Nach längerer Verhandlung einigte man sich auf folgende vom Gewerberichter gemachten Vermittlungsvorschläge: Neunstündige Arbeitszeit, eine fünfprozentige Lohn-erhöhung sofort, ab 1. August 10 Proz. Arbeitsbeginn 1/7 Uhr, je eine halbstündige Frühstück- und Belpausen sowie eine 1/2-stündige Mittagspause ist zu gewähren. Durch vorstehende Vereinbarung darf keine Verschlechterung bisheriger Arbeitsverhältnisse eintreten. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die ausländischen Arbeiter nach Bedarf einzustellen. Diejenigen Arbeiter, die während des Streiks neue Arbeitsverhältnisse eingegangen sind, sollen von ihren Posten entfernt werden. Die Arbeiter verpflichten sich, bis spätestens 1. Oktober den Arbeitgebern einen Tarifvertrag vorzulegen, die Arbeitgeber verpflichten sich, innerhalb einer angemessenen Zeit in Tarifverhandlungen einzutreten.

Ausland.

Die Lädergehilfen Wiens beschließen in einer am Montag abgehaltenen Versammlung, falls die Meister ihre Forderungen nicht bewilligen, am 1. Mai in den allgemeinen Ausstand zu treten.

Der Tischlerstreik auf der Ostingars Schiffswerft dauert unverändert fort. Die Direktion hat sich noch nicht zu Verhandlungen bereit gezeigt. Dagegen wird der Versuch gemacht, Arbeiten im Ausland anfertigen zu lassen, namentlich in England. Da der dänische Tischlerverband aber die ausländischen Holzarbeiter-Organisationen bereits von den Umständen unterrichtet hat, wird die Werft wohl keinen Erfolg mit diesen Versuchen haben.

Soziales.

Zur Abhaltung der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz im Mai 1905 hat die deutsche Regierung dem schweizerischen Bundesrat ihr Einverständnis erklärt.

Der Arbeiterschutz im Gastwirtsgerbe.

Der Vorschlag der Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 betreffend die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften läßt, wie die Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren für das Jahr 1903 be weisen, noch alles zu wünschen übrig. Da auch hier die Kontrolle in erster Linie leider den Ortspolizeibehörden übertragen ist, so haben die Beamten der Gewerbeinspektion nur ganz wenige Nachrevisionen abgehalten, die man kaum als Stichproben bezeichnen kann. Von den in die Statistik eingetragenen 6550 Betrieben mit 20 481 Arbeitnehmern wurden nur 193 Betriebe mit 720 Arbeitern von der Gewerbeinspektion revidiert. Fast die Hälfte dieser Revisionen (62) entfällt aber auf den Inspektionsbezirk Oberbayern. Hier wurde in 36 Betrieben das vorgeschriebene Verzeichnis nicht richtig geführt und in 41 Betrieben wurden die Ruhezeiten nicht richtig eingehalten. In den großen Betrieben in München seien zwar die vorgeschriebenen Ruhezeiten nach den von den Arbeitnehmern unterschriebenen Eintragungen in die Verzeichnisse richtig gewahrt worden, doch habe sich herausgestellt, daß die Eintragungen häufig nicht den Thatsachen entsprechen. Solche Mißstände seien in dessen nur durch Zufall oder im Laufe eines längeren Gespräches zu erfahren, da das Personal sehr wenig Verständnis für die Thätigkeit der Gewerbeinspektion habe und dies durch abweisendes und zurückhaltendes Benehmen zum Ausdruck bringe. Eine Kellnerin, die der Assistentin richtigen Aufschluß über die wirklichen Ruhezeiten gab, wurde nach am gleichen Tage entlassen. Wo übrigens die vorgeschriebene Ruhezeit gewahrt wird, soll es nicht selten vorkommen, daß Kellnerinnen an den freien Tagen in einem andern Betriebe auszuheilen oder daß sich die Unternehmer an diesen Tagen das Personal ausborgen. Ganz ähnliche Verhältnisse werden aus Schwaben berichtet. Der dortige Beamte teilt mit, daß die Angestellten häufig — aus Furcht, die Stellen zu verlieren oder auch des Verdienstentganges wegen — die im Verzeichnisse vorgetragene Ruhezeiten, auch wenn sie nicht gewahrt worden sind, unterschweigen. Der Inspektor bemerkt hierzu: „Für den kontrollierenden Beamten ist es höchst unerfreulich, erkennen zu müssen, daß er von denjenigen, deren Rechte er wahren soll, irreführt wird.“ Auch die andern sechs Gewerbeinspektoren, die sich im übrigen herzlich wenig um das Gastwirtsgerbe gekümmert haben, geben zu,

daß die Durchführung der Vorschriften viel zu wünschen übrig läßt. Die Ursachen dieser Zustände sind unsäßer zu finden. Es ist in erster Linie der Mangel jeder gewerkschaftlichen Organisation, die das in Frage kommende Personal über seine socialpolitischen Rechte und über die Wichtigkeit des Arbeiterschutzes aufklären könnte. In München besteht zwar noch ein vor mehreren Jahren von bürgerlichen Elementen gegründeter Kellnerinnen-Verein, der indessen die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt; er freiset nur mehr kümmerlich sein Dasein, da sich fast sämtliche Unternehmer weigern, organisierte Kellnerinnen zu beschäftigen. In zweiter Linie fällt ins Gewicht, daß die Ortspolizeibehörden zur Uebersetzung der Ausföhrung von Arbeiterschutzbestimmungen ganz ungeeignet sind. Das deutet auch der Inspektor für Mittelranken an. Er sagt, nach Lage der Verhältnisse sei anzunehmen, daß die Ruhezeiten sehr häufig nicht eingehalten werden. Bei den seitens des Stadtmagistrats Münchberg zahlreich erfolgenden Revisionen dieser Betriebe ergaben sich jedoch sehr wenige Beanstandungen.“ Endlich werden die Unternehmer, die die Schutzgesetze verletzen, mit so lächerlich geringen Strafen angepornt werden. Während nach § 147 der Gewerbeordnung Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen von Verordnungen des Bundesrats mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. geahndet werden können, sind nach den Mitteilungen des schwebischen Gewerbeinspektors 18 Besitzer bzw. Führer von Gast- und Schankwirtschaften mit je 3, 5, 6 und 9 M. bestraft worden. — Solange diese Ursachen nicht beseitigt sind, wird weder in Bayern noch in andern Gegenden an eine einigermaßen befriedigende Durchführung der Bundesrats-Verordnung vom 23. Januar 1902 zu denken sein und die Herren Unternehmer werden nach wie vor auf die Verordnung pfeifen.

Die Baukontrollen aus dem Arbeiterstande sind dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ein Dorn im Auge, deshalb fordert er in einem an die deutschen Städteverwaltungen gerichteten Rundschreiben kurzweg die Beseitigung dieser Einrichtung, da sie viele Mißstände gezeitigt habe. Der Stadtmagistrat Nürnberg lehnte es ab, sich mit dem Gesuch überhaupt näher zu befassen, da die Arbeiterkontrollen seiner Zeit auf dringende Empfehlung der Regierung geschaffen wurden und keinerlei Mißstände zu Tage getreten sind.

Eine neue Krankenkasse ist die „Thalia, Krankenkasse für ganz Deutschland“ in Hannover. Wie berichtet schon früher über Prozesse gegen Beamte dieser Kasse. Inzwischen hat der Kontrollrat Henne, der unter dem Verdacht des Betruges in Untersuchungshaft liegt, die Kasse auf rüchständiges Gehalt im Betrage von 975 M. verurteilt. Der Kontrollrat bezog ein Monatsgehalt von 350 M. Am 23. Juni d. J. wurde ein bares Kassenermögen von 7,00 M. (sieben Tausend und neun Pfennige) festgesetzt. Vier Wochen danach wurde das Gehalt des Kontrollrats auf 375 M. erhöht. Weil nichts da war, konnte er jedoch nichts bekommen. Darum klagte er nun. Bei Vollstreckung eines von ihm erwirkten Arrestes am 1. Dezember v. J. fand der Gerichtsvollzieher auch nicht einen Pfennig Vermögen vor. Am 20. März d. J. fand der Gerichtsvollzieher bei Ausföhrung eines Pfändungsbefehls ganze 2,06 M. in der Kasse. Es sind mehr als 1000 M. Krankengeldforderungen ausgelagert; die Titel können nicht vollstreckt werden, weil nichts da ist. Eine ganze Anzahl Krankengeldprozesse sind anhängig. Und diese Kasse wird nicht geschlossen, sie besteht ruhig fort.

Dritter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Erfurt, 12. April.

Heute früh traten die Delegierten des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen zu ihren Verhandlungen im Restaurant „Zu den drei Linden“ zusammen. Vertreten sind 30 Ortsvereinigungen durch 39 Delegierte. Die Verhandlungen werden abwechselnd von Pöschke-Berlin und von Zillmann-Hamburg geleitet.

In der heutigen Sitzung gab der Verbandspräsident Pöschke seine Erläuterungen zum Geschäftsbericht des Vorstandes, aus dem wir bereits das Wesentlichste mitgeteilt haben. Die Stellung der Gastwirtsgehilfen zur Anti-Alkohol-Bewegung präzisierter der Redner dahin, daß die Gastwirtsgehilfen keine Veranlassung haben, sich dieser Bewegung feindlich gegenüberzustellen, wie es die Gastwirte thun. Dem Kellner könne es gleichgültig sein, ob er den Gästen Limonade oder alkoholische Getränke serviert. Die Gastwirtsgehilfen müßten als Angehörige ihres Berufes der Anti-Alkohol-Bewegung neutral gegenüberstehen. Den Gastwirtsgehilfen als Konsumenten könne empfohlen werden, dem Alkohol weniger zuzuprohen, als es bei einem Teil von ihnen der Fall ist. — Zum Kassenericht machte der Verbandstatterer Ströhlinger einige erläuternde Mitteilungen, denen ein Bericht des Ausschusses folgte, welchen Reiter-Hamburg erstattete. — An die Geschäftsberichte schloß sich eine längere Debatte, in der hauptsächlich interne Verbandsangelegenheiten erörtert wurden. Wesentliche Ausstellungen an der Geschäftsföhrung des Hauptvorstandes wurden von keiner Seite erhoben. Unter anderem kam auch die Stellung der organisierten Gastwirtsgehilfen zu den Gewerkschaftshäusern in der Diskussion zur Sprache. Vereinzelt wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Gewerkschaftshäuser, was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kellner anbelangt, Musteranstalten sein müßten, die mehr leisten wie bürgerliche Unternehmungen. Dem hielt Pöschke, unterstützt von andern, namentlich Hamburger Delegierten, seinen im Geschäftsbericht vertretenen, von uns bereits mitgeteilten Standpunkt entgegen, daß von den Gewerkschaftshäusern nicht mehr verlangt werden könne wie von andern derartigen Wirtschaftsbetrieben.

Die zum Geschäftsbericht angenommenen Anträge haben kein allgemeines Interesse.

Dasselbe gilt von dem folgenden Punkt der Tagesordnung: Bericht über die Gaukonferenz für Rheinland-Westfalen, mit dem der erste Sitzungstag endete.

Aus der Frauenbewegung.

Eine internationale Frauenstimmrechts-Konferenz wird am 3. und 4. Juni stattfinden. Sie bezweckt die Gründung eines internationalen Verbandes aller Vereine für Frauenstimmrecht.

Kein allgemeines Frauenwahlrecht in Norwegen. Die Mehrheit des Konstitutionskomitees des norwegischen Storting hat einen Vorschlag der Frauenwahlrechts-Vereinigung, das kommunale Wahlrecht der Frauen allgemein zu machen, verworfen. Man will zunächst mehr „Erfahrungen sammeln“, ehe man zu einer weiteren Ausdehnung des Frauenwahlrechts übergeht. Drei Mitglieder des Konstitutionskomitees haben sich jedoch vorbehalten, den Vorschlag der Frauenwahlrechts-Vereinigung im Obelsting zu vertreten.

Insichtlich der Suspension des Wahlrechts wegen Armenunterstützung empfiehlt das Konstitutionskomitee einstimmig einige neue Bestimmungen, die eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes darstellen, darunter die Bestimmung, daß Krankenhausbehandlung, Aufnahme in ein Asyl oder Deckung der Ausgaben für andre Krankenbehandlung nicht den Verlust des Wahlrechts herbeiföhren sollen.

Das Recht der unverheirateten Mütter und ihrer Kinder in Norwegen. Veranlaßt durch einen der Regierung vorliegenden Gesetzentwurf über das Erbrecht der unehelichen Kinder hatte kürzlich in Kristiania die Frauenvereinerung der norwegischen Arbeiterpartei eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der nach einem Vortrage von Frau Katti Aker Møller und darauf folgender Diskussion folgende Resolution angenommen wurde: „Die Massenversammlung von Frauen und Männern erklärt, daß eine Revision des Gesetzes über die außerhalb der Ehe geborenen Kinder höchst notwendig ist, und spricht sich dafür aus, daß durch ein neues Gesetz den unverheirateten Müttern während der Schwangerschaft, bei der Niederkunft und bei der Versorgung des Kindes geößerer Schutz gewährt werden muß. Außerhalb der Ehe geborene Kinder müssen dasselbe Recht auf ihres Vaters Namen und dasselbe Erbrecht ihrem Vater gegenüber erhalten, wie die in der Ehe geborenen Kinder.“

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir laden hiermit die Delegierten zu einer

ordentlichen General-Versammlung auf Sonntag, den 24. April cr., vormittags 10 Uhr, nach dem Volkshaus in Charlottenburg, Kohnenstraße 2, ein mit der

- Tages-Ordnung:**
1. Geschäftsbericht des Kassen-Vorstandes für das Jahr 1903.
 2. Bericht der Revisionskommission und Beschlussfassung über die Entlastung von der Jahresrechnung.
 3. Beschlussfassung über einen mit den Ärzten abzuschließenden Vertrag.
 4. Beschlussfassung über eine Statuten-Änderung betreffend die Bezahlung von Krankengeld auch für die Sonntage.

Vor der Generalversammlung und zwar von 9-10 vormittags findet ebenda eine Wahlversammlung der **Arbeitsnehmer-Delegierten** statt zwecks Vornahme der Wahl eines der beiden angehörenden Vorstands-Mitglieder an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Schröder für die Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1905, wozu die Arbeitsnehmer-Delegierten hiermit besonders eingeladen werden.

Die Delegierten erhalten außerdem eine besondere Einladung zugesandt, welche als Legitimation zur Teilnahme an der Generalversammlung dient.

Charlottenburg, den 10. April 1904.
Der Kassen-Vorstand: H. Scheel.

Orts-Krankenkasse für den **Gemeindebezirk Lichtenberg.**

ordentl. Generalversammlung am **Sonntag, den 23. April cr.,** abends 8 Uhr, bei Höllich, Frankfurter Chaussee 120, im Zimmer rechts vom Haupteingang.

- Tages-Ordnung:**
1. Kassen- und Revisionsbericht für das Jahr 1903.
 2. Abnahme der Jahresrechnung und Antrag auf Entlastung des Vorstands.
 3. Reuektion der Gebühren pp. für das Mahnwesen (s. Nr. 58 Nr. 10 der Satzungen).
 4. Beschlussfassung über die Herabsetzung der Kassenangelegenheiten.
- Der Vorstand:
P. Levyn, Vorsitzender, Magdalenenstr. 51.

Maifest-Abzeichen, Abzeichen für Gefangenereine u. Turnvereine mit Text: „Fest-Deut“.
Katalog kostenlos und franco.
Albin Langer, Chemnitz, Brühl 22. 45992

Achtung! Fliesenleger!

Freitag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Industriehallen, Benthstr. 20-22:

Öffentliche Versammlung sämtlicher Fliesenleger Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Wie denken die Fliesenleger Berlins über die Schaffung einer einheitlichen Organisation? Referent: P. Wenzler. 2. Diskussion.
NB. Kollegen, jeder von und wird über die heutigen Organisationsverhältnisse den Kopf schütteln und den Wunsch haben, dass es besser werden möge; deshalb Sorge jeder für guten Besuch der Versammlung.
Der Sektionsvorstand. J. A.: Fritz Rabe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Parkettleger!

Heute, Donnerstag, den 14. April, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung d. Parkettleger im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 5).
Die Kommissionsmitglieder und Vertrauensleute werden ersucht, pünktlich um 7 1/2 Uhr zu erscheinen.
Der Obmann.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Die Kollegen folgender Firmen: **Reddemann, Pochert & Kreuzer, Hirsch & Coradon, Krause-Rixdorf** und **Lassen** sind zu einer Besprechung zum Freitag, den 15. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 11, eingeladen. — Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Obmann.

Naturheilk. Reform, Kuranst. Köpcke-Str. 72, Sprecht. 11-2, 6-8.

Männer-Vortrag

Sexuelle Neurasthenie
morgen Freitag, „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, Dienstag, 19., „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27c, ab. 8 1/2.
beren Ursachen und Folgen für jeden Mann wichtig, vom prakt. Naturheilk. Grundmann. Eintritt nebst Broschüre 20 Pf. Wir eröffnen für den Ostbezirk Kopenikusstr. 29, Stadt- und Hochbahn Warschanorstrasse eine neue moderne Naturheilstätte. Sprechstunden für Kranke jeder Art, speziell Frauen und Kinder, 8-9, 2-4. Westbezirk Charlottenburg, Berlinerstr. 40.

Sporthaus Müggelheim
Fernsprecher: Amt Köpenick 186.
Den geehrten Vereinen sowie Fabriken zur Kenntnis, daß ich mein Lokal durch Bau eines großen Saales so erweitert habe, daß ich den größten Gesellschaften zu Dampf- sowie Landpartien Platz bieten kann. — Verpflegung wie Bedienung in bestem Maße.
46112

W. Troppens.

Möbel auf **Teilhaltung.** H. & M. Lewent, Coullants, Zahl-Bedingungen. Oranienstr. 131.

288/17

Rixdorf.

Verein gewerblich thätiger Frauen u. Mädchen

Sonntag, den 16. April 1904, abends 8 Uhr,
in Thieles Lokal, Bergstr. 151/152:

Stiftungs-Fest

bestehend in
Recitationen aus Anzengruber, Liliencron und Reuter.
& Instrumental-Konzert.

Festrede, gehalten vom Reichstagsabg. F. Zubell.
Programme a 20 Pf. sind bei den bekannten Mitgliedern des Vorstandes und des Vergütungs-Komitees zu haben. Abendkasse findet nicht statt.
Zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.

Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Sonntag, den 23. April 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Tabert, Markstr. 14:
General-Versammlung der Delegierten der Kasse.
Tages-Ordnung:
1. Vorlage der Jahresrechnung des 1903. 2. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung der Decharge.
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes seitens der Arbeitsnehmer (Vorzugswahl).
4. Verschleßedenes. 273/3
Der Vorstand.
Ad. Pilgrim, Berl., Admiralstr. 24.

Orts-Krankenkasse der Kürschner

und verw. Gewerbe zu Berlin.
Dienstag, den 19. April 1904, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Sötzow, Grenzlauer Allee 242-247:
Ördenliche General-Versammlung der Delegierten.
Tages-Ordnung:
1. Berichtigung der Protokolle und des Protokolls. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Antrag Högers und Genossen: Anstellung eines befähigten Krankenkassenkontrollieurs. 5. Kassenangelegenheiten.
Um recht zahlreiches Erscheinen der Delegierten wird ersucht. 372/19
Der Vorstand.
J. A.: G. Seidenstrang, Berl.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.
Nieder mit den Sozialdemokraten von Wilhelm Bracke
ist fester in neuer Uebersetzung herausgegeben.
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.
„Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Bracke hat die landläufigsten Vorwürfe, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Teufel“, von der „Verführung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unsern Gegnern folportiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Eureka

bestes
Waschmittel

TI 887

Heute, Freitag u. Sonnabend
unwiderruflich

3 letzte Inventur

Schluss-Tage

zu
Ausnahme preisen!

Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc.
Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin Oranienstr. 158.
Inventur-Extraktliste mit ca. 600 Illustration. gratis und franco.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut, Haar und Fransenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonn. 9-11

Extra- Preise

A. Wertheim

Warenhaus

Donnerstag Freitag Sonnabend

soweit der Vorrat reicht:

Konserven

Wachsbohnen	1/2 Dose	38 Pf.
Schoten	"	38 Pf.
Feine Schoten	"	55 Pf.
Feine Schoten	1/2 Dose	33 Pf.
Extra feine Schoten	1/2 D.	85 Pf.
Extra feine Schoten	1/2 D.	48 Pf.
Kaiser-Schoten	1/2 Dose	1.15 Mk.
Kaiser-Schoten	1/2 Dose	63 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 D.	55 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 D.	33 Pf.
Tomaten-Mark	1/2 Dose	1.35 Mk.

Stangenspargel II	1/2 D.	1.15 Mk.
Stangenspargel II	1/2 D.	63 Pf.
Stangenspargel I ^a	1/2 D.	1.40 Mk.
Stangenspargel I ^a	1/2 Dose	75 Pf.
Stangenspargel ^{extra stark}	1/2 Dose	1.65 Mk.
Stangenspargel ^{extra stark}	1/2 Dose	85 Pf.
Bruchspargel I	1/2 Dose	85 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe	"	60 Pf.
Karotten ganze Früchte	1/2 D.	50, 1/2 D. 30 Pf.
Karotten I ganze Früchte	1/2 D.	60, 1/2 D. 35 Pf.
Kohlrabi	1/2 Dose	26, 1/2 Dose 18 Pf.

Champignons I ^a	1/2 D.	1.60, 1/2 D. 90, 1/2 D. 50, 1/2 D. 35 Pf.
Reineclauden	1 Dose	85, 1 Dose 48 Pf.
Melange Früchte	1 D.	1 Mk., 1/2 D. 55 Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose	1.15 Mk.
Pflaumen	1/2 Dose	48 Pf.
Ananas (ganze Frucht)	1/2 Dose	1.10, 1/2 D. 65 Pf.
Preisselbeeren	Dose	60, ca. 2 Pf. 60, 1/2 D. 1.50, ca. 10 Pf. 2.85
Gem. Marmelade	Dose	ca. 10 Pf. 2 Mk.
Diverse Gelees	Glas	40 Pf.

Bratheringe	Dose	45 Pf.
Bismarckheringe	"	45 Pf.
Delikatessheringe	"	78 Pf.
Delikatessheringe	1/2 Dose	50 Pf.
Appetit Sild	Dose	32 Pf.
Rollmöpfe	"	40 Pf.
Aal in Gelee	"	80 Pf.
Lachs-Koteletten	"	85 Pf.
Sardinen in Öl	42, 60 Pf.	1.15
Franz. Sardinen	Amisux frères 1/2 Dose	80 Pf.
Franz. Sardinen	Amisux frères 1/2 Dose	1.35

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbisen	Pfund	14 Pf.
Erbisen ohne Hülsen	"	17 Pf.
Kleine Erbsen	"	13 Pf.
Grüne Erbsen	"	15 Pf.
Mittelgrosse Linsen	"	13 Pf.
Grosse Linsen	"	16 Pf.
Runde Bohnen	"	13 Pf.
Mittel-Bohnen	"	16 Pf.
Grosse Bohnen	"	20 Pf.

Salamiwurst

in Rinddarm Pfd. 1.10 Mk.

Cervelatwurst

in Rinddarm Pfd. 1.10 Mk.

Westfäl. Rotwurst

Pfd. 40 Pf.

Apfelsinen

Dtz. 24, 35, 40 Pf.

Messina

Dtz. 60 Pf. Blut 50 u. 85 Pf.

Citronen

Dtz. 30 u. 38 Pf.

Backobst

Backobst Mischung II	Pfd.	32 Pf.
Backobst Mischung I	Pfd.	45 Pf.
Kaliforn. Pflaumen	Pfd.	33, 38, 45 Pf.
Amerikanische Ringäpfel	Pfd.	38 Pf.

Gebraannter Perlkaffee

Pfd. 1.10

Lokales.

Sie „lassen sich nicht drängen“.

In den städtischen Heimstätten für Genesende sieht es sehr böse aus. Von Woche zu Woche wächst die Schar der Aufnahmebegehrenden, steigt die Zahl der Vormeldungen, verlängert sich die Wartezeit. Ende voriger Woche waren nur in Heinersdorf (genesende Männer) noch drei Betten frei, in den andern vier Anstalten waren sämtliche Betten belegt. Für Blankenburg (genesende Frauen) waren schon 66 Personen vorgemeldet, Blankenfelde und Malchow (beide für Lungenleidende Frauen) hatten zusammen 76 Vormeldungen, und in Gütergoy (Lungenleidende Männer) war die Zahl der Vormeldungen sogar auf 128 gestiegen. Die Wartezeit betrug nun bereits: für Blankenburg 30 Tage, für Blankenfelde und Malchow 12 Tage, für Gütergoy 45 Tage. Noch ist der Frühling nicht völlig da, und schon herrschen Zustände, wie sie selbst im Sommer, wo der Andrang zu den Heimstätten an sich größer wird, nicht als zulässig angesehen werden können.

Als in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Beratung des diesjährigen Etats Genosse Singer auf die Unzulänglichkeit der vorhandenen Heimstätten hinwies, suchte der Oberbürgermeister die städtischen Behörden zu bedenken mit der Erwiderung, es sei ja in Buch eine neue Heimstätte in der Bauausführung begriffen. „Wir glauben“, sagte er hinzu, „durch diese Heimstätten eine Leistung auf uns genommen zu haben, die gar nicht einmal der gesetzlichen Pflicht entspricht, aus Wohlwollen gegen die armen Bevölkerungsklassen, und wir sind gern bereit, in dieser Beziehung weiteres zu leisten; aber uns drängen zu lassen, in der Weise, daß, wenn an einer Stelle einmal nicht alles parat ist, Forderungen gestellt werden — damit nehmen Sie der Verwaltung die Freudigkeit, auf diesem Gebiete weiter vorzugehen.“

Es ist wahr, die Heimstätte Buch ist im Bau, und sogar schon recht lange. Aber sie könnte trotz der Langsamkeit der Bauausführung längst fertig sein, wenn rechtzeitig die Mahnungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten beherzigt worden wären. Am 23. September 1897 beschloß die Stadtverordneten-Versammlung mit einem sozialdemokratischen Antrag, noch zwei Mietsgüter zur sofortigen Aufnahme von Lungenleidenden einzurichten. Der Ausschuss, dem dieser Antrag überwiesen wurde, schätzte das „sofort“ in ein „baldmöglichst“ ab, und am 4. November 1897 erklärte sich die Stadtverordneten-Versammlung einverstanden damit. Am 6. November 1897 faßte das Heimstätten-Suratorium den Beschluß, dem Magistrat den Bau einer neuen Heimstätte zu empfehlen. In seiner Sitzung vom 14. Januar 1898 nahm der Magistrat die Einrichtung des Schlosses Gütergoy zu einer neuen Heimstätte für Männer in Aussicht. Bezüglich der neuen Heimstätte für Frauen, die in dem sozialdemokratischen Antrag gleichfalls gefordert worden war, wollte der Magistrat weitere Entschlüsse von den zukünftigen Verhältnissen abhängig machen. Gütergoy war damals von der Landesversicherungsanstalt Berlin gemietet und sollte am 1. Mai 1900 frei werden. Hinterher mußte aber der Mietvertrag um zwei Jahre verlängert werden, so daß Gütergoy erst im Sommer 1902 als Heimstätte für Lungenleidende Männer in Benutzung genommen und dafür die ältere Heimstätte Malchow den Lungenleidenden Frauen eingeräumt werden konnte. Mit Rücksicht auf den Plan, den Vertrag über Gütergoy zu verlängern, hatte das Heimstätten-Suratorium im Januar 1899 nochmals dem Bau einer neuen Heimstätte angeregt. Im März 1899 kam es dann endlich dazu, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung diesem Vorschlag zunächst ihre prinzipielle Zustimmung gaben. Aufstellung und Genehmigung der Entwürfe erforderlichen beinahe noch ein ganzes Jahr, und hinterher wurde die Ausführung des Baues noch durch nachträgliche Änderungen verzögert. Die Folgen jener Verschleppungspolitik von 1897 und 1898 zeigen sich nun; die Heimstätten erweisen sich jetzt schon im Frühjahr als völlig unzureichend.

Herr Kirchner erklärt, daß die städtischen Behörden „sich nicht drängen lassen“, und wenn man die Geschichte der Heimstätte Buch betrachtet, könnte man wirklich auf den Gedanken kommen, daß es so sei. Aber der oberste Beamte der Stadtgemeinde hat dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung mit diesem Aufwuch doch wohl ein klein wenig unrecht gethan. Sie möchten sich nicht drängen lassen, das glauben wir gern, aber sie werden gedrängt. Sagen ihnen nicht die Sozialdemokraten auf dem Raden, so wären wir heute mit den Heimstätten noch viel weiter zurück, als wir es leider sind, und die neue Heimstätte in Buch wäre wahrscheinlich noch nicht einmal beschlossen. Auch das können wir nicht so ganz glauben, daß dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung die rechte Freudigkeit, ihre Pflicht zu thun, abhanden kommt, wenn sie durch die Dränger an diese ihre Pflicht — eine sociale Pflicht! — erinnert werden. Es müßte denn sein, daß es mit der „Freudigkeit“ von vornherein nicht weit her war.

Fischbeck, der Krüger von Berlin, hat unsern Genossen Hoffmann und Augustin das Protokoll über die Sitzung des Obdach-Suratoriums vom 10. März, in der die bekante Maßregelung unserer Genossen von ihm proklamiert wurde, vorgestern auch noch förmlich zustellen lassen. Das Protokoll giebt die Ausführungen Fischbeds wörtlich wie folgt wieder:

„Die Herren Stadtverordneten Hoffmann und Augustin hatten am 5. Februar 1904, abends 9 Uhr, das nächste Obdach ohne ... Ermächtigung residiert und die von ihnen selbstgestellten Mängel im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Koschkei des Massenlebens“ veröffentlicht, ohne sie zuvor zur Kenntnis der Sutoriumsleitung zu bringen. Durch dieses Verfahren haben sie die ihnen als Beamte obliegenden Pflichten verletzt. Er (Fischbeck) sehe sich daher genötigt, freiwillige, nicht angeordnete Revisionen nicht länger (N) zu gestatten. Insbesondere müsse er aber auch den Stadtverordneten Hoffmann und Augustin den Eintritt zum Arbeitshaus und Obdach selbst, ohne seine besondere Zustimmung, untersagen. Die Entscheidung darüber, ob er ihnen fernerhin Revisionen übertragen werde, behalte er sich vor.“

Die Anstaltsleiter seien entsprechend angewiesen.“ Die Genossen Augustin und Hoffmann haben nunmehr alle zulässigen Rechtsmittel sowohl in Verwaltungsweg als auch in Rechtsweg gegen die schärflichen Beschlüsse jenes Mustervertreeters der liberalen Selbstverwaltung, insbesondere gegen das Verbot des Zutritts zum Obdach und Arbeitshaus, das als eine gesetzwidrige Disziplinar-Maßregel darstellt, ergriffen.

Das Ober-Berwaltungsgericht und die Aufsichtsbehörden werden also Gelegenheit bekommen, sich mit diesen Fischbeds'ianen zu beschäftigen.

Dem Handel mit Eintrittskarten zu den künftigen Theatern mehr durch die Verfügung, wonach Vorbestellungen keine Verpfändigung mehr finden, die Ergänzungsbedingung genommen werden. Die Händler lassen aber ob der Verordnung vom grünen Tisch. In allen Vorstellungen, die starken Besuch versprechen, stellen sie und ihre Voten sich an der Kasse auf, kaufen die Billets dundungsweise und

wissen es so einzurichten, daß das Theaterpublikum das Nachsehen hat. Eine Stunde nach Eröffnung der Kasse sind die Karten vergriffen, und wer ärgerlich nach vergeblichem Warten und Drängen dennoch ins Theater will, muß sich auszuweichen lassen. Die Herren fordern oft 100 Prozent Aufschlag; ein Platz im dritten Rang, der an der Kasse 2 Mark kostet, muß ihnen mit 4 Mark bezahlt werden, für Plätze zum 2. Rang fordern und erhalten sie 6 bis 7 Mark, für Vorstellplätze 8 bis 10 Mark. Bewundernswert ist auch die Ungeniertheit der Händler. Sowie die Schaulust die inneren Räumlichkeiten betreten, stellen sie sich am Eingang der Kasse auf und bieten ihre Karten zu den erwähnten Suchpreisen aus oder laden das Publikum in einen Weibiersteller in der Jägerstraße, um es dort auszubeten. Kurz, die Zustände sind heute schlimmer als vor Erlaß der angeblich dem Interesse des Publikums dienenden Verfügung.

Deutsche und ausländische Versicherungsgesellschaften. Ueber den Geschehnisse über den Versicherungsvertrag, der demnächst den Reichstag beschäftigen wird, haben schon Verhandlungen im Deutschen Handelsrat, im Centralverband deutscher Industrieller, in verschiedenen Handelskammern und Vereinen stattgefunden. Es kam dabei die alte Erscheinung wieder ans Licht, daß deutsche Gesellschaften zuweilen durchaus nicht auf der Höhe sind.

Eine alte englische Feuerversicherungsgesellschaft zum Beispiel giebt jetzt bedingungslos Polizen für die Mobilienversicherung aus. Für 20 000 M. Versicherungssumme werden 20 M. Prämie d. h. 1 pro Tausend verlangt. Die Polizen sind frei von allen Bedingungen, während die deutschen Polizen unzählige Klauseln enthalten, die wie die Fingerringe nicht beachtet werden. Der durch die englische Police erteilte Schutz ist auch erweitert worden und deckt nicht nur das Eigentum des Versicherten, sondern das seiner Familienglieder, Besucher und Bediensteten. Eigentum, das zeitweise nach irgend einem andern Privatkauf, Logierhaus oder Hotel, nach einer Baal oder einer Wäsche geschafft ist, ist ebenfalls ohne Extrakosten eingeschlossen. Man vergleiche damit unsere deutschen Polizen und die fetten Dividenden der Gesellschaften. Die englischen Gesellschaften zahlen auch bei Gasexplosionen, bei Explosionen von händlichen Dampfesseln, bei Blitzschlag usw. die deutschen weigern sich und machen den Versicherten selbst bei kleinen Vorfällen Schwierigkeiten und Abzüge, besonders für Abnutzung und dergleichen, bei oft weit höheren Prämienhöhen. Die englischen Gesellschaften zahlen hohe Beträge zur Ausrüstung und Erhaltung der Feuerwagen, die deutschen fröhnen sich und überlassen das Zahlen der Bürgerpflicht. Die Berliner städtische Feuer-Societät für Immobilien-Versicherung allerdings erhebt nur 4/5 Pf. für 100 M. Versicherungssumme, zahlt aber trotzdem 1 1/2 Millionen Mark jährlich für die Feuerwehr und würde noch mehr zahlen können, wenn sie auch die Versicherung von Mobilien pflegen würde. Im übrigen aber haben die deutschen Gesellschaften noch manches von der ausländischen Konkurrenz zu lernen.

Abermals hat der Eisenbahnbetrieb ein Opfer gefordert. Der Rangiermeister Josef Spittler, ein Mann Witte der vierziger Jahre, geriet auf dem Hofe der Eisenbahnwerkstätte der Niederschlesisch-Märkischen Bahn zwischen die Räder zweier Wagen und zog sich so schwere Querschnitte zu, daß er bald darauf im Krankenhaus verstarb.

Woche um Woche ist über Vernichtung von Menschenleben im Eisenbahnbetriebe zu berichten, während Herr Wudde ehrenhafte Arbeiter und Beamte mahnt, weil sie durch gemeinschaftliche Organisation die traurigen Zustände, unter denen sie schaffen müssen, bessern wollen. Es ehrt die Eisenbahnarbeiter, daß sie sich trotz aller Spionage, trotz aller Maßregelungen nicht einschüchtern lassen und tapfer an der Beseitigung von Missethänden arbeiten, die für den sozialdemokratischen Staat der Socialreform nur zu charakteristisch sind.

Im Interesse der weltlichen Telephonbeamten veröffentlichen wir folgenden Artikel: „Niemand vermag ein Hinweis in der Presse einen Uebel abzuwehren, das die Beamtinnen des Telephondienstes bei der Reichspost mit steter Lebensgefahr bedroht. Wohl die wenigsten wissen, daß das übermäßige Kurbedrehten Leben und Gesundheit der Damen steter Gefahr aussetzt; mehr als einmal ist dadurch ein bis dahin blühendes Menschenleben vernichtet worden, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfahren hat. Und doch würde die Bekanntgabe derartiger Unglücksfälle am Ende das Gewissen des Publikums schärfen. Es sollte zunächst energischer darauf hingewiesen werden, daß mehrere Tausend der Telephonkurbel für die Angestellten gefährlich ist; dann aber sollen die Apparate so eingerichtet werden, daß die Kurbel zur Zeit immer nur einmal gedreht werden kann. Öffentlich nimmt das Publikum sich die hier ausgesprochenen Worte so zur Notiz, daß Unglücksfälle wie der gestrige seltener werden. Denn adersmals trat dieser Tage der Fall ein, daß ein junges Mädchen, das morgens früh gesund aus dem Hause ging, völlig gelähmt wieder zurückgebracht wurde. Hier kann vereintes Wirken von Staat und Bürgern wirklich manches schwere Unglück verhindern.“

Öffentlich findet diese Mahnung die gebührende Beachtung in der Öffentlichkeit. Unser Erachtens würde die Postverwaltung allerdings auch ihr Teil zur Verringerung der geschilderten Unglücksfälle thun können, wenn sie die Beamtinnen nicht überlastete und für eine schnellere Bedienung im Fernsprechtrelie sorgte. Zu bestimmten Stunden kann demjenigen, der gezwungen ist, ans Telephon heranzutreten, ob des langen Wartens und der häufigen Mißverständnisse nur zu oft der Geduldssaden reißt.

Die Hinzuziehung von Fachleuten als Sachverständige bei Erteilung von Schankkonzessionen durch den Stadtschultheiß will der Verband der Gast- und Schankwirte in einer Eingabe an den Magistrat verlangen. Ramentlich soll die Beurteilung der Bedürfnisfrage lediglich durch Laien oft zu Klagen in Gastwirtsstreifen Veranlassung geben.

Das Opfer einer Flaschenverletzung ist nach ihrer Darstellung die 26 Jahre alte Kaufmannsrau Paula Grönebaum aus der Soldatenstraße 6 geworden. Grünebaum siedelte vor einiger Zeit von Leipzig hierher über und hatte eine Anstellung in einem Porzellan-geschäft in der Spandauerstraße. Erst Ende voriger Woche kam seine junge Frau nach. Nachdem sie gestern morgen Schneefläure zum Kuchen geholt hatte, verließ sie mittags in großer Eile ihre Wohnung und fuhr nach der Spandauerstraße, um ihren Mann aufzusuchen. Vom Straßenbahnwagen aber mußte sie nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht werden und dort starb sie nach kurzer Zeit unter den Händen der Ärzte. Wie sie angab, hatte sie zu Hause ein Glas Wein trinken wollen, statt der Weinflasche aber die Flasche mit Salzlake genommen und von der giftigen Flüssigkeit getrunken. Ihren Hausgenossen hatte sie von ihrem Mißgeschick nichts gesagt; sonst wäre sie durch rechtzeitige ärztliche Hilfe wohl gerettet worden.

Beim Bestiegen eines Straßenbahnwagens ist gestern die Gattin des Unterstaatssekretärs v. Fischer schwer verunglückt. Die Dame hatte mittags ihre Wohnung von der Heidsbr. 4 verlassen, um sich mit der Straßenbahn zu ihrem Schwiegereltern in der Königgräberstraße zu begeben. An der Haltestelle Lützowstraße, Ecke Lützowplatz, bestieg sie einen Wagen der Linie Charlottenburg (Westend) — Dönhofsplatz in dem Augenblick, als ein Gelächterwagen haarig auf dem noch haltenden Straßenbahnwagen vorbeifuhr. Frau v. Fischer, die sich bereits auf dem Trittbrett des Wagens befand, wurde von dem vorbeigehenden Gelächter heruntergerissen, etwa zwei Meter am Boden mitgeschleift und kam unter das Pferd, dessen Fufe sie am Kopf traf. Die Verunglückte wurde ohnmächtig emporgehoben und zum Arzt gebracht, der ihr den ersten Verband anlegte. Frau v. Fischer hat eine große Kopfwunde erlitten; die Hirnhäute sind zwar bloßgelegt, doch erscheint eine Gefahr für das Leben der Dame nicht vorhanden. Die Verletzte, deren Schmerzen durch Morphium-

einsparungen gelindert wurden, befindet sich in ihrer Wohnung in der Behandlung des Geh. Sanitätsrats Thielen. Unterstaatssekretär v. Fischer erhielt die Nachricht von dem Unglücksfälle während der Sitzung im Reichstage. Er begab sich sofort an das Krankenhaus seiner Frau. Der schuldige Kutscher wurde nach der Polizei förmlich.

Durch herabfallende Mauersteine schwer verletzt wurde vorgestern nachmittag der 51 Jahre alte Rohrleger Karl Bartsch, der seit sechs Jahren bei der städtischen Verwaltung beschäftigt ist und in der König-Charlotten 47 zu Neu-Weißensee wohnt. Bartsch arbeitete an der Kanalisation der Scheinerstraße und stand unten im Schacht, als oben auf dem Wande ein Arbeiter einen Schuttbarren mit Mauersteinen umkippte. Hierbei fielen ihm zwei Steine auf den Kopf und verletzten ihn so schwer, daß er betäubt vom Plage getragen werden mußte. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Warschauerstraße und von dort mit einem kühnen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Für eine Briefstafel, deren Inhalt aus zwei Mietskontrakten, Familienbriefen, Geschäftskarten und einer Mitgliedsliste besteht, für den Finder vollständig wertlos, für den Verlierer aber sehr wertvoll ist, soll der eventuelle Finder von dem aus dem Mietskontrakte ersichtlichen Besitzer eine Belohnung erhalten.

Feuerbericht. Ein Feuertbrand, der leicht eine große Ausdehnung hätte annehmen können, beschloß die Wehr in der Nacht zum Mittwoch in der Uedomsstraße 31. Im Wohnzimmer der mehantischen Frau- und Holzbearbeitungs-Fabrik der Gebrüder Raabe war dort das Feuer auf nicht ermittelte Weise bald nach 10 Uhr ausgebrochen, war durch die Transmissionen auf die angrenzenden Lagerräume übergesprungen und hatte hier einen großen Schaden verursacht. Zum Glück wurden die Flammen rechtzeitig bemerkt, so daß die Wehr die Gefahr in verhältnismäßig kurzer Zeit beseitigen konnte. Immerhin beträgt der entstandene Schaden einige tausend Mark. Der Betrieb konnte gestern nur in beschränktem Maße ausrecht erhalten werden, wird aber jedenfalls schon heute wieder voll aufgeföhrt. — Sonst hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden verhältnismäßig viel Ruhe. Nur aus der Elshöferstraße 97 und der Möckersstraße 96 liefen noch Alarmierungen ein und brachten die Vöschzüge in beiden Fällen nur ganz kurze Zeit in Thätigkeit zu treten.

Theater. Im Luisen-Theater geht am Donnerstag erstmalig „Dr. Besse“, Lustspiel von Adolph von Benndorf, in Scene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Delski, Sulba, Hästl und die Herren Kluff, Rudzinsky, Güner, Dehning und Wald.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumshulenberg. Heute Donnerstag findet bei Schmidt, Niesepolstr. 22, abends 7/9 Uhr, eine Wahlvereins-Versammlung statt. Tagesordnung: Vorlesung des Genossen Seloch. Es ist nicht jedem zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

In der Stadtverordnungsfrage von Wilmerdorf hatten gestern drei Deputierte der Gemeindebehörde von Wilmerdorf bei dem Minister des Innern eine Audienz, deren Ergebnis war, daß die Regierung die Stadtverordnungsfrage von Wilmerdorf in absehbarer Zeit erledigen wird. Ueber die Audienz wird berichtet: Freiherr von Hammerstein betonte bei dem Empfang sein Wohlwollen zu der Frage; er könne es verstehen, daß die Einwohnerschaft von Wilmerdorf ein Interesse habe, aus dem Kreise auszuscheiden. Auf der andern Seite stehe das Interesse des Kreises, der zur Zeit die leistungsfähigste Gemeinde für die Lösung seiner bedeutungsvollen Aufgabe — die Vollendung des Teletelkanals ist hiermit gemeint — noch brauche. Von einer besonderen Dringlichkeit der Stadtverordnungsfrage vermochte sich der Minister nicht zu überzeugen. Er gab zu bedenken, daß die Selbständigmachung einmal hohe Kosten verursache, über deren Umfang man sich zunächst klar werden solle, sowie daß die Bedienung von Wilmerdorf noch große Läden aufweise und keinen geschlossenen Charakter habe. Im weiteren Verlauf der Unterredung ließ aber der Minister die Deputation nicht im Zweifel darüber, daß die Verleihung der Stadtverordnungsfrage an Wilmerdorf sowie an einen zweiten Vorort im Osten Berlins nur noch eine Frage der Zeit sei. Zunächst denke die Regierung Wilmerdorf Stadt werden zu lassen, in zweiter Linie dann die Gemeinde im Osten, die der Minister zwar nicht mit Namen bezeichnete, die aber nur Lichtenberg sein kann. Einen genaueren Zeitpunkt für das Ausscheiden der beiden Gemeinden wollte der Minister nicht angeben. Er empfahl, der Gemeindevorstand möge sich vorerst mit dem Landrat über die Bedingungen für das Ausscheiden der Gemeinde aus dem Kreise ins Einvernehmen setzen; dies könne innerhalb eines halben Jahres geschehen sein. Auf die Eingemeindungsfrage im allgemeinen sowie auf die vielfach besprochene Bildung neuer Stadtkreise im Berlin vernied der Minister, bei der heutigen Audienz einzugehen.

Bei den gestrigen Gemeindevahlen in Wilmerdorf sind unsere Genossen unterlegen. Die Rathhauspartei siegte mit ungefähr 1000 Stimmen, während auf die Kandidaten unserer Partei etwa 800 Stimmen entfielen. Dieses Resultat ist zurückzuführen auf den Umstand, daß die Gegner von ihrer wirtschaftlichen Uebermacht in der rigorosesten Weise Gebrauch machten und die Gemeinde-Arbeiter und Beamten in der schamlosesten Weise beeinflussten.

Aus den Spandauer Staatsverwaltungen. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Heeresverwaltung mit der Absicht umgehe, die Männerarbeit durch Frauarbeit zu ersetzen, um — Ersparnisse zu erzielen. Inzwischen haben z. B. im Feuerwerks-Laboratorium Erhebungen stattgefunden, welche auch ergeben haben sollen, daß eine Reihe von Arbeiten wohl von Frauen ausgeführt werden könnten, und sich also damit Ersparnisse an Löhnen erzielen lassen. Aber nichtbestimmter will man doch, wie verkauft, von einer weiteren Verdrängung der Männerarbeit durch die Frau Abstand nehmen, wahrscheinlich, um die Legende von den „Rustverwaltungen“ nicht vollends zu zerstören. Die hierin offensichtliche sociale Unbilligkeit ist wahrhaft erschreckend, und sicherlich hat sie den Effekt, daß sich die Spandauer Staatsarbeiter nun in hellen Scharen von der Socialdemokratie abenden und in das Lager des „schlichten Mannes“ Pauli übergeben.

Ginter verschlossenen Thüren, wo ihn die socialdemokratische Kritik nicht sofort erreichen konnte, sprach kürzlich Herr Pauli-Potsdam zu seinen Staatsarbeitern, denen er Bericht erstattete, über — sein Aufstreiten im Reichstage bei der Staatsarbeiter-Debatte. Natürlich rühmte der gute Mann sein Verdienst geübrig in das rechte Licht, an der Socialdemokratie und ihrer alljährlichen Kritik der Mißstände in den „Rustverwaltungen“ ließ er selbstredend keinen guten Hauch. Herr Pauli's Getreue suchten bei dieser Gelegenheit auch Kapital für die konservative Sache heranzuföhren. Sämtliche Eintrittskarten trugen auf der Rückseite eine Beitrittserklärung zum „Neuen Wahlverein“, und Vicemeister und Aufseher, d. h. alle die berufsmäßigen Agitatoren der Kaiserlichen, bemühten sich fleißig, möglichst viele Schächel für die konservative Wahlorganisation einzufangen. Unsere Parteigenossen sollten dem Ordnungsmann kräftig nachsetzen und unsere eignen Kampfreifen zu stärken suchen.

Rixdori. Für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstagsabend stehen einige recht wichtige Vorlagen zur Beratung. So ist zunächst die Erwahlung für zwei ausgeschiedene Mitglieder festzusetzen. Es handelt sich in beiden Fällen um Entwürfe der 3. Wählerklasse, den Stadt. Heinrich und den von hier verlegenen Genossen Bach. — Ferner soll nun endlich im Bau von Spalturnhallen ein flotteres Tempo eingeschlagen werden und sind zu diesem Zweck zwei Neubauten vorgeschlagen. — Ein umfangreicher Begründung verschiedener Entwürfe eines Ortsstatuts

Betreffend die Krankenversicherung der Hausgewerbe...

Pantow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung...

Die Gemeindevertretung zu Groß-Lichterfelde hat in ihrer letzten...

Ein ergreifendes Nachspiel hatte der in voriger Woche verübte...

Gerichts-Zeitung.

Die beschlagnahme Nr. 42 des „Simplicissimus“, die schon so...

Vorsitzender und Verteidiger. Wie wir i. Z. mitteilten, kam es...

Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die die erste Straf-

Person des Kaisers beleidigende Bemerkungen gemacht zu haben...

Eine Geburtstagsfeier, die ein blutiges Ende nahm, gelangte...

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Osten). In der Generalversammlung des...

Die Statutaire besaßen sich am Montag in einer von der...

Ren-Beisenseer. Der Verein für Frauen und Mädchen der...

Berliner Tanzlehrer-Verein (Freie Vereinigung). Sitzung jeden...

Vermischtes.

Ein räuberischer Ueberfall in Berlin, den ein jugendlicher...

polizei erkannte aber sofort, daß der Ueberfall bössig aus der...

Eisenbahnunfall. Dortmund, 13. April. (Amliche Meldung.)...

Es giebt noch Gemütsmenschen. In einer Allensteiner Zeitung...

Von Dieben geplündert worden ist die Kirche in Borgund...

Eingegangene Druckschriften.

Alkohol und Verkehrswesen. Vortrag von Eisenbahndirektor...

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft...

N. Rüdiger-Mitlenberg. Der gerechte Weg. Ein neuer Versuch...

Marktpreise von Berlin am 12. April 1904

Table with 4 columns: Commodity, Price, Unit, and Remarks. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Witterungsüberblick vom 13. April 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind, Temperature, and Remarks. Lists stations like Weiden, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. April 1904. Günstig...

Briefkasten der Redaktion.

Tiber. 1. 2 Millionen Quadratkilometer mit 2 Millionen Einwohner...

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Manon.
Schauspielhaus. Götter von Berlin mit der eisernen Hand.
Deutsches. Der Haxer von Kirchfeld.
Verliner. Maria Theresia.
Veitling. Japsenfisch.
Weissen. Die Prinzessin von Trapesant.
Neues. Pelles und Melisande.
Neuders. Der keusche Casimir.
Central. Der Zigeunerbaron.
Belle-Alliance. Der eingebildete Kranke.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Der Geizige. Der eingebildete Kranke.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.) Ferréol.
Kleines. Nachtsal.
Veitling. Dr. Wespe.
Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiss. Ein Mädchen aus dem Bolle.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Im andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Der Raub der Sabinerinnen.
Palast. Die Weber.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wassage-Theater. Spezialitäten.
Hranja. Tanzenströme 18/49.
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Freitag 8 Uhr: Prof. C. Müller: Tierstaaten und Vergesellschaftung im Tierreich.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Pelles und Melisande.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Fischbaum-Deuloff.
Der Zigeunerbaron.
Freitag, Sonnabend, Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, in erster Besetzung:
Der Zigeunerbaron. Jesualino Vettori, Oskar Braun, Rudolf Andor.
Sonntagmorgen 8 Uhr: Hofkunst.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Dr. Wespe.
Freitag: Der Weichentresser.
Sonnabend: Dr. Wespe.
Sonntagmorgen: Romeo und Julia.
Montag: Dr. Wespe.

Residenz-Theater
Direktion E. Lautenburg.
Der keusche Casimir.
Vorher:
Die Empfehlung.
Freitag: Vorlesung: Kufftoren Adolf Sonnenhals: Nathan d. Weise.
Sonnabend: Lehtes Kufftoren in Berlin: Nathan der Weise.
Sonntag: Der keusche Casimir.
Vorher: Die Empfehlung.
Nachmittags 3 Uhr: Leontines Ehmänner.

Metropol-Theater
Zum 31. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

HEUTE:
Zum
232.
Mal:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Königsplatz 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp
Ueberr
GROSSEN
TEICH.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion W. E. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Ein Mädchen aus dem Bolle.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von E. Simonohn und E. Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal: Zwischen zwei Herzen.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jeden Abend 10 Uhr:
Grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz.
20 preisgekürzte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Sanssouci.
Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzen.
Dienstag, den 19. April:
Vorleser Theaterabend:
Ein geachteter Kaufmann.
Vollständ. in 5 Akten von G. B. G. G. G.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion W. E. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Ein Mädchen aus dem Bolle.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von E. Simonohn und E. Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal: Zwischen zwei Herzen.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion W. E. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Ein Mädchen aus dem Bolle.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von E. Simonohn und E. Ritterfeld.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal: Zwischen zwei Herzen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: Das grobe Hemd.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ferréol.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: **Der eingebildete Kranke.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst. — Gasse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntagmorgen 3 Uhr:
Der Sohn der Wildnis.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Prof. Dr. Bogas. Omer de Bouillon (Belgien) gegen Franz Sauerer (München). Urban Christoph, der rheinische Riese gegen Dirk van den Berg (Holland). Nach Ausscheidung der bisher im Boreingen viermal gewonnenen Ringer spielen sich gegenwärtig die Endkämpfe zwischen den nunmehr als die acht besten Ringer ermittelten Teilnehmern ab, von denen jeder einzelne mit seinen sieben Konkurrenten ringen muß. Jeder Sieg zählt für einen Punkt, und ergeben die meisten Punkte den Gaubhieger. Premier: Auftreten des Monsieur Morok. Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Radfahrersports: Der Saltomortale mit dem Zweirad. Bemerkenswert: Der Automobilsturz.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater 7./8. Abteilung: Frau Warrens Beruf.
Lessing-Theater 10./11. Abteilung: Zapfenstreich.
229/15 Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. C. Müller: Tierstaaten und Vergesellschaftung im Tierreich.
Sternwarte Invalidentheater 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 105.
Letzter Monat der Tunesen-Truppe.
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschaustellung!
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Neue Spezialitäten.
8 1/2 Uhr:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug
und die Sensations-Apotheose.

Casino-Theater.
Rehringergasse 37. Anf. 8. Sonnt. 1/2. 8.
Heute letzte Aufführung:
"Der Raub der Sabinerinnen".
Vorher das vollständige Aprilprogramm.
Freitag, den 15. April: Premierabend.
Sonntagmorgen 4 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen mit Max Walden als Gast.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Rieko.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Kabale und Liebe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag:
Der Better in tausend Bengien.
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.
Lachen ohne Ende!
Blut auf Blut!
Schlager auf Schlager!
Ein Bombenerfolg!
so lautet die einstimmige
Premieren-Kritik
über die
Anton u. Donat Herrnfeldsche Robität
Am andern Morgen!
Dazu täglich die zweifache Uebelomödie
Nur eine Nacht!
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr präzis.
Schluß der diesjährigen
Spielaison: Donnerstag, 28. April,
wegen Gelände-Gastspiel des Herrnfeld-
Theaters in Köln a. Rh.
Ab 7. Mai: Gastspiel des Original-
Tegernseer Bauern-Theaters.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von B. Götze.
Am dramatischen Spezialitätenfest:
Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Tanzstücken.
The Crullers Comp., der Salon a. Keller.
Hedda Petra, jugendliche Soubrette.
Miss Cayra, Handstand-Künstlerin.
Emmeline Hochberg, Soubrette.
Miss Stoora, die musikalische Laube.
Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten von G. Dinet.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Heute:
Pechschulze.
Gesangsposse in 4 Akten von Salingré.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 14. April:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Wintersegel.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von G. Lemoine.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.
Sonntag, den 17. April: Berlin wie es weint und lacht.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluß: Reu!
Cirkus Benz und Cirkus Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

"Armin-Hallen"
Kommandantenstrasse 20.
Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unseren großen, herrlichen
Natur-Garten nebst großem Saal
mit Nebenzimmern, insgesamt über 2000 Pers. fassend, zu Sommerfesten, Sommerachtsbällen etc. (Für Vereine auch Kaffeehäuser).
Gleichzeitig bringen wir unter 8 Vereinzimmer verschiedener Größe in empfehlende Erinnerung.
Unsere Säle mit Garten und sämtlichen Nebenzimmern am 1. Mai noch zu vergeben. Entree 48352.
Gebr. Meitz, "Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20.

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft
"Stern"
Den verehrten Vereinen, Gesellschaften etc. empfehlen wir unsere 44 Dampfer und 5 Schnell-Motorboote, je nach Größe 60—100 Personen fassend, zu Ausflügen nach der Obersee und Havel, zu den billigsten Preisen. Durch den Neubau von 5 grossen Salon-Doppelschraubendampfern und 2 Motorbooten, die mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet und mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet werden, sind wir in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden.
Bei dieser Gelegenheit dürfen wir mit Recht noch besonders auf unsere geräumigen elektrisch beleuchteten Brückenanlagen hinweisen, die jeder Zeit selbst den größten Vereinen eine bequeme und schnelle Expedition, namentlich bei der Rückkunft ermöglichen.
Jede Auskunft erteilen bereitwilligst unsere Bureau's:
Berlin SO. 16, Brückenstr. 6b, II., Potsdam, Lange Brücke, Telefon-Amt 4 Nr. 2419.

Die höchste Temperatur
gibt
MERKUR
Kessel- und Feuerung.
Vorzügliche Dauerbrand- Billigstes Heizmaterial
gibt die höchste Temperatur!
Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch:
Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.

Das beste Husten-Mittel
sind die altbewährten, echten **Spitzweggerichsft-Bonbons**, vorzüglich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch. Nur allein echt zu haben bei **Gustav Behm, Frankfurter Allee 120; Rixdorf, Hermannstraße 46.**

Fortuna lächelt noch!!!
Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, praktisch geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Bauland, zur Straße nicht mehr abzurufen.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf. Verläufer, auch Sonntags, von 3—8 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Guckelstr. 52.**

WINTERGARTEN
Kellner-Truppe Italienische Akrob. Little Carlsen Im Ball-Foyer. Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer. Helene Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist. Orford's Wunder-Elefanten. Poschhoff-Truppe Russische Tänzer. Die Blumenkönigin Tanzdivertissem. Biograph.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Sonntag 6 Uhr:
Karburger Sänger
Nach der Vorstellung:
Grosser Extra-Tanz.
Montag 8 1/2 Uhr:
Surmeisters Goethe-Ens. Grosser Theater-Abend.

Dr. Simmel, Str. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Maß, tabell. Anst. Dersstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

"Armin-Hallen"
Kommandantenstrasse 20.
Zur bevorstehenden Saison empfehlen wir unseren großen, herrlichen
Natur-Garten nebst großem Saal
mit Nebenzimmern, insgesamt über 2000 Pers. fassend, zu Sommerfesten, Sommerachtsbällen etc. (Für Vereine auch Kaffeehäuser).
Gleichzeitig bringen wir unter 8 Vereinzimmer verschiedener Größe in empfehlende Erinnerung.
Unsere Säle mit Garten und sämtlichen Nebenzimmern am 1. Mai noch zu vergeben. Entree 48352.
Gebr. Meitz, "Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20.

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft
"Stern"
Den verehrten Vereinen, Gesellschaften etc. empfehlen wir unsere 44 Dampfer und 5 Schnell-Motorboote, je nach Größe 60—100 Personen fassend, zu Ausflügen nach der Obersee und Havel, zu den billigsten Preisen. Durch den Neubau von 5 grossen Salon-Doppelschraubendampfern und 2 Motorbooten, die mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet und mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet werden, sind wir in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden.
Bei dieser Gelegenheit dürfen wir mit Recht noch besonders auf unsere geräumigen elektrisch beleuchteten Brückenanlagen hinweisen, die jeder Zeit selbst den größten Vereinen eine bequeme und schnelle Expedition, namentlich bei der Rückkunft ermöglichen.
Jede Auskunft erteilen bereitwilligst unsere Bureau's:
Berlin SO. 16, Brückenstr. 6b, II., Potsdam, Lange Brücke, Telefon-Amt 4 Nr. 2419.

Die höchste Temperatur
gibt
MERKUR
Kessel- und Feuerung.
Vorzügliche Dauerbrand- Billigstes Heizmaterial
gibt die höchste Temperatur!
Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch:
Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.

Das beste Husten-Mittel
sind die altbewährten, echten **Spitzweggerichsft-Bonbons**, vorzüglich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch. Nur allein echt zu haben bei **Gustav Behm, Frankfurter Allee 120; Rixdorf, Hermannstraße 46.**

Fortuna lächelt noch!!!
Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, praktisch geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Bauland, zur Straße nicht mehr abzurufen.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf. Verläufer, auch Sonntags, von 3—8 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Guckelstr. 52.**

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion II.
Todes-Anzeige.
Am 11. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Fischer
Zalman auf der Germania-Brauerei.
Seine letzten Abschiedsfeier am Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas- und Markuskirchhofes in Wilhelmshagen. Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Centralverein für alle in der Hut- u. Filzwaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag, den 12. April, unser Kollege
Gottlieb Loeser
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitagmorgen 4 Uhr vom Moabit-Krankenhaus nach dem neuen Johanneskirchhof in Köpenick statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Dienstagmorgen 11 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser herzlich geliebter Vater, Bruder und Schwager, der Restaurateur
Albert Memel
im Alter von 46 Jahren.
Dies zeigt tiefbetruert an im Namen der Hinterbliebenen:
Witwe Emilie Memel.
Berlin, den 13. April 1904.
Die Beerdigung findet am Freitagmorgen 3 Uhr vom Trauerhause, Pappel-Allee 132, aus nach dem Central-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Dankfagung.
Sagen hiermit allen denjenigen, die unsern lieben Bruder, Schwager und Onkel **Richard Stocker** zur letzten Ruhe geleitet haben, insbesondere aber dem Sparverein "Hoffnung" und dem Deutschen Retardarbeiter-Verband für die schönen Kranzspenden unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
L. Stocker u. Frau, Baldestr. 43 A.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Jetzt nach beendeter Engros-Saison
Einzel-Verkauf enorm billig.
Paletots, Jackets, Capes, Kostüme,
Kostümröcke, Mädchenmäntel.
Gegen Vorzahlung dieses Inserats an der Kasse werden 5% extra vergütet.
Robert Baumgarten
Hansvogelplatz 11, II. Et. (Ecke der Bernauerstr.)
Auch Sonntag geöffnet!

Alle Wanzen
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig verlegt. — M. 50 Pf. u. 1.00. — Chemio Schwaben, Aussen, Franzosen, Plattläuse etc. Schilf 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00.
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
zähle demjenigen, der mir einen Nagerfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.**

Chür. Handkäse,
fest und groß,
Bestellte 100 Stück M. 2.70
franco Nachnahme: 300 Stück M. 6.75 franco deutsche Bahnstationen und Nachnahme.
Joh. Schulze, Gr. Drembach S.W.
Kranz- und Blumenbinderei
H. Rodewald,
von Alexandrinenstrasse 1a.
Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
95. Kottbuscher Damm 95.

